DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

241 21. JAHRGANG Oktober 2004 4,50 €

AUS DEM INHALT:

INTERKULTURELLE GÄRTEN

In Interkulturellen Gärten arbeiten MigrantInnen gemeinsam mit deutschen GärtnerInnen für ihre Eigenversorgung. Etwa 20 Interkulturelle Gärten sind in den vergangenen Jahren entstanden, fast weitere 40 Projekte befinden sich im Aufbau. Seite 3

KOMMUNEN

Vor einem Jahr kam der Hund »Motte« in die Bremer Stadtkommune »Alla Hopp«. Bevor es soweit war, wurden von den KommunardInnen viele Wenns und Abers hin- und her gewälzt. Seite 4

AUTONOMIE IN CHIAPAS

»Caracoles« (Schneckenhäuser) stellen in Chiapas in Abgrenzung zur schlechten Regierung des Staates die Sitze der »Guten Regierung« dar. Sie setzen sich aus den gewählten Mitgliedern der jeweiligen autonomen Landkreisregierungen zusammen und rotieren ein- bis zweiwöchentlich. Johannes Plotzki berichtet über ein Jahr »Gute Regierung« und über die Zapatistische Café-Kooperative »Mut Vitz« Seite 5

DIE »FRIEDENSBEWEGUNG«

»Vorweg: 'Die' Friedensbewegung gibt es gar nicht. Wie alle kollektiven Identitäten entsteht sie erst durch diejenigen, die (mehr oder weniger offensichtlich) im Namen des Ganzen reden, das Ganze vertreten und so das Ganze erst schaffen. Wie bei Völkern, vielen Vereinen, Familien usw. gibt es meist gar keinen, auf keinen Fall aber einen gleichberechtigten Prozess der Meinungsfindung aller Teile beim Auftreten nach außen. Vielmehr sind es Eliten, Kader, Regierungen, SprecherInnen oder ähnliches, die für das Ganze sprechen.« So Jörg Bergstedt in seinem Diskussionsbeitrag auf Seite 11.

NEUE ARBEIT

Er schreibt wie er spricht, in einer eindringlichen, bilderreichen Sprache. Frithjof Bergmann ist begeistert von der von ihm erfundenen Neuen Arbeit und vertritt sie unermüdlich seit über 20 Jahren. Dabei ist ein, wie er sagt »loses Netzwerk« entstanden, dass die Neue Arbeit jenseits des herkömmlichen »Jobsystems« versucht zu verwirklichen. Buchvorstellung auf Seite 12.

NEW AGE

Den Jüngeren unter uns ist der Begriff nicht mehr geläufig, diejenigen, die bereits mehr Jahre mit sich herumtragen, kennen ihn gut: NEW AGE. Was in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren für die einen Hoffnung, für die anderen Grund größten Ärgernisses war, hat – des einen Freud', des anderen Leid' – unsere heutige Gesellschaft entscheidend mitgeprägt. Seite 13

www.contraste.org

Et improbis coercendis et quos deseruit sanae mentis usura custodientis (1)

Zucht und Ordnung

»Allgemein gesprochen, bildet die kapitalistische Produktionsweise die materielle Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Damit diese neue Produktionsweise allgemein durchgesetzt werden konnte, war ein historischer Scheidungsprozess von Kapital und Arbeit notwendig. Auf der einen Seite wurden Werte in den Händen einer relativ kleinen Schicht akkumuliert. Auf der anderen Seite verelendeten breite Schichten der Bevölkerung, die über nichts verfügten als ihre eigene Arbeitskraft. Diese Polarisierung stellt eine notwendige Voraussetzung für den Kapitalismus dar.....« (2)

Von Gerhard Kern ● Die Entstehung des Kapitalismus (16./17. Jh.)und damit auch der modernen Sozialpolitik bedingen sozusagen einander und das Strafvollzugssystem ist ein Teil der Letzteren. Durch die Zerstörung der feudalen Lebensverhältnisse entstanden Massen von Verarmten und Vagabundierenden. Sie waren potentielle Lohnarbeiter, mussten dazu aber erzogen und ausgebildet werden. Die ersten Zucht- und Arbeitshäuser waren Auffanganstalten für Vaganden, Bettler, Diebe, aber auch Kranke und Behinderte. Hier wurde gesiebt in brauch- und unbrauchbar. Gleichzeitig waren sie abschreckende Beispiele für die noch nicht durch das Normenraster Gefallenen. Prinzipiell lässt sich vielleicht sagen, dass unsere komplette bürgerliche Sozialpolitik eine permanente Modernisierung der ursprünglichen *Prinzipien des Zähmens und Bewahrens ist. Das fängt* bei der frühesten Erziehung an und zieht sich durch die pädagogischen Institutionen, endet im Knast, u.U. auf dem elektrischen *Stuhl oder durch andere Todesarten. Der* Kapitalismus kann nur jene gebrauchen, die ihm nützen. Die es nicht können, müssen gezähmt oder vernichtet werden.. An dieser Grundaussage rüttelt auch der sogenannte moderne Strafvollzug nicht. Er wirkt auf den Betrachter nur humaner. Zu dieser pessimistischen Aussage soll jedoch ergänzt werden, dass jede Milderung von repressiven Erziehungsmaßnahmen auch von uns begrüßt und unterstützt wird. Eine Lösung des Problems ist sie nicht.

In Zeiten der links-liberalen Revolte ('68 und danach z.B.) wurde immer wieder die Abschaffung von Knästen, Psychiatrien und Schulen gefordert. Was bei solchen ultimativen Parolen überzogen war, hat sich heute mit der Beteiligung der ehemals linken (3) ProtagonistInnen durch die Beteiligung an der immer perfider werdenden Sicherheitsdebatte ins Gegenteil verkehrt. Jene machen die bessere Arbeit für ihre kapitalistischen Auftraggeber.

Wir sind der Ansicht, dass der Strafvollzug als Thema in dieser Zeitschrift seinen festen Platz haben sollte. Nicht kann es allerdings ein Anliegen der Linken sein, das »bessere« Strafsystem zu diskutieren. Emanzipation verlangt nach Befreiung von Zwängen und nicht nach deren Perfektion. Insofern stellen die Beiträge eine Diskussionsgrundlage dar, die unter dem Motto der Abschaffung von Strafe und der Herstellung von egalitären gesellschaftlichen Zuständen steht. In egalitären Gesellschaftsmodellen spielen Strafen und Überwachen kaum eine Rolle, da die Belange durch Kommunikation und Auseinandersetzung geregelt werden sollen. So müsste einerseits die Unsinnigkeit der Zucht- und Arbeitsanstalten (Strafvollzugsanstalt) und sozusagen parallel dazu die Problematik einer repressionsfreien Gemeinschaft diskutiert werden.

- Der historische Beitrag *»Disziplin, Strafe und Arbeit. Zuchthäuser als Erziehungseinrichtung?«* von Martin Scheutz schildert die Entwicklung der Zucht- und Arbeitshäuser im Detail und gliedert sich in drei Teile. Teil II + III folgen in den nächsten Ausgaben.
- Kurt-Werner Pörtner beschreibt in *»Homo securitatis«* den Sicherheitswahn der Neuzeit, u. a. ausgelöst durch den Terroranschlag auf das WTC am 11.09.2001 in NY.
- Thomas Meyer-Falk zeigt die *»Möglichkeiten, Grenzen und Realität des Strafvollzuges in Deutschland«* auf.
- Die »elektronische Fußfessel« wird gerne gefeiert als Allheilmittel gegen überfüllte Haftanstalten und Problemfälle der Bewährungshilfe. *».....fauler Zauber?«* fragt Oliver Brüchert.
- Michael Deutschewitz provoziert mit seiner *»Verabschiedung von der Kritik«* das Wiederaufgreifen derselben.

Wir möchten an dieser Stelle auch noch dem Komitee für Grundrechte und Demokratie für die Unterstützung durch Hinweise auf kompetente Autoren danken. (www.Grundrechtekomitee.de)

Ein Teil der Karikaturen und Texte sind uns von Gefangenen zur Verfügung gestellt worden. Wir danken herzlich und wünschen Freiheit und Glück.

Nicht zuletzt erfolgt der Aufruf an die Freiheitsbesitzer/innen, Gefangene zu kontaktieren, Briefmarken zu schikken, Freiabos zu spenden und vieles mehr für den einsitzenden Mitmenschen zu tun. Das wäre eine mögliche Alternative zum Nichtstun●

Kontakt: www.contraste.org

(1) Inschrift am Zuchthaus zu Leipzig: Zur Zähmung der Unehrlichen und zur Bewahrung derer, die der Gebrauch des gesunden Verstandes im Stich gelassen hat. (vielleicht die Zielgerade zum heutigen Fördern und Fordern?)

(2) C. Marzahn/H.-G. Ritz »Zähmen und Bewahren« ISBN 3-921680-39-5, S. 2 (nur noch gebraucht erhältlich bei amazon.de)

(3) Mit links oder linken Positionen sind hier anti-kapitalistische, marxistische oder links-anarchistische gemeint.

D 8008

HEIDELBERGER ANTIFASCHIST DARF NICHT LEHRER WERDEN

»SchieSS-Erlass«?

Seit Ende August ist es amtlich. Kultusministerin Schavan (Baden-Württemberg) verkündet in einer Pressekonferenz das endgültige Berufsverbot: ein Bewerber für das Realschullehramt wird allein deshalb abgelehnt, weil er sich nicht pauschal und undifferenziert von der antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) bzw. deren im Internet dargestellten Selbstverständnis distanzieren mag.

Von Kurt Regenauer aus Heidelberg ● Das kennen wir doch schon alles. War da nicht was Anfang der siebziger Jahre mit dem tollen Namen »SchieSS-Erlass«? Filbingers Innenminister Schieß war bundesweit federführend in Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten: Für ein Ausbildungsverbot reichte die Teilnahme an Demonstrationen oder an Veranstaltungen linker Gruppen bzw. eine Reise in die DDR. Allein zwischen 1973 und 1976 wurden mehr als 70. 000 Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs »überprüft«.

Das Ländle ist mit diesem neuerlichen Berufsverbot voll auf der Rolle rückwärts in den Mief der Ära Filbinger. Damals schickte es sich noch, als Ministerpräsident mindestens Altnazi (wie Kurt Georg Kiesinger) oder gar Nazirichter (wie Filbinger) mit Todesurteilen für Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung unmittelbar vor Kapitulation der Wehrmacht gewesen zu sein. Gleichzeitig wurde die schützende Hand über schlimme, derweilen rechtskräftig verurteilte notorische Volksverhetzer wie Günter Deckert, der immerhin von 68-88 im Schuldienst stand, gelegt. Der – auch Heidelberger – durfte sogar eine »Arbeitsgemeinschaft Nationaldemokratischer Lehrer« gründen, ehe dem späteren Bundesvorsitzenden der NPD das Handwerk gelegt wurde.

Auch in anderer Hinsicht feiert der braune Mief jener, längst überstanden geglaubten Ära wieder fröhliche Urständ. Die NPD war auch damals – wie gerade in Sachsen – in die Landtage eingezogen, in BaWü sogar ebenfalls mit 9%. Filbinger verteidigte 1972 eine absolute Mehrheit von rund 52% nur nach Wahlempfehlung durch die NPD. Als er 1978 wegen seiner skandalösen Vergangenheit endlich gehen und Lothar Späth Platz machen musste, dachte wohl noch niemand an seine politischen Erben und EnkelInnen.

Diese in Person der langjährigen Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz und derzeitigen Kultusministerin Annette Schavan wurde Ende der Ära Kohl noch gehandelt als »junge Wilde« und tatkräftige Reformerin. Heute ist das alles anders. Bekannt ist sie mittlerweilen eben auch als Hauptverantwortliche für den »Bildungsnotstand« (auch das eine Vokabel der siebziger Jahre), für einseitige Religionsdiskrimierung durch ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen und landet mit der unlängst praktizierten neuerlichen Linkenhatz womöglich noch als Bettvorleger für die NPD.

Das kann wirklich einfach nicht angehen. Ein breites bundesweites Bündnis von 70 Organisationen und zahlreichen Einzelpersonen schlägt öffentlich Alarm.●

DEMONSTRATION

Am Samstag, den 23. Oktober 2004 findet in Heidelberg eine Demonstration gegen das Wiederaufleben der bundesdeutschen Berufsverbotspraxis statt.
Treff Bauhaus, Beginn: 13:00 Uhr
Aufruf: siehe Seite 16
Näheres:
www.gegen.berufsverbote.de

ZWEI: NICHT DAS ERSTE, AUCH NICHT DAS LETZTE EI!!

Es rettet uns kein Lafontaine

Liebe KollegINNen, Freund- & FeindINNeN,
werte GenossINNen,
ich schwöre hiermit, dass ich den folgenden Text schon einige Tage vor dem 30.8.2004 geschrieben und weder das erste noch das letzte Ei gegen Oskar Lafontaine geworfen habe!!

Auch bin ich kein Veganer, nur meine ich, Eier sind Lebensmittel und keine Waffen .. und ich weiß nicht ob ich hoffen soll, dass es sich bei den unbemannten Flugobjekten eines Unbekannten um Öko-Eier oder um ein MassenProdukt aus der KnastHaltung handelte. Was schlimmer ist, soll die Ethik-Kommission des Bundestages entscheiden!

Jetzt folgt der noch nicht inkriminierte Text, der angeblich zum Eierwurf verleitet haben soll, in der Urfassung:

Es rettet uns kein Lafontaine

Der Schröder soll gehen
Der Schröder geht
Vorerst leider nur
Bier holen

Jetzt merkelt der März
Und der Stoiber staubt ab
Und der Westerwelle
bringt den Fischer auf Trab
wenn alle
mehr oder weniger
Hartzen
Gehn wir auf Warzen

Dann kommt Lafontaine
Der Schreck aller Schwarzen
Im Talkshowgeschäft
Der wird dann mit uns
vier Runden drehn
bis alles schläft
bis es wieder kracht
Und dann werden wir sehn
Am Ende Macht
vor der wirklichen Macht
auch der Oskar die Wende
Wie heißt es so schön?
Es rettet uns kein höhres Wesen
Kein Gott, kein Oskar Lafontaine
Uns aus dem Hartze zu erlösen
Dafür müssen wir schon selbst aufstehn.

Monsieur le Capital
ist es doch scheißegal
ob Gerhard Stoibt und Oskar merkelt
Wer im Berliner Staatstheater
für ihn als OberKasper werkelt
und für sein Wohl das Volk beraubt
und dafür sorgt,
dass es dran glaubt.●

Hartmut Barth-Engelbart

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

FREIBURGER HAUSPROJEKTE: AUSSTELLUNG IM OKTOBER

RauRaum

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Vom 17.-31. Oktober veranstalten die Hausprojekte »Grether Süd« und »Grün8« eine Ausstellung mit den vier Freiburger Künstlern Thomas Becker, Christian Beisenherz-Huss, Martin Medding und Dieter Kaufmann. Unter dem Thema »RauRaum« fließen vier verschiedene künstlerische Ausrichtungen zu einem gemeinsamen Raumkonzept zusammen, wobei die Geschichte und Atmosphäre des Ausstellungsorts – ein imposantes Kellergewölbe – bewusst in die Arbeit einbezogen wird. Ausgestellt werden Objekte, Installationen und Zeichnungen.

Die Ausstellung findet im Kellergewölbe des Hausprojekts »Grün8« statt und beginnt am 17.10.04 um 16:00 Uhr mit einer Vernissage. An allen weiteren Ausstellungstagen (samstags, sonntags) finden jeweils um 16:00 Uhr ebenfalls musikalische Veranstaltungen statt (siehe Kasten).

Die Veranstalter »Grether Süd« und »Grün8« sind zwei junge Hausprojekte im Freiburger Stadtteil »Im Grün«. Beide Projekte haben dasselbe Ziel: selbstverantwortlichen und bezahlbaren Mietraum in Freiburg zu schaffen und dabei auf das Engagement der MieterInnen und die Unterstützung durch zinsgünstige Darlehen von Privatpersonen zu setzen. Ein ausgeklügeltes, vom »Mietshäuser Syndikat« (siehe auch unser Schwerpunktthema in Heft Nr. 230) entwickeltes System sorgt dafür, dass Gewinne nicht privatisiert sondern zur Förderung neuer Projekte verwendet werden und die Häuser dauerhaft marktwirtschaftlichen Vorgängen entzogen bleiben.

Es sind Häuser, in denen MieterInnen gemeinsam entscheiden, in denen soziale und kulturelle Projekte einen Raum finden und neue Formen des Wohnens probiert werden.

Mit der Ausstellung RauRaum ist der Keller zum dritten Mal Schauplatz kreativer Prozesse. Improvisationstheater und mehrstimmige »Kellergesänge« fanden bereits im stimmungsvollen Kellergewölbe statt, der die Veranstaltungen jeweils in ganz eigener Weise prägt.●

Kontakt:
Hausprojekt Grün8, Im Grün 8, D-79098 Freiburg, Tel. (07 61) 767 10 60, E-Mail: gruen8@syndikat.org
Hausprojekt Grether Süd, Faulerstr. 20, D-79098 Freiburg, Tel. (07 61) 767 80 84,
E-Mail: grethersued@syndikat.org

»RAURAUM«

Ausstellung im Grün8, Nähe Hauptbahnhof, Freiburg Öffnungszeiten: samstags und sonntags, 11 bis 18 Uhr
17.10.04 Vernissage: Ruth Meßmer (Stimme) und Bärbel Köhler (Saxophon) mit »Ganz grün bin ich innen«, Poesie und Musik
23.10.04 Bernhard Hensel, XILEF-Sound
24.10.04 Gudrun Arnadottir und Martin Kollmar, bi bi & blaka, Stimmungen aus Island
31.10.04 Anggur Jaja, Gamelangruppe Freiburg, Musik aus Bali
jeweils um 16 Uhr

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2004

Herzlichen Dank!

An Euch – liebe LeserInnen, Förderer und SpenderInnen. CONTRASTE wird in diesem Monat 20 Jahre jung. Im Oktober 1984 erschien unsere erste Ausgabe, damals noch unter dem Logo »Wandelsblatt«, gegründet während der »Projektemesse« im Sommer 1984 auf dem Gelände der ASH-Krebsmühle in Oberursel. Dass es das ehrenamtlich betriebene Zeitungsprojekt als Forum alternativer Projekte, Initiativen und Betriebe immer noch gibt, haben wir nur Euch zu verdanken!

Redaktion Heidelberg ● Sorgen machen wir uns weiterhin, denn unsere Abozahlen sind rückläufig, das Ziel, unser Projekt mit einhundert zusätzlichen Abos zu stabilisieren, ist anscheinend nicht zu erreichen. Jahr für Jahr kommen wir aber durch Eure Spendenbereitschaft über die Runden. 62,50 EUR fehlen noch zum Erreichen unseres diesjährigen Spendenzieles.

Eine weitere Spende brachte uns in die Nähe der Ziellinie:

● N.N., 50 EUR

Fördermitgliedschaften

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2004

Das Zeitungsprojekt benötigt noch 62,50 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 113+ Neuabos

Abokampagne 100+

Es gab zwei neue Abos und drei Kündigungen. Das Ziel der Abokampagne liegt jetzt bei 113+

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen wuerden. Bestellungen unter Tel. (0 62 21) 16 24 67.●

IN EIGENER SACHE

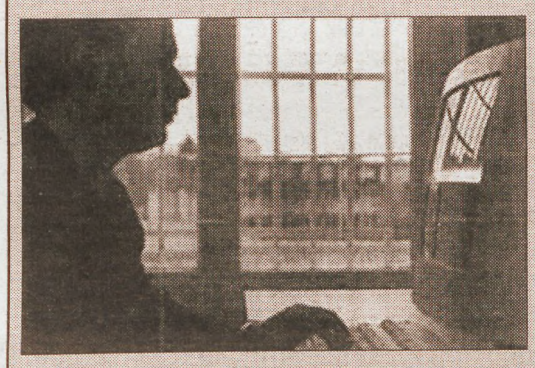
Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

KURT'S SURF CENTER: HINTER GITTERN – VOR DEM BILDSCHIRM

Knackis online

Die grenzenlose Freiheit des weltweiten Netzes endet auch nicht vor Gefängnismauern. Zumindest ist das in Dubai so. Das Emirat erlaubt inhaftierten Wirtschaftskriminellen seit 1998, ihre Zellen mit

Das ist in Deutschland natürlich anders. Gerade einmal ein halbes Dutzend Knastzeitungen stehen im Web, weil sie von ehrenamtlichen Externen hochgeladen werden. Und jede im Knast erstellte Diskette unterliegt natürlich der Postzensur. Ehrenwert ist sicherlich die ursprünglich bereits 1995 gestartete Internetinitiative der KHG Würzburg www.knast.net mit Informationen rund um die Haft und hierzu erscheinende Publikationen und Beratungen.



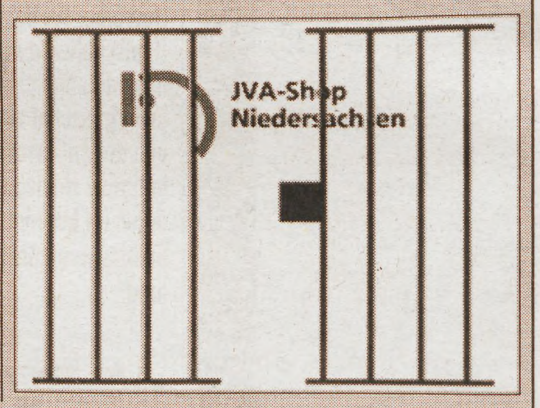
Immerhin gibt es seit Neuesten doch in einigen Fällen auch hierzulande Computer für Gefangene. Hierbei ist jedoch ein deutliches Nord-Südgefälle erkennbar. Wo in Brandenburg auf Antrag der Rechner installiert werden kann, ist in Bayern längst noch Funkstille, will man dort schließlich in erster Linie strafen und das zur Not auch bis zur Vereinsamung und Verdummung.

Dabei bietet die Fernuni Hagen in einem EU-finanzierten Projekt seit Jahren auch das Studium für Sträflinge an. Und dass hierbei in den ursprünglich sechs teilnehmenden Bundesländern teilweise erstaunliche Resozialisierungserfolge erzielt werden konnten, hat sich inzwischen sogar schon bis Freiburg im Breisgau rumgesprochen. So erzählt Anstaltsleiter Thomas Rösch der Badischen Zeitung: »Wir hatten hier einen außerordentlich schweren Fall, einen mehrfachen Mörder. Durch das Studium konnten wir eine enorme Persönlichkeitsentwicklung feststellen. Dieser Mann hat eine neue Lebensperspektive gefunden, von dem wird keine Gefahr mehr ausgehen.« Wieder andere Gefangene arbeiten inzwischen für Softwareklitschen oder haben EDV-Schulen gegründet, berichtet das Blatt weiterhin.

Ein solches Fernstudium findet natürlich unter totaler Computerüberwachung statt. Es ermöglicht kontrollierte Email und Videokonferenzen für die Prüfungen. »e-Learning im Strafvollzug«, kurz »e-LiS« (www.e-lis.de), hat Partner in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien. Gefördert wird es durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (Gemeinschaftsinitiative »equal«).

Als einziger deutscher Knast bietet die JVA Tegel ihren Häftlingen an, sich kollektiv im Web zu präsentieren. Etwa 1% der dortigen 1.600 Knackis stricken dort mit tatkräftiger Unterstützung von draußen an der Homepage www.planet-tegel.de. Wer sie besucht, muss sich, ganz Knast, anmelden und wird über die Knastordnung belehrt. Trotzdem, auch wenn die Häftlinge emailen und webpublishen dürfen, online ist auch hier tabu und bevor etwas rein oder rausgeht, wird auch hier kräftig mitgelesen.

Online hingegen ist natürlich der virtuelle Shop ihrer Büttel, der Strafvollzugsbehörde. Der Verkaufshit dieses Sommers war der von Knackis produzierte Grill von www.jva-shop.de aus Niedersachsen (JVA Celle). Auch wenn die Gefangenen selber nicht vom Internet profitieren sollen, soll es durch die erzielten Gewinne wenigstens dazu herangezogen werden, die eigene Strafe zu finanzieren. Kunststück? Der durchschnittliche Tageslohn in Celle beträgt lediglich 10,28 Euro ...●



MIGRATION UND KULTUR – INTERKULTURELLE GÄRTEN:

Markante Punkte in der Landschaft sozialer Bewegungen

Menschen waren immer schon räumlich mobil und haben Grenzen überschritten. Daran, dass Migration mehr als 99 Prozent der Gattungsgeschichte des homo sapiens ausmacht, erinnert der in Bochum lehrende Soziologe Ludger Pries. In seinen empirischen Arbeiten verdeutlicht er, dass sich die Form und der Charakter von Migration stets mit den Lebensbedingungen der beteiligten Menschen veränderten. Viele historische Gesellschaften, nicht nur auf europäischem Territorium, waren in der einen oder anderen Form Migrationsgesellschaften bzw. pluriethnische und -religiöse »Patchworks«.

Müller und Karin Werner, Stiftung Interkultur ● Der Blick auf die Migrationsgesellschaft ist unweigerlich auch ein politischer, denn seit der Etablierung des Nationalstaats als primäre politische Verfassung und als »imaginierte Gemeinschaft«, bestimmt diese Form des Zusammenlebens den Blickwinkel auf das Eigene und das Fremde. Bis heute ist der Nationalstaat weltweit die primäre politische Form geblieben, und noch heute schließt die Nationalgesellschaft ihre Mitglieder auf vielfältige Weise ein – und aus. Die Identitätspolitik der Nation wirkt mächtig und auf vielen Ebenen auf das Subjekt. Eine prominente Rolle spielen dabei sicherlich die von Pierre Bourdieu zu Recht als »Denker des Staates« klassifizierten Wissenschaftler.

Doch gibt es in den vergangenen Jahren zunehmend Ansätze, die diese Hegemonie des Nationalstaats kritisch beleuchten und andere Formen des Sozialen in den Blick nehmen. Wie sind diese Ansätze in der Lage, Migrationsgesellschaft so zu denken, dass nicht nationalstaatliche Chauvinismen und die gefährliche Logik von Ressentiments bestimmend sind, sondern die Komplexität hochmoderner pluraler Gesellschaften?

Kulturelle Unterschiede existieren nicht per se

Mehr noch als der Gesellschaftsbegriff ist der Kulturbegriff als analytischer Begriff in den vergangenen Jahren fragwürdig und in vielerlei Hinsicht neuen Lesarten unterzogen worden. Einen entscheidenden Meilenstein in der Kulturtheorie bilden die Arbeiten des norwegischen Sozialanthropologen Fredrik Barth, dem im Rahmen von Feldstudien in den 1960er Jahren die Bedeutung von Grenzen für die Ausbildung einer Kultur auffiel. Barth formulierte daraufhin die folgenreiche Hypothese, dass kulturelle Differenzen vor allem als Resultat von praktischen Grenzziehungsprozessen und Zuschreibungen entstehen.

Mit anderen Worten: Kulturelle Unterschiede existieren nicht per se, sie sind nicht als Teil einer kulturellen Substanz erklärbar, vielmehr sind sie das Ergebnis von alltäglichen Praktiken der Unterscheidung. Dieser verschobene Blickwinkel und die hier aufkommende produktive »Beunruhigung« des Kulturbegriffs eröffnete der Kulturwissenschaft neue theoretische Möglichkeiten, aber auch neue Anwendungsfelder, denn mit dem neuen Zugang war es nicht nur möglich wie bisher, »ganze überschaubare Kulturen« zu untersuchen, sondern interne kulturelle Zuschreibungen auf allen Ebenen. Die ganzheitliche und oftmals auf ein abgeschlossenes Territorium bezogene Denkfigur »der Kultur« erhielt Risse. Daraus ergaben sich neue Sehweisen auf die plurale Gesellschaft.

transkulturelles Wissen

Diese wiederum kann nur erfolgreich sein, wenn sie zivilgesellschaftlich getragen wird. Sie bedarf einer Vielzahl von »Brückenbögen«, wie der Frankfurter Ethnologe Klaus E. Müller es nennt. Ein Brückenbogen – und ein zunehmend wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteur ist die Bewegung der Interkulturellen Gärten (siehe Kasten). Nachdem im Zuge der erfolgreichen Entwicklung des »Mutterprojekts« Internationale Gärten Göttingen heute bundesweit fast 60 Initiativen Interkulturelle Gärten betreiben bzw. aufbauen, kann man durchaus von einem neuen markanten Punkt in der Landschaft sozialer Bewegungen sprechen. Allerdings sind die Gartenbewegten eine sehr heterogene Gruppierung, die durch unterschiedlichste soziale und kulturelle Herkünfte, Orientierungen und Motivlagen geprägt ist. Initiativen für Gartenprojekte gehen ebenso aus von Flüchtlingen, Autonomengruppen, Reformern der Sozialarbeit, städtischen Subsistenzorientierten oder Agenda-Gruppen wie auch von Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Einrichtungen oder lokalen Gewerkschaftsgruppen.

Verbindungsglied zwischen allen Initiativen ist die 2003 von der Münchener Forschungsgesellschaft anstiftung gegründete Stiftung Interkultur. Sie vernetzt, fördert und erforscht Interkulturelle Gärten. Zudem entwickelt sie innovative Projektansätze, um das in den Gärten generierte transkulturelle Wissen in »Resonanzräume« wie Wissenschaft, Politik und Bildung zu transferieren und für ressourcenorientierte Ansätze neue Kooperationspartner zu finden. So leistet das Pilotprojekt »Wissenstransfer« in Kooperation mit der Fachhochschule Bielefeld einen Beitrag zur interkulturellen Sensibilisierung der Ausbildung von Sozialpädagogen.

Die Stiftung Interkultur nimmt bei ihrer Arbeit neue Perspektiven aus Theorie und Praxis der weltweiten Migrationsbewegungen auf und lenkt den Blick auf die großen transnationalen wie auch auf die »kleinen Räume« des Alltagslebens von Migrant/innen. Sie pflegt dabei auch enge Kontakte zur Bewegung der Community Gardens in den USA sowie zum britischen »Black Environment Network« (BEN). BEN ist ähnlich wie die Stiftung Interkultur an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit und Migration aktiv und koordiniert in Großbritannien eine Fülle von Umweltprojekten – wobei die Organisation unter »Umwelt« nicht nur die natürliche Umwelt versteht, sondern auch das kulturell-bauliche Erbe. Für BEN bedeutet gesellschaftliche Partizipation von ethnischen Minderheiten nicht nur, dass auf einer City Farm mitten in London arabisches Gemüse angebaut, englisches Geflügel versorgt, aussterbende Schweinerassen gezüchtet und indische Gerichte in der Gemeinschaftsküche gekocht werden. Es bedeutet auch, dass die lokalen BEN-Organisationen Exkursionen durchführen und sich auf die Suche nach Spuren des kolonialen Erbes in der Landschaft oder in nationalen Baudenkmälern machen. Die ethnischen Minderheiten finden sich in der eingeschriebenen Geschichte des Aufnahmelandes nämlich erst dann wieder, wenn sie sich gespiegelt und repräsentiert sehen. Erst dann können sie in dem Land als »ganze Menschen« mit einer Geschichte, die über die persönliche Biographie hinausreicht, ankommen – und eben neue Wurzeln schlagen.

Gelassenes Gärtnern — Foto: Cornelia Suhan

INTERKULTURELLE GÄRTEN

In Interkulturellen Gärten arbeiten Migrant/innen gemeinsam mit deutschen Gärtner/innen für ihre Eigenversorgung. Lingua Franca: Deutsch, das in der täglichen Praxis schneller gelernt wird als im Kurs. Etwa 20 Interkulturelle Gärten sind in Deutschland in den vergangenen Jahren entstanden; fast 40 weitere Projekte befinden sich im Aufbau. Damit hat auch bei uns eine international erfolgreiche Praxis der Integration von Migrant/innen Fuß gefasst, die im wesentlichen auf deren Engagement und Eigeninitiative beruht. Die Standorte sind über die Landkarte verteilt: Berlin, Leipzig, Göttingen, Kassel, Marburg, München, Aurich. Tendenz steigend. Ebenso wichtig wie der Reichtum an Gemüse und Obst ist das, was in den Gärten außerdem noch produziert wird: Kommunikation, Kooperation und neue Perspektiven. Verloren gegangene Bindungen und Zusammenhänge behutsam wieder herzustellen und den Migrant/innen die Möglichkeit zu geben, ähnlich wie beim Wurzeln Schlagen von Pflanzen, »neuen Boden unter den Füßen zu gewinnen«, darin liegt der Sinn Interkultureller Gärten. Sie sind Refugien und Orte der Erinnerungsarbeit zugleich. Und sie sind Passagen. Passagen zwischen Herkunfts- und Ankunftsland, zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Darin liegt die besondere Qualität der Gärten: Hier können die Migrant/innen ankommen, ihr mitgebrachtes Wissen anwenden, Neues kennen lernen – und sich eigene Wege in den neuen Lebenszusammenhang bahnen.

Autorinnen:

Christa Müller und Karin Werner arbeiten für die Stiftung Interkultur in München.
Kontakt: info@stiftung-interkultur.de;
www.stiftung-interkultur.de

Die Migrationsgesellschaft verlangt ein neues Verständnis von Interkultur und Integration. Wie der türkisch-deutsche Satiriker Feridun Zaimoglu in einem Interview in der taz äußerte, besteht diese nicht aus einem bunten multikulturellen Mix, sondern aus einer unruhigen, die eigenen kulturellen Selbstsicherheiten in Frage stellenden Praxis des »Dazwischen«. Erfolgreiche Integration kann nicht von oben kommen, sie ist zugleich Zumutung, Herausforderung und Gewinn für die Alltagspraxis aller Mitglieder der Migrationsgesellschaft.●

Literatur:
Müller, Christa: Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse, ökom, München 2002
Müller, Klaus E.: »Die Tafelrunde«. In: **Ackermann, Andreas /Klaus E. Müller (Hg.)**, Patchwork: Dimensionen multikultureller Gesellschaften. Geschichte, Problematik und Chancen, transcript, Bielefeld 2002
Pries, Ludger: Internationale Migration, Bielefeld: transcript, Bielefeld 2001

NÜRNBERG: 6. NOVEMBER 2004 – REBELLION UND WIDERSTAND GEGEN SOZIALRAUB UND KAPITALISMUS

Das Ende der Bescheidenheit – Wir wollen alles: Alles für Alle!

Unter diesem Motto mobilisiert die »organisierte autonomie« (oa) die radikale Linke für den 6.11.04 zu einem bundesweiten antikapitalistischen Block nach Nürnberg. Veranstalter der Großdemonstration zur Bundesagentur für Arbeit ist das Nürnberger Sozialforum, das mit der Parole »Eine andere Welt ist möglich und nötig!« den Widerstand gegen Hartz IV, Agenda 2010 und Sozialraub auf die Straße bringen will.

Redaktion Heidelberg ● Mit dieser Demonstration sollen die Massenmobilisierungen von Basisinitiativen gegen den Sozialabbau weiter vorangetrieben werden und so wie der derzeitige Stand der Mobilisierungen aussieht, neben anderen ein weiterer Höhepunkt im angekündigten heißen Herbst gesetzt werden. Ein Jahr nach dem 1.11.03, als in Berlin erstmals die Basisbewegungen 100.000 Menschen mobilisieren konnten, und etwa ein halbes Jahr nach den europaweiten Aktionstagen gegen Sozialabbau am 2./3. April diesen Jahres.

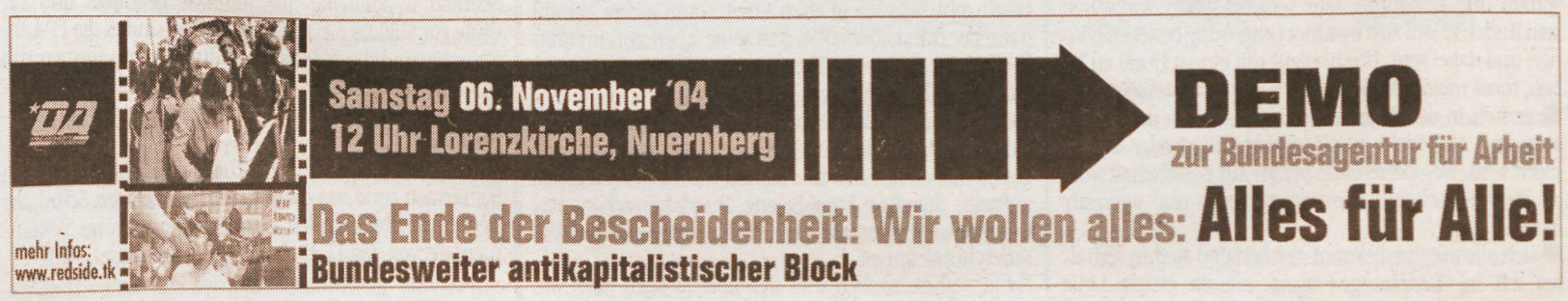
Warum Nürnberg?

Mit der Bundesagentur für Arbeit steht in Nürnberg die bundesweite Repräsentations- und Verwaltungsinstitution, die für die repressive Umsetzung der Hartz-Gesetze und den daraus resultierenden Konsequenzen verantwortlich ist: Überwachung, Bespitzelung und Kontrolle Erwerbsloser, Zwang zur Billiglohnarbeit und damit einem Absenken des allgemeinen Lohnniveaus. Nicht zu vergessen, bereits 1980 nahmen die Revolutionären Zellen (RZ) die Bundesagentur – damals noch Bundesamt für Arbeit – als »Bastion des modernen Sklavenhandels« ins Visier. Zudem hatte sich der Nürnberger SPD-Stadtrat bereits zu einem Zeitpunkt, als die bundesweite Einführung des ALG II zum 1.1.05 noch nicht sicher realisierbar schien, diensteifrig für ein Pilotprojekt in Nürnberg zur Umsetzung des Arbeitslosengeld II erfolgreich beworben.

Der antikapitalistische Block

soll der radikalen Linken eine Möglichkeit geben, Stärke zu zeigen und den reformistischen Positionen eigene Inhalte entgegenstellen. Es ist nötiger den je, dass sich die antikapitalistische Linke in die Basisproteste einmischt, sich wahrnehmbar artikuliert und über »Hartz IV muss weg« hinaus eine Perspektive bietet. Gegen den momentan stattfindenden größten Angriff auf die Rechte aller Lohnabhängigen seit Bestehen der BRD kann es nur eine Antwort geben, den Klassenkampf von unten, mit dem Ziel einer revolutionären Umwandlung der Gesellschaft! Umso nötiger ist es für uns als antikapitalistische Linke, inhaltliche Hintergründe, Ansatzpunkte und Herangehensweisen zu klären, um Interventionsmöglichkeiten und Perspektiven des revolutionären Widerstands zu entwickeln. Im Rahmen der Mobilisierung gibt es zu diesen Fragen im Oktober eine Veranstaltungsrundreise der »organisierten autonomie«. »Wenn es uns tatsächlich schlechter gehen soll, damit es der Wirtschaft besser geht, kann es für uns nur eines geben: Die Verhältnisse und ein unvernünftiges Wirtschaftssystem zum Kippen bringen! Ja, wir wollen alles... für Alle! Eine klassenlose Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und die allen gesellschaftlich produzierten Reichtum gleichmäßig verteilt. Und dafür gilt es zu kämpfen! Es liegt an uns... denn geschenkt bekommen wir nichts! Also raus auf die Straße und rein in den antikapitalistischen Block!«●

(aus dem Aufruf der oa) 6. November 2004, 12 Uhr Lorenzkirche, Nürnberg
Aktuelle und ausführlichere Infos über organisierte autonomie (oa) www.redside.tk oder
E-Mail: oa-nuernberg@web.de



BREMEN:

Mottofant oder: Wie wir bei Alla Hopp auf den Hund gekommen sind

Seit einem Jahr leben wir in der Stadtkommune Alla Hopp mit Motte zusammen – nach langen Jahren ohne irgendwelche Haustiere oder auch nur einer Diskussion darum, ob wir mit selbigen unser Leben teilen möchten. Und das – so viel sei schon mal verraten – auf eine angenehme und im großen und ganzen sehr entspannte Weise. Bevor es so weit war, haben wir allerdings sehr viele Wenns und Abers hin- und hergewälzt.

Franzis, Alla Hopp ● Im folgenden möchte ich anhand einiger Beiträge von unserer Diskussions-Wäscheleine im Treppenhaus die zentralen Fragestellungen aufzeigen, um die sich die Auseinandersetzung gerankt hat. Und dann möchte ich erzählen, wie sich das Leben mit Motte jetzt gestaltet. Auf die Idee, hierüber in der *Kommuja** zu schreiben, bin ich zum einen gekommen, weil mir unser Prozess in seiner Ernsthaftigkeit und Zugewandtheit gefallen hat, zum anderen, weil ich Motte sehr in mein Herz geschlossen habe und das Zusammenleben mit ihr als Bereicherung empfinde.

Zu Beginn war es nur eine von uns – ich werde sie in diesem Text Anna nennen –, die einen Hund wollte (nachdem klar war, dass eine Katze wegen Katzenallergie nicht möglich ist). Ohne diesen starken Wunsch wären wir als Gruppe nicht auf den Hund gekommen. Aber da war er nun, dieser lange Zeit unterdrückte Herzenswunsch, und eine der vielen Facetten des Zusammenlebens, die ich bei Alla Hopp sehr schätze und mag, ist, dass Herzenswünsche und Bedürfnisse sehr ernst genommen werden und auch dann Raum bekommen, wenn sie (vermeintliche) Gruppen-Gewissheiten in Frage stellen. Da

war er nun, der Herzenswunsch nach einem Hund, und da waren wir anderen mit den Gefühlen, die die Vorstellung »Hund bei Alla Hopp« in uns auslöste. Wir haben uns mit der Entscheidung Zeit gelassen und sie auf vielen verschiedenen Ebenen hin- und hergewälzt. Es gab Großgruppentreffen; es gab eine Kleingruppe zu dem Thema, an der neben Anna auch der größte »Hunde-Gegner« beteiligt war und die das Thema betreut und für die Treffen aufgearbeitet hat; es gab besagte meinungsbildende Wäscheleine, verschiedene Einzelgespräche, und es war ganz klar, dass auch die Entscheidung für bzw. gegen einen Hund bei Alla Hopp nach dem Konsensprinzip zustande kommen würde.

Nun zur Wäscheleine:

»Ein Hund ist ein sehr soziales Wesen und nimmt Atmosphäre und Stimmung sehr sensibel wahr. Wir wären sein Rudel. Er will sich in seiner Umgebung bewegen können und dabei sein. Um hier gut mit einem Hund zu leben, muss meiner Meinung nach gewährleistet sein, dass

● er sich in der Regel unter uns aufhalten darf, dabei sein darf. Also nicht zu oft wegorganisiert oder weggesperrt wird. Wegsperren/Aussperren aus Gesellschaft würde ihn wahrscheinlich orientierungslos und aggressiv machen. (...)

● sich alle mit ihm bekannt machen und zu ihm verhalten, z.B. in »Erziehungs-Fragen« alle die gleiche Linie fahren und den Hund in seine Grenzen weisen. Gerade auch um zu vermeiden, dass der Hund nur auf mich hört. (...)

● alle sich darüber klar sind, dass so ein anderes Lebewesen hier den ALLTAG AUF DEM GELÄNDE VERÄNDERT: in vielen kleinen Bereichen und Situationen – FÜR ALLE.

Könnten wir den Hund auch wieder weggeben? Dabei geht es mir so: Ich habe mich entschieden, in Kommune zu leben und nicht (alleine) mit Tieren (auf dem Land). Deshalb ergibt sich für mich die Priorität: erst die Menschen und das Gruppenklima, dann der Hund.

(...)

Falls der Prozess sich doch ungünstig entwickeln würde: KommunardInnen haben dauerhaft Angst, zu viel Stress und Nerv, zu viele Einschränkungen für Menschen und das Tier – dann muss es nach Durchlaufen vieler anderer Versuche und Lösungssuchen möglich sein, für den Hund ein anderes Zuhause zu suchen. (...)«

»Ich habe keine Angst vor Hunden, habe relativ genaue Vorstellungen darüber, sie nerven mich einfach. Folge: ich will möglichst wenig mit dem Hund zu tun haben. Nix Gassi gehen, kein Ansprechpartner. Der Hund kann hier sein, aber wenn ich im selben Raum bin, entscheide ich darüber, ob mir das passt. Wenn nicht, lasse ich den Hund einfach aus dem Zimmer – mit der einzigen Einschränkung, dass ich mir überlege, wo die Kinder sind.«

»... wenn er überfahren wird, das finde ich nicht gut

... der Hund darf nicht die Sofas zerkratzen, und die Haare und der Schmutz, also beim Anbau (Gemeinschaftsraum) müssen wir schon ein bisschen aufpassen

... und wir dürfen das dem nicht so übel nehmen sondern halt einfach aufpassen und den nicht so fies behandeln. Der hat auch schließlich ein Leben, dass das nicht so ernst ist. So manche Leute schreien ihre Hund total an, das finde ich blöd. Der hat auch ein Gefühl.«

»Am meisten Bedenken habe ich, dass sich am Ende zu wenig um den Hund kümmern. (...) Vielleicht ist dies der größte Punkt, der bei mir noch herum liegt – abgesehen davon, dass wir sehr verbindliche Regeln für die Erziehung brauchen.«

»Ich befürchte, dass die Stimmung bei vielen eher so ist, ja gut dann hat Anna halt einen Hund, aber möglichst nicht in meiner Nähe.(...)

Ja, und dann zur Frage: wenn Mensch immer klar vor Hund geht (was ich ja auch sage), wann genau kommt dann der Hund oder leiten sich seine Interessen im Konfliktfall einzig aus der Tatsache ab, dass niemand Anna einfach so ihren Hund wegnehmen will. (...)

Wenn es dann in den Gemeinschaftsbereichen vor allem darum geht, darf der Hund jetzt hier sein, obwohl x doch gesagt hat, er/sie ist so und so und was ist wenn z gleich aufsteht, ständige komplizierte Hundabsprachen etc.. Das fände ich jedenfalls ganz schön nervig und unter'm Strich hundeunnett. (...)

Na ja, wahrscheinlich wird sich aber ja auch noch was zum positiven wenden, wenn der Hund mal da ist und sich auch selbst seine Sympathiepunkte schaffen kann.«

»Was mich schreckt ist das Präsent-sein-müssen bzw. konsequent-sein müssen und überhaupt 'Verbots'instanz zu sein. Davon habe ich mit x (eigenes Kind) genug. Meine Vorstellung ist, dass ich dem Hund gegenüber nicht allzu oft in dieser Position sein werde und es von daher tragbar für mich sein müsste, wenn für andere viel für einen Hund spricht.«

»Also ich schreibe direkt an Dich, Hund: Ich habe ja immer so ein bisschen Angst und ich ekel mich ein wenig, vor allem, wenn Deine Riesenzunge mich abschlekken würde. Aber Kea sagt, dass muss nicht sein. Ich würde versuchen bzw. hätte sogar Lust darauf mit Dir, du Hund, meiner doch ganz schön distanzierten ängstlichen Haltung langsam zu verändern. Im Moment würde ich Dich aus der Ferne betrachten.«

»Also, ich für mich alleine würde mir keinen Hund zulegen. Ich hätte allerdings so manche andere Dinge und Menschen auch nicht in meiner Nähe würde ich für mich alleine entscheiden, z.B. Kinder. Ich selbst möchte keine eigenen Kinder, finde es aber sehr schön und bereichernd, hier mit Kindern zu leben. Mit einigen von Euch würde ich wohl auch nicht in einer kleinen WG leben, genieße aber das gemeinsame Zusammenleben hier. Übertragen auf den Hund bedeutet dies: Ich kann es mir schön vorstellen, wenn hier ein Hund ist, ich glaube, dass das in mir Seiten anspricht, die ansonsten nicht angesprochen sind bzw. Seiten, die gerade am Rauskommen sind in mir, und die das Sein mit einem Hund mit unterstützen könnte.«

Wie schon geschrieben, konnten wir uns einigen. Die von allen grundsätzlich geteilte Devise »Mensch kommt vor Tier« hat es möglich gemacht, uns als Gesamtgruppe für einen Hund zu entscheiden. Mit dem Wissen im Hintergrund, dass es der Hund ist, der gehen muss, falls das Zusammenleben nicht klappt, konnten sich die KritikerInnen und SkeptikerInnen darauf einlassen, diesen Herzenswunsch zu erfüllen und »ja« zum Hund zu sagen.lz ei

Irgendwann war *Motte*, zunächst als Welpe, da, und mit ihr eine sehr genaue Anleitung darüber, wie wir uns ihr gegenüber verhalten sollten, auf dass das Zusammenleben möglichst gut klappen würde. An diese Regeln wurde sich im großen und ganzen (genau) gehalten. Neben Anna gibt es andere feste Bezugs- und Kümmerpersonen, an die sich die anderen mit ihren Bedürfnissen und Sorgen zum Thema Hund wenden können. Mit der Zeit ist *Motte* von uns allen angenommen worden, auch von denen, die zu anfang arge Bedenken hatten. Manche von ihnen sind gar ihre Fans geworden, während andere, die vorher dachten, sie hätten viel mit dem Hund zu tun, kaum Kontakt mit ihr haben. Mittlerweile haben sich auch alle Kinder mit ihr angenähert und freuen sich an ihrer Gesellschaft. Der Stellenwert, den *Motte* in ihrem Leben teilweise einnimmt, hat sicherlich auch damit zu tun, dass sie als Stadtkinder ansonsten wenig Kontakt zu (größeren) Tieren haben. *Motte* betrachtet den Hof als ihr Zuhause, aber nicht als ihr Revier, d.h. sie bellt BesucherInnen nicht an (was uns sehr wichtig war).

Selbstverständlich würde ich nicht so weit gehen, *Motte* als Kommunardin zu bezeichnen. Aber sie gehört irgendwie dazu, mit ihren Eigenarten und Liebenswürdigkeiten. Und eines steht fest: Wenn sich durch *Motte* etwas in bezug auf unseren Umgang untereinander verändert hat, dann im positiven Sinne: Zum Teil haben wir neue Seiten aneinander kennen gelernt; einige von uns sind verspielter geworden und die geteilte Begeisterung für Motte hat unter uns neue Verbindungen entstehen oder alte wieder aufleben lassen. Und nicht zu vergessen ist die Erfahrung dieses gemeinsamen Entscheidungsprozesses, ehe wir dann wirklich auf den Hund gekommen sind, der mit viel Leidenschaft, Ernsthaftigkeit und Lust geführt worden ist.●

* Aus: Kommuja, Rundbrief der politischen Kommunen

ALLA HOPP

1992 wurde das Kommuneprojekt Alla Hopp gegründet. Dort leben z.Zt. elf FrauenLesben und acht Männer mit fünf Kindern und einem Hund in einer umgebauten und renovierten Bonbonfabrik. Sie betreiben eine gemeinsame Kasse und verstehen sich als links-politische Aktivisten, die überwiegend aus feministisch- autonomen, autonomen, antipatriarchalen, ökosozialistischen sowie Graswurzelzusammenhängen kommen. Die Frage von praktischem Abbau von Herrschaftsverhältnissen und Hierarchien ist für sie ein zentraler Inhalt des Kommunelebens. Da die Gruppe Privateigentum an Immobilien ablehnt, gehört das Gebäude der selbst gegründeten Wohngenossenschaft WiSe e.G.

Stadtkommune Alla Hopp, Hardenbergstraße 52-54, D-28201 Bremen; Tel/Fax: 0421/5577382, Web: www.contraste.org

MÜNCHEN: IT-CLUBS FÜR MÄDCHEN

Gewohnheit siegt?

Mädchen wollen begeistert und selbst aktiv werden – das ist die Erfahrung von KommIT. Frauen in IT- und Multimedia. Das »andere Herangehen« von jungen Frauen an die Technik muss berücksichtigt werden, wenn sich das Berufswahlverhalten ändern soll. Ein girls'day oder ein Berufsorientierungstag im Jahr ist zu wenig! Deshalb kommen die Mädchen in den IT-Club. Sie genießen es, wenn sie unter sich sein können, um auszuprobieren und ungestört von den Jungs ihre Talente kennen zu lernen.

Elisabeth Seidel, München ● Seit Dezember 2003 haben 24 Schulen in München ihr Interesse bekundet und IT-Clubs für Mädchen eingerichtet. Meist sind es die IT-Lehrerinnen und die Mädchenbeauftragten zusammen mit Direktorinnen, die die Idee gut finden und an die Mädchen weitertragen. Über 220 Mädchen sind inzwischen organisiert.

Zur Zeit sind sie auf der Suche nach Praktikumsstellen bei Firmen rund um die Schule. Im nächsten Schuljahr werden etliche Schulen eine Praktikumsbörse bekommen, die von den IT-Club-Mädchen aufgebaut wird.

KommIT gewinnt die Mädchen mit dem »Spaßfaktor« und einem projektbezogenen Herangehen. Da werden neben Fachkursen Drehbücher geschrieben und umgesetzt, Interviews gemacht, Artikel geschrieben, Berufe recherchiert, Websites gestaltet, die Eltern befragt (»Wie bist du zu deinem Beruf gekommen und was machst du da?«). Die Technik, der Computer ist das Werkzeug/das Hilfsmittel zum Umsetzen. So lernen die Mädchen aktiv ihr Leben gestalten, bekommen Medienkompetenz und erfahren dazu eine Menge über Berufe, die sie vorher noch nicht kannten.

KommIT ist zum 31. August beendet worden. Es wurde Projekt der Agentur für Arbeit München, des Arbeits- und Sozialministeriums Arbeitsmarktfond und engagierten Frauen des Vereins Kompetenz für Frauen e.V., wie Frau Dr. Hildegard Kronawitter, MdL, vor drei Jahren gegründet. Der Verein ist dabei, die IT-Clubs weiter zu verbreiten – bundesweit.

Wer selbst einen IT-Club für Mädchen ab 14 Jahren gründen will kann dafür einen interaktiven Leitfaden auf CD-Rom zum Selbstkostenpreis von 18,50 Euro bestellen.●

Melden Sie sich bei:
Ulla Berlin
Tel.: (0 89) 13 03 98 70
e-mail: ulla.berlin@it-club-maedchen.de
www.kommit-muenchen.de
www.it-club-maedchen.de

EINE SPURENSUCHE DES LANGEN WEGES VOM ZAPATISTISCHEN AUFSTAND IN CHIAPAS

Trotz Repression hat die Autonomie Wurzeln geschlagen

Nur etwa eine gute Stunde im klapprigen Kleinbus dauert die Fahrt vom Touristenmekka San Cristóbal de las Casas, im zentralen Hochtal von Chiapas gelegen, um den kleinen Bergort Oventíc im Gebiet der »Los Altos« zu erreichen. Hier im südöstlichen Teil Mexikos schauen die aufständischen Zapatistas bereits auf gut ein Jahr »Gute Regierung« zurück. 10 Jahre nach Beginn des zapatistischen Aufstandes am 1. Januar 1994 hat sich mittlerweile eine autonome Selbstverwaltung etabliert, die nach dem Motto »Fragend schreiten wir voran«, versucht, für ein besseres Morgen zu arbeiten, ohne zu wissen wie dieses Morgen genau aussehen mag.

Johannes Plotzki ● In Oventíc, sowie an vier weiteren Orten im rebellischen Chiapas, wurde am 9. August 2003 eine neue Stufe der autonomen Selbstverwaltung der indigenen zapatistischen Gemeinden erreicht, wobei im Rahmen eines großen Festes mit 10.000 Gästen aus aller Welt die sogenannten »Caracoles« (Schneckenhäuser) eröffnet wurden. Das Bild der Schnecke verdeutlicht die neuen zapatistischen Bemühungen, eine autonome Selbstverwaltung »des gehorchenden Regierens« zu verwirklichen. So sollen durch den Eingang in das Schneckenhaus, der die Tür zu einer kollektiven Entscheidungsfindung darstellt, und in der Spirale des politischen Diskurses alle Stimmen gehört werden, um schließlich im Zentrum zu einem Konsens zusammenzukommen. Umgekehrt werden getroffene Beschlüsse durch die Spirale des Schneckenhauses wieder in die Welt getragen. In einer Erklärung heißt es dazu: *»So werden die Caracoles wie Eingangspforten in die Gemeinden und Ausgangspforten sein; wie Fenster, damit man uns drinnen sieht und wir nach draußen sehen; wie ein Sprachrohr, um unser Wort weit verbreiten zu können und um das Wort dessen, der fern ist, zu hören. Aber vor allem, um uns selbst daran zu erinnern, dass wir wachsam sein müssen und abhängig sind von allen Welten, die diese Welt bevölkern.«*

Comandante David unterstrich, dass die »Caracoles« für alle Menschen der Welt zugänglich sind, wobei er hervorhob, dass nichtzapatistische Indígenas, die im rebellischen Gebiet leben, nicht von ihnen ausgeschlossen werden.

Diese an 5 Orten errichteten Holzhäuser stellen seitdem die Sitze der »Guten Regierung« dar. Die »Räte der Guten Regierung«, in Abgrenzung zur schlechten Regierung des Staates, setzen sich aus den gewählten Mitgliedern der jeweiligen autonomen, insgesamt 34 Landkreisregierungen zusammen und rotieren ein- bis zweiwöchentlich. Die jeweiligen Ratsmitglieder arbeiten ehrenamtlich und werden von ihrer Heimatgemeinde unterstützt, die sich derweil die dort anfallenden Arbeiten aufteilt. Die »Räte der Guten Regierung«, ins Leben gerufen, »um dafür Sorge zu tragen, dass auf zapatistischem Territorium in Rebellion derjenige, der befiehlt, gehorchend befiehlt«, sind mittlerweile als verwaltende und rechtssprechende Instanz soweit angesehen, dass sich beispielsweise in Rechtsstreitigkeiten auch nichtzapatistische Bauern an sie wenden, um den korrumpierten offiziellen Justizapparat zu umgehen.

Mit der neuen basisdemokratischen Regierungsform, der »Juntas der Guten Regierung«, die im politikwissenschaftlichen Sinne am ehesten mit »Räteregierung« zu bezeichnen ist, legt die EZLN (Zapatistische Armee zur Nationalen Befreiung) wesentliche Entscheidungsbefugnisse in die Hände der zivilen Selbstverwaltung. In den »Caracoles« wird über Recht, Gesundheit in den Gemeinden, Bildung, Wohnung, Land, Arbeit, Ernährung, Handel, Information und Kultur, sowie den lokalen Verkehr entschieden.

Ausserdem befindet sich in Oventíc eine autonome Schule mit Grund- und Mittelstufe, eine autonome Klinik, sowie verschiedene selbstverwaltete Kooperativeläden und eine Schuhfabrik. Zum Rückzug der EZLN aus den zivilen Bereichen der Selbstverwaltung kam das Aufheben der Kontrollposten an den Strassen hinzu, an denen bisher die EZLN u.a. auch die Einhaltung des strengen Alkoholverbotes in den zapatistischen Gebieten kontrollierte. Dieses kam auf Initiative der befragten indigenen Frauen und ihren Erfahrungen mit gewalttätigen, alkoholisierten Männern in den zapatistischen Gemeinden zustande. Doch während die EZLN und die indigenen Gemeinden in Rebellion die Juntas der Guten Regierung einsetzten, und einen weiteren Schritt zum Frieden unternahmen, hat das Militär einen neuen Kreis der Kontrolle und Überwachung geschlossen.

In seinen Informationsbriefen beschreibt SIPAZ (Internationaler Friedensdienst) eine zunehmende Truppenbewegung des Militärs in Chiapas während des vergangenen Jahres, aber auch gleichzeitig ein verstärkter Widerstand gegen die militärische Präsenz.

Sie befinden sich auf zapatistischen Territorium – hier befiehlt das Volk und die Regierung gehorcht

Die Zapatistische Café-Kooperative »Mut Vitz«, ein Versuch die Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen

Zusammen mit Deutschen und Schweizern ImporteurInnen des genossenschaftlichen Kleinbauernkaffees der Kooperative Mut Vitz, sowie einem weiteren Wiederverkäufer aus Frankfurt, nahm ich die Einladung der Kooperative an, einer Delegierten-Vollversammlung beizuwohnen und reiste dafür in den Ort »La Estación«. Hier etwa 2 Busstunden westlich von San Cristóbal in den Bergen gelegen, befindet sich das Büro, das Lager und der zentrale Versammlungsort der Kooperative, sowie ein selbstverwalteter Laden einer Frauenkooperative, wo diese ihr Kunsthandwerk verkauft.

»Erst als wir anfingen unsere Gesichter zu maskieren, wurden wir beachtet«

Roman Gonzales, der Präsident der Kaffeekooperative Mut Vitz hatte uns eingeladen, an diesem Wochenende an einer Versammlung mit Delegierten aus allen in der Kooperative zusammengeschlossenen Kaffeegemeinden teilzunehmen. (1)

Insgesamt sind KaffeeproduzentInnen aus 32 (teils-) zapatistischen Gemeinden beteiligt, die bis zu 48 km vom logistischen Zentrum »Estación« entfernt liegen. Dort wird die Kaffeeernte aller Kleinbauernfamilien gesammelt und anschließend in eigenen, mit dem Mut Vitz-Logo versehenen Kaffeesäcken zur Weiterverarbeitung gebracht. Da auf weiterverarbeitete Produkte sehr hohe EU-Zölle zu zahlen sind, wird der importierte Rohkaffee erst in den Verbraucherländern in kleinen Röstereien geröstet.

Dieses Jahr gehen nach Deutschland 2 Container (= 2 mal 250 Säcke), in die Schweiz und nach Italien ebenfalls 2 Container, nach Spanien und Frankreich jeweils ein Container des biologisch produzierten Mut Vitz-Cafés auf die Reise über den Atlantik.

Für die Kleinbauernfamilien der Kooperative Mut Vitz bedeutet dies, ihren von CERTIMEX als Biocafé zertifizierten Kaffee zu Preisen verkaufen zu können, die über dem Doppelten des seit mehr als 10 Jahren von einer tiefen Preiskrise getroffenen Weltmarktes für Kaffee liegen. Außerdem gewähren ihnen die Abnehmer, wie z.B. die deutsche Importkooperative Café-Libertad, durch längerfristige Verträge mehr Planungssicherheit. Die Kooperative Mut Vitz steht nach 5 Jahren erst am Anfang, hat sich aber bereits von 26 teilnehmenden Gemeinden auf 32 ausweiten können, in denen 510 Kleinbauernfamilien zu den Produzenten gehören. Diese sind zapatistische Campesinos, die teilweise in gespaltenen Dörfern leben und jegliche Unterstützung seitens der Regierungsbehörden ablehnen, da dies zu Abhängigkeit und weiterer Spaltung führt. Dadurch, dass in den Gemeinden zum Teil auch regierungsnahe PRI-Familien leben, die Regierungsgelder annehmen, ist für die in der Kooperative zusammengeschlossenen Familien dies eine Möglichkeit, die sozioökonomische Benachteiligung abzufedern. Doch auch eine andere Bedeutung kommt der Kooperative zu: *»Stärker als angenommen ist die Verkaufskooperative das organisatorische Rückgrat der Familien im Widerstand. Für die Bauern und Bäuerinnen ist die Organisierung in Mut Vitz der praktische Ausdruck ihrer politischen Affiliation und sie definieren darüber ihre rebellische Identität.«* (2)

Zu Beginn der Delegiertenversammlung in »Estación« wurden wir eingeladen, uns vorzustellen und bekamen die Gelegenheit Fragen zu stellen und zu beantworten. Dann folgte der organisatorische Teil der Versammlung und später nach Ende des offiziellen Teiles setzten sich einige der gewählten Hauptverantwortlichen mit uns bis spät in die Nacht zum Austausch zusammen, während sich die Delegierten bereits auf dem teils mehrstündigen Fußmarsch zurück in ihre Dörfer befanden. Die Nacht verbrachten wir mit Bewachung im Versammlungsraum auf druckfrischen Kaffeesäcken aus Jute.

Am nächsten Morgen wurden wir noch vor Tagesanbruch abgeholt und in eines der Kaffeedörfer gebracht. Dort wurden wir, begleitet von einer 15-köpfigen Delegation, ausgestattet mit Macheten und Gummistiefeln, in drei der umliegenden Kaffeepflanzungen geführt. An den Sträuchern hingen noch die Kaffeekirschen für den dritten und letzten Erntedurchgang. Extra für uns wurden ein paar Zweige geerntet. Auch wir durften es mal probieren, gaben uns aber lieber damit zufrieden, die verschiedenen Kaffeesorten voneinander unterscheiden und namentlich bestimmen zu können.

Auf dem Rückweg kamen wir zu einem weiß gestrichenen Holzkreuz. An dieser Stelle, unweit des Dorfes, wurde ein Kaffeebauer der Kooperative in Dunkeln auf dem Rückweg von seiner Kaffeepflanzung erschossen. Der Täter, ein Bewohner des gleichen Dorfes, lebt weiterhin als freier Mann in der Gemeinde. Auch hier handelt es sich um eine gespaltene Gemeinde, in der wie so oft in Chiapas, VertreterInnen der unterschiedlichsten Gruppen nebeneinander leben. Der von der Regierung seit mehr als 10 Jahren geführte »Krieg niederer Intensität« gegen die aufständischen Gemeinde (-teile) bringt erhebliche sozio-ökonomische Spannung in die gewachsenen Dorfgemeinschaften, die nicht selten in Gewalttätigkeiten münden.●

Fortsetzung in Heft 242

Johannes Plotzki, studierte Geographie und Politikwissenschaften in Trier, ist zur Zeit bei der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) in Tübingen und hielt sich im Winter 2003/04 als Menschenrechtsbeobachter in Chiapas auf. Als Wiederverkäufer des Mut-Vitz-Cafés besuchte er diese Kooperative im Frühjahr 2004.
Kontakt: Johannes@Plotzki.de
Aktuell erschienen:
Die Befreiungsbewegung der Zapatisten in Chiapas/ Mexiko im Würgegriff neoliberaler Konzerninteressen und staatlicher Repression durch den »Krieg niederer Intensität« (IMI-Studie 2004/2). In: Informationsstelle Militarisierung e.V. (Hrsg.): AUSDRUCK -Das IMI-Magazin (August 2004), S. 5-11, ISSN 1612-7366
Link: www.imi-online.de/ 2004.php3?id=1013

Zapatistische Frauen wehren den Überfall der Militärs auf ihr Dorf ab

Anmerkungen:
(1) Bericht zum Besuch auch auf der Homepage der Café Libertad Kooperative GbR, Hamburg: www.cafe-libertad.de/besuch04.html
(2) Philip Gerber / Café Rebeldía, Zürich: Preguntando caminamos – Lizenziatsarbeit der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich über die Kaffeekooperative Mut Vitz. 2004.
Als PDF: www.cafe-libertad.de/ preguntando

AKTIONISMUS, NISCHE ODER RADIKALE GESELLSCHAFTSVERÄNDERUNG?

Gratisökonomie und Umsonst-Eventhopping

Auf dem anarchistischen Sommercamp 04 in Kesselberg bei Berlin gab es einen Workshop zu Gratisökonomie. Dort ging es unter anderem um die Frage, wie Gratisökonomie ein perspektivischer Entwurf werden könnte. Dazu gehörte auch eine kritische Auseinandersetzung mit bestehenden Ansätzen und Projekten, die ich im folgenden aufarbeiten möchte.

Espi, Redaktion Selbstorganisation im Alltag

Selbstorganisation als Nische?

Selbstorganisation im Alltag meint den schrittweisen Abbau gesellschaftlicher Zwänge. Die Formen können nur grob umrissen werden: Eigenproduktion, vielfältige Formen der Aneignung (Containern von Resten vom Zwischenhandel, Klauen, Besetzungen, Recycling usw.), Schnorren, Gemeinschaftseigentum und vieles mehr. Die strategische Kombination all dieser und anderer Ansätze schafft optimale Voraussetzungen, um Zeit für ein schönes Leben und den Einsatz für eine andere Welt freizusetzen.

Aber es gibt auch einige Gefahren bzw. Probleme, die sich nicht von selbst lösen: Wer Selbstorganisation nur als persönliches Projekt begreift, macht Aneignung zur individuellen Nische im Kapitalismus, ohne z.B. die Logik von Eigentum aufzuheben. Auch das ist ein Privileg besonders gut organisierter, flexibler Individuen. Zudem bleiben die Rahmenbedingen dieser Gesellschaft unangetastet: Mensch verhält sich weiter in Konkurrenz zu anderen ... auch wenn nicht um Jobs, sondern um Inhalte von Containern, Reste-Quellen usw. gerungen wird. Kooperation und Offenheit müssen offensiv hergestellt werden, wenn gesellschaftliche Ausschlussmechanismen zurück gedrängt werden. »Alles für alle« ist eine leere Parole, wenn die Ergebnisse von Klau-Sessions und anderen Aneignungsprozessen wieder nur Wenigen zugänglich sind. Eine politische Perspektive entsteht erst dort, wo Eigentum nicht nur umverteilt, sondern schrittweise »liquidiert« bzw. geöffnet wird.

● *Gratisökonomie, Plattformen und Schnittstellen:* Der persönlichen Aneignung steht die offensive Gratisökonomie gegenüber, die vielen den Zugriff auf Ressourcen, Nahrung usw. ermöglicht ... von Gemeinschaftsbibliotheken bis hin zu Projektwerkstätten (Orte mit offen zugänglicher Infrastruktur aller Art). Wichtig ist, diese Ansätze zu verbinden und soziale Orte zu schaffen, wo interessierte Leute den Einstieg in Selbstorganisation finden können ohne »ideologische Eintrittkarten« oder Szeneschranken. Als positives Beispiel wurden z.B. Umsonstläden genannt, die eine Schnittstelle für viele andere Projekte (Fahrradwerkstätten, Unterstützung bei Behördengängen usw.) darstellen könnten. Zudem können all diese Orte selber Reibungsfläche mit der marktförmigen Normalität darstellen, wenn Aktionen damit verknüpft werden.

● Kooperativen und Netzwerke gegenseitiger Hilfe: Wo AnwohnerInnen, Container-Gruppen, Food Coops usw. Netzwerke gegenseitiger Hilfe bilden, erweitern sich schnell die Handlungsmöglichkeiten aller Beteiligten. Wer beim Containern nicht so erfolgreich war, geht trotzdem nicht leer aus. Im Idealfall wird der Austausch von Dingen und Fähigkeiten nicht mehr verrechnet, um Reichtumsgefällen die Grundlage zu entziehen. So entsteht ein guter Ausgangspunkt für kooperative Verhältnisse.

● **Soziale Gruppe:** Soziale Gruppe bezeichnet Zusammenhänge von Menschen, die das gemeinsame Projekt verfolgen, sich im Alltag selbst zu organisieren und dabei Reichtumsgefälle und Dominanzverhältnisse aller Art aktiv zurück zu drängen. Dazu kann gehören, den Umgang mit Kindern zur Verantwortlichkeit aller zu machen, um biologische Eltern zu entlasen usw.

Kritik an Umsonst-Kampagnenpolitik

Umsonstaktionen sind trendy ... coole Linke gründen Umsonstkampagnen und legen großen Wert auf die Verbreitung ihres »Markennamens«. Nach der Schule, Uni bzw. dem Job mal kurz ein wenig ausbrechen, das sonstige Leben bleibt in den Bahnen von Ausbildung, Schule, Job und marktförmiger Reproduktion ...

Ok, das war eine Polemik. Denn klar ist: Es gibt nicht die Umsonst-Kampagnen ... die Ausrichtung der Gruppen ist sehr unterschiedlich, weshalb auch die Kritik nicht pauschal sein kann – während manche auf Aktionismus pur setzen, diskutieren andere Gruppen auch Konzepte, den eigenen Alltag zu verändern. Einige Tendenzen und Gefahren möchte ich aber schon benennen. Dabei bezieht sich die Kritik auch weniger auf die Aktionen selbst – viele der Umsonst-Aktionen wie öffentliches Schwarzfahren, Gratis-Baden oder -Konzertbesuche bis hin zu Ladenplünderungen mit anschließender Verteilung (beim diesjährigen BUKO in Kassel) sind ausgesprochen gut. Fatal finde ich die kurzlebige Kampagnenpolitik, die sich auf symbolische, medienwirksame Aktionen beschränkt, ohne überhaupt »Alternativen im Alltag« aufbauen zu wollen. Wo sich alles auf kosumierbare Events orientiert, wo »Umsonst« ein purer Hype ist, wird Frust kanalisiert – während der ansonsten marktförmige und fremdbestimmte Alltag unangetastet bleibt. Aktion wird zum Ersatz für den Aufbau von Freiräumen usw.

Auffällig ist auch, dass »Vernetzung« zwar eine beliebte Floskel ist, aber mit der tatsächlichen Praxis nichts zu tun hat. So gibt es in Berlin kaum Austausch zwischen Umsonst-AktivistInnen und Projekten, die mit Gratisökonomie experimentieren. Die übliche Selbstbezogenheit und Label-Orientierung linker Gruppen steht hier einem Prozess entgegen, der aus mehr als virtueller Bezugnahme besteht. All das ist keine Kritik an direkten Aktionen – diese sind ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit für eine Welt ohne Markt und Staat. Wichtig ist aber, Aktionen nicht als Einzelakt zu begreifen, sondern selbst in perspektivische Projekte einzubinden. Umgekehrt können Umsonstläden und andere Freiräume mehr als eine Nische sein, wenn diese mit offensiven Aktionen kombiniert werden, z.B. der Aufbau von Gratis-Zonen mit Essen, Umsonstladen usw. in Innenstädten oder Einkaufszentren, öffentlich angekündigte Klau-Workshops usw.

Die Mischung macht's

Ob kampagnenförmiger Aktionismus oder Umsonstladen als Nische – isoliert bringt beides wenig. Spannend ist die Verschränkung verschiedener Handlungsebenen: Selbstorganisierung im Alltag, der Aufbau von Netzwerken gegenseitiger Hilfe, Schnittstellen und kreativer Widerstand entfalten zusammen die beste Wirkung. Ziel ist die schrittweise Befreiung von Zwängen, der Aufbau kooperativer Strukturen und die ständige Ausweitung von Debatten und praktischen Experimenten mit Gratisökonomie. Dazu gehört eine selbstkritische Haltung und der aktive Wille, Konkurrenz und Nischenbildung kontinuierlich entgegen zu treten. Und das wird ganz schön anstrengend – aber die Vision einer Welt ohne Eigentum, Markt und Staat sowie die ersten Erfahrungen gelebter Gratisökonomie sind hoffentlich ein starker Anreiz!●

HANDWERKSNOVELLE

Tobias Mattfeldt, Redaktion Bremen-Umland ● Seit 1. Januar diesen Jahres gilt eine neue Handwerksordnung in Deutschland. Wer früher einen Handwerksbetrieb gründen wollte, musste in den meisten Fällen erst einmal eine Meisterprüfung ablegen. Der Schwerpunkt einer solchen Prüfung liegt im fachkundlichen und kaufmännischen Bereich. Aufwand: sechs Monate und rund 20.000 Euro. Materialkosten inklusive. »Manche zahlen da auch mehr«, erzählt Manfred Loose, Unternehmensberater aus Hamburg. Mit der Novelle wurde die Anzahl dieser zulassungspflichtigen Handwerke von 93 auf 41 gesenkt. Sie werden formell unter »Anlage A« zusammengefasst. Doch was wäre Bürokratie ohne Ausnahmeregelungen? Sofern jemand sechs Jahre Berufserfahrung vorweisen kann, davon vier in nachweislich leitender Stellung, darf er oder sie auch ohne Meisterprüfung einen Betrieb gründen. »Wobei 'leitende Stellung' ein dehnbarer Begriff ist«, wirft Loose ein. Problematisch sei zudem, dass der Nachweis von der zukünftigen Konkurrenz erbracht werden müsse.

»Anlage B« beinhaltet alle 53 nun zulassungfreien Handwerke. Unter anderem Fliesenleger, Behälter- und Apparatebauer. Hauptkriterium für diese Anlage ist, dass zu keinem Zeitpunkt der Ausübung der jeweiligen Tätigkeit Gefahr für die Gesundheit oder das Leben Dritter besteht. Wer will, kann freiwillig die Meisterprüfung ablegen. Quasi als Qualitätssiegel für den eigenen Betrieb. Gesellenjahre sind dafür keine Voraussetzung. Warum das ganze? Mehr Ausbildungsplätze durch mehr Ausbildungsbetriebe. Konkurrenz belebe das Geschäft. Doch bereits da scheiden sich die Geister. »Ich glaube, die sind auf halbem Wege stehengeblieben«, beurteilt Loose die Novelle. Den Kritikern der neuen und alten Handwerksordnung geht es um einen gleichberechtigten Zugang im Handwerk auch ohne Meisterbrief. Der Berufsverband Unabhängiger HandwerkerInnen (BUH) veranstaltet deswegen mit Herrn Loose ein Seminar.●

Anzeige

Hinter OekoGeno, der ehemaligen Trägergenossenschaft der Ökobank, stehen knapp 20.000 Mitglieder, die ihr gutes Geld für ein neues Investment- und Kapitalnetzwerk im Bereich des ökologischen und sozialen Wirtschaftens einsetzen möchten. Zu diesem Zweck wurde bereits eine Beteiligungsgesellschaft gegründet.

OekoGeno eG *sucht zum 1. Januar 2005 für ihren Vorstand zwei neue Mitglieder für die Geschäftsbereiche:*

Finanzen /Rechnungswesen, Controlling und dazu gehörende interne Kommunikation (hauptamtlich)

sowie

Beteiligungen der Genossenschaft, Entwicklung der Beteiligungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit deren Geschäftsführung (ehrenamtlich).

Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. BewerberInnen müssen der Genossenschaft angehören oder vor der Bestellung beitreten. Ihre aussagefähige, knappe Bewerbung (Lebenslauf, Gehaltsvorstellung, die letzten beiden Arbeitszeugnisse und/oder eine vergleichbare Referenz aus Organisation/Verband o.ä., Nennung des qualifizierenden Berufs- oder Hochschulabschlusses) senden Sie bitte ohne Kopien der Abschlusszeugnisse bis zum 15. Oktober 2004 an den

OekoGeno eG Aufsichtsrat, Prof. Dr. Hans-H. Münkner, Herrenstraße 45, 79098 Freiburg.

Rückfragen bitte nur per eMail an bernd.steyer@oekogeno.de oder Telefon 07 61 - 4 01 12 06

REZEPTE:

Frisch auf dem Gruppentisch

In unserer Rubrik »Frisch auf den Gruppentisch« stellt Asia Schramm von der Redaktion Köln vor, was im Gruppenalltag der Projekte, Initiativen und Kommunen so auf den Tisch kommt, nebst einer kleinen Vorstellung und Foto. Vorschläge an asia@ina-koeln.org oder an die SSM, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln.

Endlich Foto: KoWa e.V.

Kartoffelrolle mit Spinatfüllung

Zutaten für 20 Personen:

5 kg festkochende Kartoffeln
Salz
10 Eier
Muskat
etwa 1.250g Mehl
5 kg Spinat
10 EL Zitronensaft
frisch gemahlener Pfeffer
Mehl zum Ausrollen
250g Butter
Oregano

für die Soße:

5 Becher saure Sahne (250g)
10 Päckchen gemischte TK-Kräuter
2 1/2 Zitronen
Cayennepfeffer, Salz

Zubereitung:

Kartoffeln am Vortag in der Schale 20 Min. kochen, Schale abziehen und die Kartoffeln heiß durch die Kartoffelpresse drücken. Das Mus am nächsten Tag mit Eiern, Muskat, Mehl und einem Teelöffel Salz zu einem Teig verarbeiten.

Den tropfnassen Spinat in einem großen Topf bei großer Hitze zusammen fallenlassen. Einmal aufkochen. Einige Blätter beiseite lassen, auf einem Sieb abtropfen lassen. Mit Zitronensaft und Salz, Pfeffer würzen.

Kartoffelteig auf einem mit Mehl bestäubten Boden Backpapier etwa 30 x 30 cm groß ausrollen. Mit der Hälfte der flüssigen Butter bestreichen und mit Spinat und Oregano belegen. Von der Längsseite her mit Hilfe des Papiers aufrollen, dann das Papier entfernen. Die Rolle mit den restlichen Spinatblättern belegen. Ein genügend großes Stück Alufolie mit dem Rest der flüssigen Butter einfetten. Die Rolle fest darin einwickeln. An den Enden zusammenfalten.

In einen großen Topf mit Wasser einlegen. Heißes Salzwasser zugießen (Rolle muß bedeckt sein) und im geschlossenen Topf eine Stunde garen.

Inzwischen saure Sahne und Kräuter im Mixer aufschlagen, bis die Creme hellgrün ist. Mit zwei EL Zitronensaft verrühren und mit Cayennepfeffer und Salz abschmecken.

Kartoffelrolle herausnehmen und 5 Minuten stehen lassen und aus der Folie wickeln.

Falls etwas übrigbleibt, Rolle in Scheiben schneiden und in Butter aufbraten.●

Ute Sandleben

KOMMUNE WALTERSHAUSEN

Unsere Kommune liegt in Waltershausen am Rande des Thüringer Waldes zwischen Eisenach und Erfurt. Im April 2003 haben wir uns gegründet und eine ehemalige Puppenfabrik gekauft. Seitdem bauen wir die Gebäude nach und nach aus. Inzwischen sind wir schon 16 Personen. Wir wollen weiter wachsen, bis wir ca. 80-100 Leute sind.

Uns ist es wichtig, eine Gemeinschaftskultur zu entwickeln, die einen menschen- und umweltverträglichen Lebensstil ermöglicht. Wir fällen alle Entscheidungen im Konsens, in der Großgruppe, den WG's und den Arbeitsbereichen. Bei der Konsensfindung arbeiten und experimentieren wir mit verschiedenen Methoden, um den Entscheidungsprozeß zu verbessern. Wir wollen unseren Alltag gemeinsam finanzieren. Die laufenden Einnahmen werden dazu benutzt, die Bedürfnisse der Einzelnen und der Gemeinschaft zu befriedigen und unsere laufenden Ausgaben zu decken. Grund und Boden, die Gebäude und die Produktionsmittel gehören dem KoWa e.V., also allen Menschen, die verbindlich in der Kommune leben.

August-Bebel-Str. 4
D-99880 Waltershausen
Tel. (0 36 22) -20 05 04
E-Mail: kowaev@freenet.de
Web: www.kommune-kowa.de

Anmerkungen zum »Sicherheitsdiskurs«

Zucht und Ordnung

Der Homo securitatis oder

Die neueste Monstergeburt der spätbürgerlichen Ideologie

Von Kurt-Werner Pörtner, Morbach ● »Seit dem 11. September 2001 wird in den USA eine neue Sicherheitsarchitektur erstellt. Flughäfen, Untergrundbahnen, Straßen, Kanäle und Brücken sind mit neuen Überwachungssystemen ausgestattet worden. Die Armee nimmt Polizeiaufgaben wahr und überwacht Grenzen und Flughäfen... An

vielen Konzerten, Theatervorführungen oder politischen Veranstaltungen werden die BesucherInnen durch eine Sicherheitszone geschleust. Die Bush-Administration forderte alle Schulen auf, ihre Gebäudesicherheit zu überprüfen und Notfallevakuierungen zu erproben. Auf der Website der staatlichen Katastrophenstelle FEMA (Federal Emergency Management Agency) wird Kindern angeboten, »Disaster Action Kids« zu werden. Sie werden auf der Website von Herman, einer Einsiedler-Krabbe, willkommen geheißen. Herman erzählt seine Geschichte von der Suche eines sicheren und unverwundbaren Panzers, der ihn vor Gefahren abschirmen, vor Wind und Wetter bewahren und gegen Feuer schützen soll. Nach langem Hin und Her und vielen Versuchen findet Herman einen sicheren Krabbenpanzer. Kindern wird beigebracht, wie Herman ihr Heim vor Katastrophen zu schützen, ihre Haustiere in Notfallsituationen zu behandeln und sich einen Vorratskasten zusammenzustellen.« (1)

Zur Situation

Die Medienpropaganda behauptet ja ständig, nach dem 11.9.2001 sei alles anders geworden. Nein, nein, dem ist keineswegs so. Die Entwicklungen des sog. »Sicherheitsdiskurses« haben sich seit dem 11.9. nur beschleunigt, sind aber nicht erst nach diesem »magischen« Datum entstanden. Im Grunde ist das neue »Sicherheitsparadigma« zumindest in der BRD (aber auch in anderen europäischen Ländern, z. B. Frankreich (2)) schon seit den 1970er Jahren virulent, als im Zuge der RAF-Hysterie und der allgemeinen Abwehr »terroristischer Gefahren« die Sicherheitsapparate ausgebaut, das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden mit zusätzlichen Kompetenzen und Mitteln ausgestattet, die Haftbedingungen verschärft, Verteidigerrechte eingeschränkt und die Polizei zur präventiven »gesellschaftssanitären Einrichtung« (so der damalige BKA-Chef Horst Herold) erklärt wurde. (3) In diesem Zusammenhang wurde auch eine *Neubestimmung des Präventiv-Gedankens* in Angriff genommen, die Jürgen Taeger schon 1981 wie folgt formulierte und die heute erst recht erstaunlich aktuell klingt:

»Der Begriff der »Prävention« erhält gleichzeitig eine neue Qualität. Es wird heute darunter die Entwicklung eines Frühwarnsystems, vorrangig bezüglich sogenannter Staatsschutzdelikte, verstanden. Ziel dieser frühzeitigen Erkennung von Strukturdefekten ist allerdings nicht, Ursachen zu erforschen und zu beseitigen, sondern *Verhaltensprognosen zu erstellen*, die ein schnelles, frühzeitiges Reagieren staatlicher Organe z. B. auf Protestbewegungen gewährleisten. Die starre Trennung von Prävention und Repression verliert dabei ihre Gültigkeit.« (4)

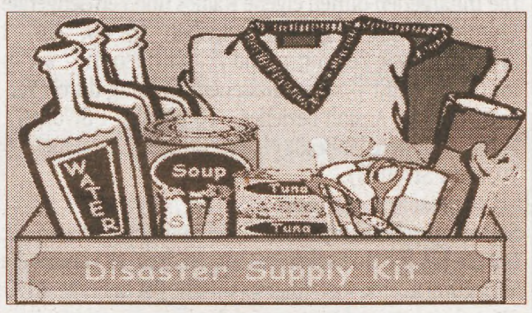
Er ist also so neu nicht, der angeblich so neue »Sicherheitsdiskurs«, der scheint's ebenso unter den immergleichen Vorwänden betrieben wird: Terrorismus, Organisierte Kriminalität, radikale politische Strömungen, »gefährliche Klassen« (5).

Vom Liberalala zum sicherheitspolitischen Amoklauf

Der liberale Staat, der so »neo« auch wieder nicht ist, steht vor einem grundsätzlichen Dilemma, das im nimmermüden Alltagsgeschwätz der bürgerlichen Medien pausenlos thematisiert und reproduziert wird: er versteht unter »Individuum« den privaten Besitzbürger, der seinen Nutzen maximieren und sein persönliches Risiko minimieren will/soll (6), wobei dem Individuum grundsätzlich »rationales Verhalten« unterstellt wird. (7) Der Staat hat – zumindest der liberalen Ideologie zufolge – dafür zu sorgen, dass die richtigen (rechtlichen, organisatorischen, polizeilichen) *Rahmenbedingungen* gewährleistet sind, damit der *homo oeconomicus* möglichst ungestört seinen/ihren Geschäften nachgehen kann.

Nun ist evident, dass eine Gesellschaft, in der lauter kleine Privatatome nur ihren Nutzen maximieren wollen (genannt »Marktwirtschaft« oder »Spiel der freien Kräfte«), in relativ kurzer Zeit in einem völlig Chaos versinken würde, wenn – ja wenn es nicht auch den »citoyen« neben dem »bourgeois« gäbe, den Staatsbürger neben dem Privatbürger. Es ist der *Staatsbürger*, an den der Staat beim gespaltenen Individuum (hier citoyen, da bourgeois) appelliert; während der Bourgeois nur *Abwehrrechte gegen den Staat* geltend macht, ist es der Staatsbürger/citoyen, der angestachelt, aktiviert, propagiert wird, um »im Interesse des Ganzen« sich im Zaume zu halten und sein Privatinteresse nicht zu überdehnen. (8) Grundsätzlich ist nämlich im liberalen Staat das Partialinteresse immer eine grundsätzliche Gefährdung des Allgemeininteresses, wobei erst mal völlig unbeachtet bzw. außen vor bleibt, worauf denn diese Gefährdung beruht und was denn nun das »Allgemeininteresse« eigentlich ist. (9)

Die Gefährdung des liberalen »Nachtwächterstaates« und seiner Bürger kommt von zwei Seiten her: einerseits von Monopolstellungen auf dem privaten Markt selbst (seltsamerweise und zum grenzenlosen Ärger der bürgerlichen Ideologen hat es dieser »Markt« an sich, zur Selbst-



aufhebung hin zu tendieren, und da helfen auch alle Ausreden der BWL nicht weiter) und von »unberechenbaren« Individuen, die sich zusammenrotten, abwegigen Ideen nachhängen, Kriminelle oder Terroristen werden, bindungslos durch die Lande ziehen oder »Sozialschmarotzer« sind usw.; der »Bürger« (hier wieder: mehr der citoyen als der bourgeois, denn der Bourgeois mag es nicht, wenn ihm der Staat zu sehr auf die Finger klopft) verlangt vom Staat, diesen beiden Gefährdungen entschieden entgegen zu treten und die »Störungen«, die durch diese permanenten »Unruheherde« entstehen, mit welchen Mitteln auch immer zu beseitigen. Dabei reicht die pure »Rechtsstaatlichkeit« nicht mehr aus: das Schwergewicht der Betrachtung hat sich verschoben, von den rein juridischen Prozeduren über die Disziplinierung der »Unberechenbaren« ist man zum *Sicherheitsdiskurs* übergegangen, der präventive Aspekt wird mehr und mehr betont (Privatisierung des öffentlichen Raums, Videoüberwachung, Vertreibungspolitik von »Unerwünsch-

ten« in den Innenstädten usw. (10)). Wobei nur scheinbar paradox der Effekt eintritt, dass, *je mehr »Sicherheit« der Staat verspricht, desto unsicherer sich die »Bürger« fühlen;* (11) die Gesellschaft wird zur *»Gefährdungsgemeinschaft«*. (12) Dies wird ja auch offen zugegeben: die Videoüberwachung an »gefährdeten Plätzen« oder in Innenstädten dient weniger der Herstellung einer tatsächlichen Sicherheit als dem »subjektiven Sicherheitsbedürfnis« der (Noch-)Besitzbürger – wie immer dieses auch aussehen mag. Und wenn der Besitzbürger sozial abrutscht und in die Fänge von Hartz IV (13) gerät oder gar schon in der Schule versagt (14) – da muss er/sie vor sich selbst geschützt werden, und stellt nicht zuletzt eine eminente Gefahr für Andere dar. Robert Steinhäuser lässt grüßen. (15)

Wenn die Kündigung ausgesprochen und die Konten geplündert sind, wird der universelle Kleinbürger alias Sicherheitsfanatiker zum potenziellen Amokläufer (und dieser stellt wieder nur eine Variante des »Selbstmordattentäters« dar). Amoklauf und die »Sicherheit«, die der bürgerliche Staat verspricht, sind im Grunde zwei Seiten derselben Medaille. Wir leben in einer »Angstthrill«-Gesellschaft, einer Gesellschaft eines verallgemeinerten Sadomasochismus, der nicht als solcher benannt wird: schon das Vokabular der »chirurgischen Eingriffe« (Krieg) bis zum »sozialen Einschnitt« (Sozialabbau) legt das nahe. Denken wir an die Heuchelei der Folter-Debatte: dem Frankfurter Kindermörder einen »gut gebauten Neger« in die Zelle geben, galt als legitim; doch als im Namen von »freedom & democracy« nackte irakische Gefangene an der Hundeleine »spazieren geführt« wurden, war der Aufschrei in »Old Europe« groß. Dabei geht es doch in Wahrheit in beiden Fällen darum, zu beschämen und zu demütigen (16); vom Bittsteller im Sozialamt bis hin zum Gefangenen in Guantanamo oder in Abu Ghraib. Auch wenn's heute weniger um die Kontrolle der Individuen selber geht, sondern eher um die »Überwachung von Räumen und abstrakten Gelegenheitsstrukturen« (17): Gelegenheit macht Diebe, und daran wollen uns die bürgerlichen Ideologen hindern, bis in unsere privatesten Albträume hinein. Soll sie der Teufel holen!●

Kurt-Werner Pörtner ist Soziologe und Autor diverser Schriften und Aufsätze. Er betreibt die Fa. Pörtner Consulting in Morbach: www.beepworld.de/members3/kwp/

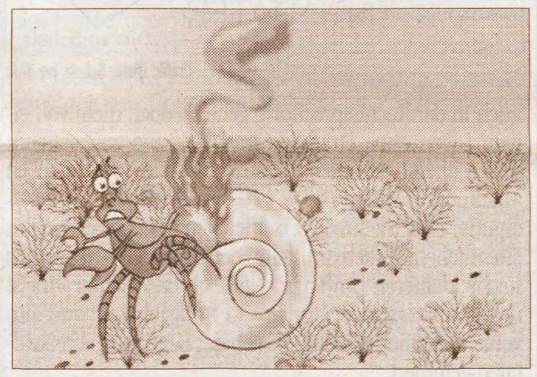
Anmerkungen:

(1) Katherine Lemons/Patricia Purtschert/Yves Winter, Securitarismus in den USA – Zur Gouvernementalität der Sicherheit. In: Widerspruch 46 (Zürich), 24. Jg., 1. Halbjahr 2004, S. 99-108, hier S. 100.

(2) Vgl.: Thomas Lemke, Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus. In Widerspruch 46, a. a. O., S. 89-98, hier S. 91 f.

(3) Vgl. hierzu die verschiedenen Beiträge in: Heinar Kipphardt (Hrsg.), Vom deutschen Herbst zum bleichen deutschen Winter. Eine Lesebuch zum Modell Deutschland, München/Königstein 1981 (Verlag AutorenEdition im Athenäum Verlag).

(4) Jürgen Taeger, Computereinsatz für eine Politik der »Inneren Sicherheit«. In :ebd., S. 136-164, hier S. 143. Hervorhebung von mir, K. W. P.
Vgl. auch: Horst Herold, Perspektiven der internationalen Fahndung nach Terroristen. In: Kriminalistik (1980), 4, S. 165-171.



(5) »Arbeitslosigkeit wurde erst um die Jahrhundertwende (vom 19. zum 20. Jahrhundert, K. W. P.) als genuin soziales und wirtschaftliches Problem erkannt. Im Großbritannien der Königin Victoria sprachen Beobachter des sozialen Lebens nicht von Arbeitslosigkeit, sondern von Pauperismus, Landstreicherunwesen und Verwahrlosung. In den Vereinigten Staaten wurden die Betroffenen als herumlungerndes Volk und Müßiggänger bezeichnet, aber nicht als Arbeitslose. In Frankreich und Schweden sprachen die Behörden nicht von Arbeitslosigkeit, sondern von Vagabundentum. Diese Begriffe zeugen von der Tendenz, die Gründe für Arbeitslosigkeit in den Mängeln des Einzelnen zu suchen.« Barry Eichengreen, Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939, Oxford 1992, S. 6; zit. n.: Gregory J. Millman, Der heimliche Raubzug – Wie Geldhändler die Notenbanken plündern, Reinbek b. Hamburg 1995, S. 98 (Rowohlt). Man sieht, der Erklärungsvorrat der bürgerlichen Ideologen zur Plausibilisierung ihrer selbst hergestellten Misere ist doch recht begrenzt und historisch invariabel: nur sind es jetzt nicht mehr »Landstreicher« und »Vagabunden«, sondern die »Sozialschmarotzer«, die heutzutage den selbsternannten »Eliten« und »Leistungsträgern«, aber auch den staatlichen Verwaltern des Elends Kopfzerbrechen bereiten.

(6) Vgl.: Gebhard Kirchgässner, Homo oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 2., erg. und erw. Auflage, Tübingen 2000, S. 12 ff. (Mohr Siebeck; Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 74).

(7) Vgl. ebd., a. a. O.

(8) Vgl.: Thomas Lemke, Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus, S. 90.

(9) Vgl. ebd.

(10) Vgl.: Walter Bauer, Der Ausbau der nationalen und europäischen Repressionsapparate geht ohne Widerstand voran. In: Rote Hilfe, Ausgabe 3/2004, S. 7-8.

(11) Man kann geradezu von »Technologien der Angst« sprechen, die da produziert werden. Vgl.: Thomas Lemke, Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus, a. a. O., S. 93.

(12) Vgl. ebd.

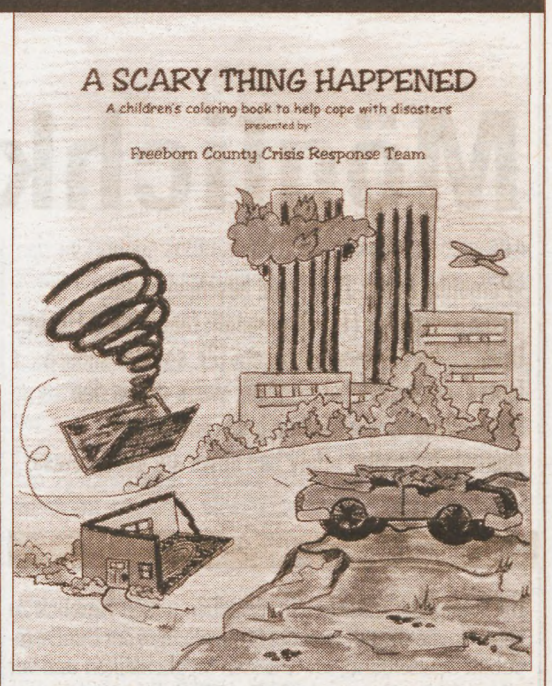
(13) Vgl.: Wissenschaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e. V., Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2005? Mit Leiharbeit und Niedriglohn zum flexiblen Kapitalismus – Zur Kritik der Hartz-Kommission, Hamburg o. J. (2003) (VSA). Vgl. auch die regierungsamtliche Lesart: Günther Schmid, Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt: Strategie und Vorschläge der Hartz-Kommission. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 3. Februar 2003, S. 3-6.

(14) Vgl.: Freerk Huisken, z. B. Erfurt. Was das bürgerliche Bildungs- und Einbildungswesen so alles anrichtet, Hamburg 2002 (VSA).

(15) Vgl. ebd., a. a. O.

(16) Vgl.: Emilio Modena, Demütigung und Gegengewalt. Skizze zur Metapsychologie der Scham. In: Widerspruch 46, a. a. O., S. 125-132.

(17) Vgl.: Lemke, S. 95.



NACHRICHTEN

Repression der deutschen Justiz

von Thomas Meyer-Falk, 14.08.2004 ● Wie die Rote Hilfe in einer Pressemitteilung berichtete, schlug die deutsche Justiz am 4.8.04 in Dresden zu und durchsuchte die Wohnung von zwei Anti-Knastaktivistinnen unter dem Vorwand, gegen beide wegen Verdachts der Verabredung zu einem Verbrechen zu ermitteln. Beschlagnahmt wurde der PC, Handy's, Briefe von Gefangenen.

Ich kenne beide Frauen, die hier ins Fadenkreuz der Polizei geraten sind und wenn man den Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Aachen liest, fühlt man sich an den Begriff der Gesinnungsjustiz erinnert. Nun ist es nichts Neues für deutsche Verhältnisse, dass linke Aktivistinnen für, bzw. wegen ihrer Überzeugungen (politisch) verfolgt werden.

Es ist zu hoffen, dass die konstruierten Vorwürfe alsbald in sich zusammenfallen und zumindest dieser Kriminalisierungsversuch erfolglos bleibt. Die Einschüchterungsstrategie hinter dieser Razzia ist offenkundig und darf so nicht hingenommen werden!

Antisemitismus und Knast

von Thomas Meyer-Falk, 15.03.2004 ● Schon öfter fielen mir hier in der JVA (Justizvollzugsanstalt) Bruchsal antisemitische oder faschistische Parolen an Flurwänden auf. Obwohl ich in Isolationshaft sitze, oder gerade deshalb, gehe ich die wenige Zeit, die ich außerhalb der Zelle verbringe (unter Bewachung), besonders aufmerksam durchs Haus.

2003 fielen mir mehrmals spontan Hakenkreuze auf und nachdem auch nach Tagen diese immer noch an den gleichen Stellen zu sehen waren, sprach ich einen höherrangigen Wärter explizit darauf an. Kurz danach wurden mit Farbe die Hakenkreuze übermalt.

Am 10.03.04 musste ich ins Krankenrevier der JVA zwecks Blutdruckmessung und in Augenhöhe standen im Wartebereich mehrere gut lesbare antisemitische Hetzparolen (»Scheiß Juden«, »Tod den Juden«, usw.) Obwohl ich nicht etwa gezielt Ausschau hielt, fielen mir diese Schmierereien sofort ins Auge.

Hierauf sprach ich einen Mitarbeiter des Krankenreviers, den Sanitätsbeamten H., an und fragte diesen, was er dazu meine und weshalb man nicht die Hetzparolen beseitige. In ungnädigem Tonfall unterstellte er mir zuerst, dass wohl »meine Brüder« die Parolen angebracht hätten (Anmerkung: ich bin antifaschistischer Skinhead! Offenbar hält H. jeden Glatzkopf für einen Naziskin.) und ich mich doch deshalb nicht aufregen solle. Im Übrigen ginge mich das Ganze rein gar nichts an, dies hier wäre nämlich der Bereich des Krankenreviers.

Angesichts dieser – freundlich formuliert – wenig einsichtigen Reaktion des Landesbeamten H. habe ich mir die Freiheit genommen, den Verfassungsschutz und die Staatsanwaltschaft zu informieren; dies mag zwar wenig bringen, aber nach draußen behaupten doch gerade solche Institutionen, unnachsichtig Antisemitismus zu bekämpfen. Wir wollen sehen, wie eifrig nun gehandelt werden wird – oder auch nicht!●

Thomas Meyer-Falk, c/o JVA-Z. 3117, Schönbornstr. 32, D-76646 Bruchsal
www.freedom-for-thomas.de

STRAFVOLLZUG IN DEUTSCHLAND

Zucht und Ordnung

Möglichkeiten, Grenzen und Realität

»Pornofilm in der JVA Tegel beschlagnahmt: Justiz ermittelt.« (1) »Strafanstalt reagiert auf Flucht: Draht sichert Gefängnismauer« (2), so oder ähnlich lauten meist die Überschriften, wenn es um den Strafvollzug in den Medien geht, getreu dem Journalistenmotto: »Only bad news are good news«.

von Thomas Meyer-Falk

Im Folgenden möchte ich versuchen, einen Einblick zu geben in die Grundlagen des Strafvollzuges der Bundesrepublik Deutschland, sowie dessen Möglichkeiten und vor allem dessen Grenzen aufzeigen. Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass m.E. Gefängnisse von Übel sind und in einer, wenn auch noch entfernt liegenden, Zukunft abgeschafft gehören. Die Frage nach dem »Schutz der Bevölkerung« wird in diesem Beitrag hie und da gestreift, sie stellt jedoch nicht den Kern der Betrachtung dar; dessen ungeachtet ist der Autor als Strafgefangener unbestritten parteiisch. Es wird jedoch kein flammendes Plädoyer für ein sofortiges Niederreißen aller Gefängnismauern folgen. Vielmehr soll nach einem kurzen historischen Rückblick in die Zeit vor Inkraftreten des Strafvollzuggesetzes 1977 das Prinzip der Resozialisierung und des hierauf – zumindest der Theorie nach – aufbauenden Strafvollzuges erläutert werden. Dieser Hauptteil wird schließen mit einem Blick in eine aktuelle Untersuchung über Rückfälle von ehemaligen Gefangenen. Im Schlussteil möchte ich mich kritisch mit der Vollzugswirklichkeit befassen und der Überlegung nachgehen, ob die Justiz tatsächlich die Behandlung und Resozialisierung der Insassinnen und Insassen verfolgt.

Strafvollzug in Deutschland

Historischer Rückblick

Auch wenn dies auf den ersten Blick überraschen mag, so ist der Strafvollzug, d.h. die Entziehung der Freiheit, *denn hierin besteht die Strafe, ein Kind der Neuzeit.* Während im Mittelalter und davor auch geringste Vergehen vielfach mit dem Tode bestraft oder durch Deportation oder – z.B. in Frankreich – mit Galeerensklaverei geahndet wurden, entwickelte sich im Verlaufe des 18. Jahrhunderts, im Zeitalter der Aufklärung, die Idee der an der Schuld orientierten Strafe. Hiermit sollte nicht mehr mit Todes- oder Leibesstrafe auf Verfehlungen reagiert werden (von als besonders verwerflich angesehenen Delikten, wie z.B. Mord, Hochverrat abgesehen), sondern mit dem Entzug der Freiheit.

In Deutschland dauerte es schließlich noch bis 1977, bis ein Strafvollzugsgesetz in Kraft trat. Dass dies mehrere Jahrhunderte benötigte, lag an dem Gedanken des »besonderen« Gewaltverhältnisses. Man ging – auch nach 1949, als in Westdeutschland das Grundgesetz verabschiedet wurde – seitens der Justiz davon aus, dass Gefangene keine Grundrechtsträger (mehr) seien und alleine die Verurteilung zur Freiheitsentziehung Grundlage genug sei für alle Rechtsbeschränkungen, die zur Erreichung der nach dem Strafgesetzbuch vorausgesetzten Strafzwekke (Abschreckung, Sühne, Vergeltung, Sicherheit) erforderlich erschienen. In diesem Beschluss vom 14.3.1972 (3) stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass die Grundrechte von Strafgefangenen nur durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden können und forderte ein förmliches Strafvollzugsgesetz. Schon in dieser Entscheidung betonte das Gericht die Resozialisierung oder Sozialisation als das herausragende Ziel des Vollzuges von Freiheitsstrafe.

Diesen Gedanken vertiefte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 5.6.1973 (4), als es anmerkte, dem Gefangenen sollten »Fähigkeiten und Willen zu verantwortlicher Lebensführung vermittelt werden, er soll es lernen, sich unter den Bedingungen einer freien Gesellschaft ohne Rechtsbruch zu behaupten, ihre Chancen wahrzunehmen und ihre Risiken zu bestehen.« (5)

Am 16.3.1976 (6) wurde schließlich das »Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung« (kurz: StVollzG) im Bundestag verabschiedet. (7)

Gesetzliche Bestimmungen zur Resozialisierung

§ 2 StVollzG bestimmt, dass »im Vollzug der Freiheitsstrafe der Gefangene fähig werden (soll), künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen«. Implizit wird also von einem Defizit des Häftlings ausgegangen und der Gefängnisadministration die Aufgabe zugewiesen, ihm die eben erwähnten Fähigkeiten zu vermitteln. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts dient die Resozialisierung auch dem Schutz der Gemeinschaft selbst: »diese hat ein unmittelbares eigenes Interesse daran, dass der Täter nicht wieder rückfällig wird und erneut seine Mitbürger und die Gemeinschaft schädigt« (8).

Zu dem Konzept gehört nach Ansicht des Gerichts auch die Verpflichtung des Staates, persönlichkeitsschädigenden Auswirkungen des Freiheitsentzugs, vor allem deformierenden Persönlichkeitsveränderungen, entgegenzuwirken (9). Vollzugspraktika in der Literatur, aber

»Hier war eine besondere Welt, die keiner einzigen anderen glich; hier gab es besondere Gesetze, besondere Tracht, besondere Sitten und Bräuche. Es war ein Totenhaus lebend Begrabener, darinnen ein Leben war wie sonst nirgendwo; und auch die Menschen waren hier anders.«
(Dostojewski: »Aus einem Totenhaus«)

Grafik: Dieter Schulz, jva dietz

auch in der Rechtssprechung gehen jedoch nicht von einem Leben ohne Straftaten im Wortsinne aus, sondern setzen übereinstimmend voraus, dass ein solches Leben »kaum zu erwarten (sei)« (10), da Vergehen, wie Beleidigung, üble Nachrede, Erschleichen der Beförderung in öffentlichen Verkehrsmitteln, Betrügereien – jedenfalls solche kleineren Umfangs – bei Zoll oder Steuer »meist unentdeckt fast jeder Bürger« (11) begehe. Es wird also keine vollständige Abstinenz von der Begehung von Straftaten gefordert.

Gesetze zum Strafvollzug

Ich stelle hier lediglich die wichtigsten, für den vorliegenden Zusammenhang relevanten, Regelungen des StVollzG vor. Dass lediglich jede Bestimmung mitentscheidend ist oder sein kann für eine gelungene »Re-sozialisierung«, liegt auf der Hand:

- Entlohnung für Pflichtarbeit

Gefangene unterliegen der Pflicht zur Arbeit im Strafvollzug, bzw. in der Sicherungsverwahrung (12) gemäß § 41 StVollzG (13) und erhielten bis Ende 2000 ca. 5% des Durchschnitts-Bruttoverdienstes der Arbeiter und Angestellten, d.h. ca. DM 10,– (5,– Euro) pro Arbeitstag. Dies befand das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 1.7.98 (14) als zu gering, da »Arbeit im Strafvollzug, die dem Gefangenen als Pflichtarbeit zugewiesen wird, nur dann ein wirksames Resozialisierungsmittel (ist), wenn die geleistete Arbeit angemessene Anerkennung findet.« Der Bundesgesetzgeber erhöhte die Löhne ab 1.1.2001 auf 9% des Durchschnitt-Bruttoverdienstes der Arbeiter und Angestellten, so dass Gefangene in der Regel mit etwa 10,– Euro rechnen dürfen. Geeignete Strafgefangene sollen Gelegenheit zur Berufsausbildung erhalten (§ 37, Abs. 3 StVollzG).

- Lockerungen

Auch wenn in der Literatur die Auffassung vertreten wird, der sog. »offene Vollzug« sei die Regelvollzugsform (15), befinden sich nur ca. 15-20% (mit abnehmender Tendenz) der Insassen in offenen Anstalten (16). Umso bedeutender sind die Lockerungen des Vollzuges, namentlich die Außenbeschäftigung (Arbeit außerhalb der Anstalt unter Aufsicht von Vollzugsbeamten), Freigang (wie Außenbeschäftigung, nur ohne Aufsicht), Ausführung (Verlassen der Anstalt, meist für wenige Stunden, unter Aufsicht), Ausgang (ohne Aufsicht) für einige Stunden und Urlaub (Verlassen der Anstalt ohne Aufsicht für bis zu 21 Kalendertage im Jahr).

Wesentliches Merkmal dieser Maßnahmen ist, dass sie außerhalb der Anstalt stattfinden. Durch den Freiheitsentzug bedingte Schäden können vermieden oder zumindest verringert und die Gefangenen befähigt werden, ihre Angelegenheiten selbstverantwortlich zu regeln und sich nach der Entlassung besser in der Freiheit zurecht zu finden. Zentrale Voraussetzungen sind für die Gewährung von Lockerungen (§§ 11,13 StVollzG) die Zustimmung des Gefangenen sowie das Fehlen der Befürchtung, er werde sich dem Vollzug der Freiheitsstrafe entziehen oder die Lockerung zur Begehung von Straftaten missbrauchen (Flucht- oder Missbrauchsgefahr). Ein Rechtsanspruch auf Lockerungen besteht nicht!

- Besuche / Briefverkehr

Der Gefangene hat (vgl. § 23 StVollzG) das Recht, mit Personen außerhalb der Anstalt zu verkehren, d.h. mit ihnen zu korrespondieren sowie diese zu Besuchen zu empfangen. Die JVA (Justizvollzugsanstalt) hat diese Kontakte zu fördern. Während Briefe zahlenmäßig unbeschränkt abgesandt und empfangen werden dürfen (§ 28, Abs. 1 StVollzG), steht den Inhaftierten nur mindestens eine Stunde Besuch im Monat zu (§ 24, Abs. 1 StVollzG). Von JVA zu JVA differieren die Besuchszeitangebote. So reicht die Spanne von der Gewährleistung des Minimums bis zu Besuchsdauern von über 10 Stunden pro Monat. (17)

Besuche und Briefverkehr können überwacht werden (§§ 27, Abs. 1, 29, Abs. 3 StVollzG).

Durch Briefe und Besuche soll der Gefangene seine (Ver-)Bindungen zur Außenwelt aufrecht erhalten oder neu eingehen können.

- Mediennutzung

Die Inhaftierten dürfen eigene Radios und Fernsehgeräte (zumindest im Regelfall) betreiben (§ 69, Abs. 2 StVollzG) sowie Zeitungen und Zeitschriften in – wie es im Gesetz heißt – »angemessenem Umfang durch Vermittelung der Anstalt beziehen« (§ 68, Abs. 1 StVollzG). Ferner ist ihnen der Besitz eigener Bücher zu gestatten (§ 70, Abs.1 StVollzG).

- Therapie

So weit psychotherapeutische Behandlung indiziert ist, hat die JVA für eine solche zu sorgen, bzw. es kommt die Verlegung in eine sozialtherapeutische JVA in Frage. (18)

Daten zur Rückfallshäufigkeit

Rückfallverhinderung, so die herrschende Auffassung in den Strafrechtswissenschaften, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Strafrechts.

2003 wurde erstmals eine umfassende Rückfallstatistik vorgelegt. (19) Dazu wurden alle in einem Basisjahr (hier: 1994) strafrechtlich Sanktionierten oder aus der Haft Entlassenen (insg. knapp 1 Mio. Personen) während eines vierjährigen Rückfallzeitraums (hier: 1998) weiterverfolgt, um zu erkennen, ob sie wieder straffällig wurden. Zu Jugendstrafe verurteilte Gefangene wurden, so sie ihre Strafe voll verbüßten, in 78,31% wieder straffällig. (20) Von den 1.072 Betroffenen wurden 934 erneut zu einer Gefängnisstrafe, davon 714 zu einer Strafe ohne Bewährung, verurteilt. (21)

Bei den Erwachsenen zeichnete sich ein ähnliches Bild ab. Wer seine Freiheitsstrafe voll verbüßte, wurde in 63,57% rückfällig. (22) Von diesen erhielt über die Hälfte eine erneute Freiheitsstrafe!

War hingegen eine Person in einem psychiatrischen

Grafik: Günther Finneisen

Krankenhaus untergebracht (§ 63 Strafgesetzbuch: bei Schuldunfähigkeit oder eingeschränkter Schuldfähigkeit kann eine Unterbringung in der forensischen Psychiatrie erfolgen), so wurde lediglich in 18,42% der Fälle eine erneute Straffälligkeit verzeichnet. (23)

Von den Entlassenen wurden 7,05% (24) zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Zur Erinnerung: bei Erwachsenen, die ihre Strafe voll verbüßten, erhielten später 36,72% (25), Jugendliche, bzw. Heranwachsende 46,09% (26) eine Gefängnisstrafe ohne Bewährung. Über Motive und Ursachen freilich kann diese Untersuchung keinen Aufschluss geben.

Zum Abschluss dieses Punktes noch zwei Zahlen: wurde ein Jugendlicher, bzw. Heranwachsender der zu Jugendstrafe verurteilt wurde und diese antrat, aus der Haft heraus auf Bewährung entlassen, so lag die Rückfallquote bei 77,55% (27) und bei Erwachsenen bei 47,21% (28). Gerade bei letzteren führt eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung zu einer geringeren Rückfallquote.

Kritische Überlegungen

Gemessen an den eben präsentierten Zahlen, scheint der Freiheitsentzug wenig erfolgreich zu sein und es stellt sich die Frage, ob die Vollzugswirklichkeit nicht darauf angelegt ist, den Rückfall regelrecht zu programmieren? Schon Foucault (29) schrieb davon, dass die Delinquenz gebraucht werde und sich das Modell der Strafanstalt gerade wegen ihrer hohen Rückfallrate, wegen ihres Stigmatisierungseffektes und wegen all ihrer Mechanismen der Züchtigung und Reproduktion von Delinquenz nicht bewährt habe.

Wer als Gefangener der Institution Gefängnis ausgesetzt ist, befindet sich in einer Art Machtvakuum, in welchem der Gefängnisdirektor, etwas polemisch formuliert, gottgleich herrscht. Zwar unterliegt, gemessen am Gesetz, sein Handeln der Kontrolle der Gerichte; diese werden zum einen jedoch nur auf konkreten Antrag eines Gefangenen hin tätig, zum anderen gibt es auch »renitente Vollzugsbehörden«, welche mehr oder weniger offen gerichtliche Vorgaben missachten. (30)

Tatsächlich gibt es nun auch offensive Bestrebungen, den realiter praktizierten Verwahrungsvollzug zu legalisieren, beispielhaft mag ein Gesetzentwurf des Bundesrates von 2003 erwähnt werden, wonach künftig die vorrangige Ausrichtung des StVollzG auf die Behandlung gegenüber dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung zurücktreten solle. (31)

Das Strafrechtspflegesystem wird nach meiner Ansicht trotz oder gerade wegen seines offenkundigen Versagens beibehalten, weil damit der Eindruck gefördert wird, die größte Bedrohung von Leben und Besitz komme von den Armen. Dadurch wird aber bei den Lohnabhängigen die offene Feindschaft gegen Straftäter aus den eigenen Reihen geschürt, die Klassensolidarität zerstört und von Unternehmerkriminalität abgelenkt. Auf diese Weise werden die Angehörigen der Unterklasse dazu gebracht, einander selbst zu disziplinieren. Sie verkennen so, dass sie damit ihre eigenen Klassengenossen die Rechnung bezahlen lassen, statt die Kraft des Protestes zur Überwindung von Klassengegensätzen zu bündeln. (32)

Wer sich über den Strafvollzugsalltag informieren möchte, dem werden als Links empfohlen: www.Knast.net, www.planet-tegel.de, www.freedom-for-thomas.de (letzteres ist die homepage des Autors).

Anmerkungen:

1. Berliner Morgenpost, 20.03.04
2. Berliner Morgenpost, 27.03.04
3. Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgericht (BVerfGE) Band 33, S. 1 ff
4. BVerfGE Band 35, S. 202, ff
5. BVerfGE Band 35, S. 202, hier: S. 235
6. Bundesgesetzblatt I 1976, S. 581 und 1977, S. 436
7. Wortlaut des Gesetzes: www.Knast.net
8. Urteil vom 1.7.98, BVerfGE Band 98, 169, hier: S. 200
9. Urteil vom 21.6.77, BVerfGE Band 45, 187, hier: S. 238 f.
10. Schwind/Böhm, Strafvollzugsgesetz - Kommentar, 3. Auflage, § 2, Rz. 13
11. vgl. Fußnote 10
12. zur Sicherungsverwahrung vgl. Besprechung zweier Urteile des Verfassungsgerichts: www.de.indymedia.org/2004/02/75001.shtml
13. zur Kritik am Arbeitszwang vgl. Prof. Bemmann in »Strafverteidiger«, Heft 11/1998, S. 604-605; vgl. auch Meyer-Falk in www.de.indymedia.org/2003/06/55784.shtml
14. BVerfGE Band 98, S.169 ff
15. so Lesting in Feest (Hrsg.), Alternativ-Kommentar zum StVollzG, 4.A, § 10, Rz 4
16. mit erheblichen regionalen Differenzen: am 31.5.98 in Thüringen 3,2%, in Berlin dagegen 32,6% – zitiert nach Lesting, vgl. Fußnote 15
17. Gefangene die »Langzeitbesuch« (findet gänzlich ohne Überwachung statt) z.B. in Bruchsal erhalten, bekommen dreimal vier Stunden pro Monat gewährt.
18. Für Sexualtäter in der Regel verpflichtend, § 7 Abs. 4 StVollzG
19. Jehle/Heinz/Sutterer, »Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen«, herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz, 2003
20. a.a.O, S. 62
21. a.a.O, S. 125
22. a.a.O, S. 63
23. a.a.O, S. 68
24. a.a.O, S, 68
25. a.a.O, S. 63
26. a.a.O, S. 62
27. a.a.O, S. 62
28. a.aO, S. 63
29. »Überwachen und Strafen«
30. vgl. Fußnote 15, § 115, Rz.81
31. Stolle/Brandt, »Verwahrung als Zukunft des Strafvollzuges?« in ZfStrVO 2004, S. 67 ff
32. Reiman, J. in »The Rich get Richer and the Poor get Prison«, 2. Auflage

STRAFVOLLZUG/RESOZIALISIERUNG

Zucht und Ordnung

»Elektronische Fußfessel«

– Allheilmittel oder fauler Zauber?

Die »elektronische Fußfessel« wird gerne gefeiert als Allheilmittel gegen überfüllte Haftanstalten und Problemfälle der Bewährungshilfe. Auch wenn von vielen Justizpolitikern daher immer wieder ihre Einführung auch in Deutschland gefordert wird, kommt die Entwicklung nicht recht in Gang. Das hat gute Gründe, die sowohl mit der fragwürdigen Technik selbst als auch mit den spezifischen Bedingungen von Strafvollzug und Resozialisierung in der Bundesrepublik zusammenhängen. Offenbar kann man auf die »Fußfessel« gut verzichten.

von Oliver Brüchert ● Seit 1983 der erste Straftäter im US-Bundesstaat New Mexiko zu elektronisch überwachtem Hausarrest verurteilt wurde, hat sich diese Technik in den Vereinigten Staaten, Kanada und einigen europäischen Ländern rasant verbreitet. Allein in den USA sind inzwischen über 100.000 Geräte im Einsatz. Die bislang verbreitete Variante der Fußfessel löst über einen Telefonanschluss einen »Alarm« in der Zentrale aus, wenn der Träger außerhalb der vorgesehenen Zeiten (insbesondere Arbeitszeiten) seine Wohnung verlässt. (1) An diese kleine technische »Erfindung« knüpfen sich überbordende kriminalpolitische Phantasien.

Der wichtigste Grund für die Einführung der Fußfessel in Amerika war die Idee, damit ließen sich angesichts rasant steigender Einsperrungsraten die überfüllten Gefängnisse entlasten und durch die Unterbringung und Versorgung der Straftäter zuhause Kosten im Vergleich zum Vollzug in einer Haftanstalt einsparen. Dieses Argument taucht in allen Debatten über die Einführung der Fußfessel in Europa immer wieder auf, obwohl bis heute umstritten ist, ob diese Maßnahme wirklich kostengünstiger ist als der klassische Strafvollzug (vgl. Bernsmann 2000). Auf jeden Fall hängt das Argument der Kostensenkung stark vom Anwendungsbereich und von der konkreten Umsetzung der elektronischen Überwachung ab.

Ein zweites wichtiges Argument stellt die »Fußfessel« als humanere Variante des Strafvollzugs dar: neben der eigenen Wohnung und dem gewohnten sozialen Umfeld, erlaube die – unter einer langen Hose unschwer zu verbergende – Fußfessel den Probanden insbesondere einer regulären Arbeit nachzugehen. Stigmatisierung und sozialer Abstieg durch Verlust des Arbeitsplatzes könnten so vermieden werden. Entscheidend dafür ist jedoch, dass der elektronisch überwachte Hausarrest tatsächlich eine ansonsten nicht mehr abwendbare Freiheitsstrafe ersetzt. Sonst geht das Argument nach hinten los, da durch das »net widenir g« mehr Straftäter einer freiheitsentziehenden Maßnahme unterworfen würden, die ja nicht nur erhebliche Grundrechtseingriffe für den unmittelbar Betroffenen, sondern auch für seine möglicherweise in der selben Wohnung lebenden Angehörigen bedeutet.

Das dritte Argument zielt insbesondere auf die Bewährungshilfe, der die Fußfessel eine bessere Kontrolle über ihr Klientel ermögliche. Das erleichtere nicht nur ihre Arbeit sondern auch die Chancen, die Bewährung erfolgreich mit der Resozialisierung der Probanden abzuschließen. Dabei wird auf den disziplinierenden Charakter der Maßnahme abgestellt, da die ständige Überwachung und schnelle Reaktion den Probanden eine strenge Zeitökonomie und Zuverlässigkeit abverlange, die sie bisher nicht gewohnt waren. Nimmt man das alles zusammen, erscheint die Fußfessel als Allheilmittel für vielfältige Probleme des Strafvollzugs und der Resozialisierung. Damit auch das konservative Wahlvolk sich nicht sorgen muss, Knast werde künftig »bei Bier und Fernsehen« abgefeiert, wird der hessische Justizminister nicht müde zu beteuern, dass das mitnichten beabsichtigt und der elektronisch überwachte Hausarrest »*kein* Beitrag zur Entlastung überfüllter Gefängnisse« sei (FR, 3. Mai 2000, Hervorhebung von mir). Ein wahres Wunderding, das derlei widersprüchliche Erwartungen gleichermaßen erfüllt.

Ein Wunderding das keiner haben will?

Trotz dieser hochgesteckten Erwartungen, tut man sich mit der Einführung des elektronisch überwachten Hausarrests in Deutschland bisher schwer. Die Länder Hamburg, Baden-Württemberg und zuletzt Schleswig-Holstein haben ihre Überlegungen zu entsprechenden Modellprojekten auf Eis gelegt. Aus der großen sanktionenrechtlichen Reform des Bundesjustizministerium wurde die Maßnahme gestrichen. Der Versuch einer gesetzlichen Regelung auf Initiative des Bundesrates endete in der begrenzten Erlaubnis für die Bundesländer, mit der »Fußfessel« zu experimentieren. Einzig das Bundesland Hessen führte daraufhin von 2000 bis 2002 einen Modellversuch in Frankfurt durch, der nun sukzessive auf das ganze Bundesland ausgeweitet werden soll (dazu später mehr).

Das ist nicht ernsthaft verwunderlich, denn die »elektronische Fußfessel« passt überhaupt nicht in die deutsche »Vollzugslandschaft«, das ahnen selbst jene Wissenschaftler, die der »Fußfessel« prinzipiell aufgeschlossen gegenüberstehen (z.B. Haverkamp 2002 und verschiedene Beiträge in Kawamura/Reindl 1999). Im Unterschied zu den Vorreiterländern in Sachen Fußfessel, den USA und Schweden, werden kurze Freiheitsstrafen in Deutschland im Regelfall ohnehin nicht vollstreckt. Während in den USA die technische Überwachung im Vordergrund steht, was dem hiesigen Vollzugsziel der Resozialisierung diametral widerspricht, ist in Schweden die Bewährungshilfe wesentlich besser ausgebaut als wir uns das träumen können. Um eine vergleichbar intensive Betreuung zu gewährleisten, müssten die hiesigen Strukturen von Grund auf verändert werden. Andererseits gibt es in Deutschland gut etablierte Alternativen (Diversion, Täter-Opfer-Ausgleich, soziale Trainingskurse, Entkriminalisierung von Bagatell- und Drogendelikten etc.), insbesondere im ambulanten Bereich und unter freier Trägerschaft. Durch Einführung der »elektronischen Fußfessel« würde diesen Projekten eher Geld entzogen, statt sie endlich flächendeckend auszubauen.

Ein Modellprojekt für die Fußfessel – oder eher für intensive Sozialarbeit

Mit dem Pilotprojekt, das von Mai 2000 bis Mai 2002 in Frankfurt durchgeführt wurde, sollte dennoch gezeigt werden, dass sich die »elektronische Fußfessel« in Deutschland erfolgreich etablieren lässt (zum Ablauf und zur Kritik des hessischen Pilotprojekts vgl. Schönewolf 2001 und Brüchert 2002). Da für eine sog. Vollzuglösung, bei der eine zu vollstreckende Freiheitsstrafe in Form des »elektronisch überwachten Hausarrests« durchgeführt würde, die gesetzliche Grundlage fehlt, kam als Anwendungsbereich insbesondere die Bewährungsweisung in Betracht, wenn der Widerruf drohte, weil der Betroffene gegen andere Auflagen verstoßen hatte. Alle Verfahrenbeteiligten (Staatsanwaltschaft, Richter, Verteidiger, Bewährungshilfe, sowie die Beschuldigten/Angeklagten/Verurteilten selbst) konnten einen entsprechenden Antrag stellen. Das Einverständnis des Betroffenen war eine notwendige Voraussetzung und über die Aufnahme in das Projekt entschieden letztendlich die Mitarbeiter.

Bei insgesamt 128 Anträgen wurden 52 Personen in das Projekt übernommen, davon 26 im Zuge der Bewährungsweisung bei Strafaussetzung zur Bewährung, 10 zur Vermeidung des Widerrufs der Bewährung, 14 zur Vermeidung von Untersuchungshaft und 2 aufgrund einer Gnadenentscheidung (Stand April 2002, vgl. Mayer 2002). Von 43 bis zum Mai 2002 abgeschlossenen Maßnahmen mussten nur 4 erfolglos abgebrochen werden. Die meisten Probanden konnten in Erwerbsarbeit vermittelt werden und es gab nur seltene geringe Verstöße gegen die mit der »Fußfessel« verbundenen Auflagen. Über die (erwartbar niedrige) Zahl der Rückfälle soll in einem abschließenden Bericht im Jahr 2005 Bilanz gezogen werden.

Entsprechend wurde das Pilotprojekt durch die Begleitforschung (2) und in den anschließenden Presserklärungen des Justizministeriums als großer Erfolg gefeiert und die schrittweite Ausweitung auf ganz Hessen beschlossen. Bei etwas genauerem Hinsehen lässt sich dieser »Erfolg« sehr leicht erklären. Da arbeiten vier Bewährungshelfer (drei davon auf eigens eingerichteten ABM-Stellen) mit maximal 19 gleichzeitig im Projekt befindlichen, handverlesenen Probanden, deren Delikte im Bereich der Betäubungsmittel- und Eigentumskriminalität und Vergehen nach dem Straßenverkehrsgesetz liegen (Mayer 2002, S. 25). Eine wahrhafte Insel der Glückseligkeit in einem Land, in dem häufig mehr als 100 Klienten auf einen Bewährungshelfer kommen. Darüber hinaus wurde das Projekt von den zuständigen Ämtern unterstützt, die Probanden in Wohnung und Arbeit zu bringen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass unter vergleichbaren Umständen ohne »Fußfessel« auch vergleichbare Ergebnisse erzielt worden wären.

Wenn man sich die nicht veröffentlichten (mir aber vorliegenden) Fallvignetten durchliest, wird auch deutlich, dass es sich bei den Probanden um ein für die Bewährungshilfe schwieriges, schwer erreichbares Klientel handelt. Die Probleme liegen vor allem im sozialen Bereich (Wohnsituation, Milieu, Armut, Sucht) und erfordern in der Tat eine intensivere Betreuung als dies unter normalen Umständen möglich wäre. Betreuung bedeutet immer auch Kontrolle, mit diesem Widerspruch muss die soziale Arbeit sich immer wieder auseinandersetzen. Aber Kontrolle kann Betreuung nicht ersetzen und das hat gerade dieser Modellversuch nachdrücklich gezeigt. Die Probanden betonen vor allem, dass sie nie zuvor so viel Unterstützung erhalten hätten und die Betreuer 24 Stunden am Tag erreichbar waren. Nötig ist intensive Sozialarbeit im Bereich der Straffälligenhilfe. Die kostet Geld und da wäre das Geld besser ausgegeben als für eine fragwürdige Überwachungstechnik.

Also doch nur fauler Zauber?

Trotz der nach außen zur Schau gestellten Euphorie, blieb schon das Frankfurter Modellprojekt mit seinen geringen Fallzahlen hinter den Erwartungen zurück. In Darmstadt, wo der Anwendungsbereich nun auch auf den Bereich der Führungsaufsicht erweitert werden soll, wurde in ganzen sechs Monaten erst eine einzige Weisung zur Bewährung erteilt (LAG aktuell, Informationsdienst der Landesarbeitsgemeinschaft der BewährungshelferInnen in Hessen, 2/2003, Seite 3). Obwohl die deutschen Richter und Staatsanwälte sich in verschiedenen Befragungen stets positiv zur »Fußfessel« geäußert haben, könnte sich in der Praxis herausstellen, dass dafür gar kein Bedarf vorhanden ist. Diese Einsicht wäre durchaus begrüßenswert, wenn die Freiräume zur Erprobung anderer, wirklicher Alternativen zur Freiheitsstrafe und wirksamen, verallgemeinerbaren Konzepten zur Hilfe in sozialen Problemlagen genutzt würden. Wird das hingegen versäumt, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Fußfessel erneut als Allheilmittel gegen die bekannten Mängel aus dem Hut gezaubert wird.●

Literatur:
Bernsmann, Hayo: Elektronisch überwachter Hausarrest unter besonderer Berücksichtigung von Privatisierungstendenzen. Göttigen 2000.
Brüchert, Oliver: »Modellversuch Elektronische Fußfessel. Strategien zur Einführung einer umstrittenen Maßnahme«. In: Neue Kriminalpolitik, Heft 1/2002. S. 32-35.
Haverkamp, Rita: Elektronisch überwachter Hausarrest: ein Zukunftsmodell für den Anstaltsvollzug? Eine rechtsvergleichende, empirische Studie unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in Schweden. Freiburg 2002.
Kawamura, Gabriele/Richard Reindl (Hg.): Strafe zu Hause. Die elektronische Fußfessel. Lambertus, Freiburg 1999.
Lindenberg, Michael: Ware Strafe. Elektronische Überwachung und die Kommerzialisierung strafrechtlicher Kontrolle. München 1997.
Mainprize, Steve: Elective Affinities in the Engineering of Social Control: The Evolution of Electronic Monitoring. Electronic Journal of Sociology: 2, 1996. [www.icaap.org/iuicode?100.2.2.3]
Mayer, Markus: Modellprojekt elektronische Fußfessel. Befunde der Begleitforschung -Zwischenbericht Mai 2002. Freiburg 2002.
Schönewolf, Simona: Die Rolle der Technologie im Strafvollzug am Beispiel der elektronischen Fußfessel. Diplomarbeit, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Universität Frankfurt, 2001.

Oliver Brüchert, geb. 1968, ist Diplom-Soziologe und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsschwerpunkt »Devianz und Soziale Ausschließung«, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt. Seit 1998 ist er Mitherausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift »Neue Kriminalpolitik«.

Anmerkungen:

(1) Zur Geschichte und Technik der »elektronischen Fußfessel«, vgl. Mainprize 1996, Lindenberg 1997.

(2) Mit der »unabhängigen« Begleitforschung war das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg beauftragt worden, dessen Leiter, Hans-Jörg Albrecht bekanntermaßen ein Befürworter der »Fußfessel« ist. In einem Interview mit der taz vom 19.6.2002 lobt er nicht nur den Erfolg des Pilotprojektes, sondern kann sich auch vorstellen, dass künftig eine neue Technik als »Fußfessel« zum Einsatz kommt, die bei Grenzüberschreitungen automatisch »Stromstöße oder Hupsignale auslöst«.

DIE MÖGLICHKEITEN DER »LETZTEN CHANCE«

Die elektronische Überwachung bei Straftätern wird seit Beginn der 90 er Jahre in Schweden, seit 1995 in Großbritannien sowie seit Ende 1998 auch in der Schweiz usw. bei Straftätern mit geringerem Strafmaß durchgeführt. Die dort positiven Erfahrungen warfen die Frage auf, ob die elektronische Überwachung auch in Deutschland eingesetzt werden kann.

Das hessische Justizministerium startete im Jahr 2000 ein im Landgerichtsbezirk Frankfurt zunächst auf 2 Jahre begrenztes Modellprojekt, um die Elektronische Fußfessel im Strafrecht einzusetzen. Seit 01.05.2002 wird sie nach und nach zur Regeleinrichtung in ganz Hessen werden. Sie wird auf der Grundlage der derzeit bestehenden Gesetze in Verbindung mit einer Strafaussetzung zur Bewährung eingesetzt, um dem Straftäter statt einer ansonsten erforderlichen Freiheitsstrafe noch eine letzte Chance zu geben.

Dies geschieht durch eine enge Kontrolle und Betreuung bei folgenden Fällen:

- bei drohendem Bewährungswiderruf
- als Bewährungsweisung
- zur U-Haftvermeidung
- in einer Gnadenbewährung

Die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung schafft die technischen Voraussetzungen und betreut das Verfahren von der Anlegung der Fußfesseln bei den Probanden vor Ort bis hin zur Überwachung des Systems und der Meldungen.

Wichtig ist dem hessischen Justizminister auch die wissenschaftliche Begleitung des Versuchs. Diese wird vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg wahr genommen. Technische Umsetzung der elektronischen Überwachung im Rahmen des Projektes:

Das Fußfessel-Equipment besteht aus einem Sender und einem Empfänger. Die Fußfessel wird in Knöchelhöhe mit einem Klipp fest verschlossen und der Empfänger an die Telefonleitung angeschlossen. Der HZD Mitarbeiter/in testet bei der Installation vor Ort die Reichweite innerhalb dieser der Sender des Probanden erfasst werden soll. Nach Festlegung des Wochenplans werden die Profildaten und der Wochenplan im Zentral System eingegeben und aktiviert. Ab diesem Zeitpunkt werden alle Meldungen im Empfänger gespeichert und an den Zentralrechner in der HZD weitergeleitet.

Verstöße gegen den Wochenplan werden unmittelbar dem System gemeldet und parallel wird eine SMS auf das Handy des diensthabenden Bewährungshelfers gesendet. Das Bewegen des Empfängers, das Ziehen der Stromversorgung oder Telefonleitung werden dem System mitgeteilt. Ebenso würde unmittelbar eine Meldung erzeugt werden, falls der Proband die Fußfessel mutwillig öffnet und der Körperkontakt nicht mehr hergestellt ist.

Die Installation des Fußfesselsystems beim Probanden, Eingabe von Wochenplänen sowie das routinemäßige Überprüfen des Systems verbunden wird von der HZD erbracht.

Der Fußfesselrechner setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen.

- Das Herzstück ist die zentrale Datenbank welche durch Spiegelung und Backupstrategien entsprechend gesichert ist.
- Zur Kommunikation mit den Empfängern fungiert der sogenannte DCC (Data Communication Computer), der mittels Datenverschlüsselung und einer »Call-Back«-Strategie die sichere Kommunikation zu den Empfängern gewährleistet.
- Der PRAG (Paging Gateway) dient der Übermittlung von Systemmeldungen und Ereignissen via Paging, SMS und Fax.
- Zur Eingabe der notwendigen Informationen der Probanden (u.a. der Profildaten) dient eine MWS (Monitoring Work Station); ein handelsüblicher PC oder Notebook.●

Silvester solidarisch !

Heraus zur revolutionären Silvester Knastkundgebung am Ossendorfer Knast in Köln!
Auch dieses Jahr werden wir am letzten Tag des Jahres unsere Solidarität mit den Gefangenen lautstark kundtun und auf die Strasse tragen, mit Feuerwerk und Jailhouse Rock gegen die Maschinerie des Wegsperrens. In Köln ist diese Kundgebung wieder fester Bestandteil der Anti-Knast Bewegung geworden, das Nachahmen ist ausdrücklich erwünscht!

Wir werden mit fetter Anlage auch wieder Grüße an die Gefangenen schicken und gegen die immer unerträglichere Situation im Ossendorfer Knast protestieren.

Kommt alle, und zeigt den Gefangenen, in Köln und überall, dass sie nicht vergessen worden sind!

Kein Knast steht ewig – für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Treffpunkt am Silvesterabend ist die Endhaltestelle Ossendorf, Linie 5. Los geht's gegen 18.00h.
Wie immer: Tee und Lautsprecherwagen wir, die Böller Ihr!

DISZIPLIN, STRAFE UND ARBEIT

Zucht und Ordnung

Zuchthäuser als Erziehungseinrichtung?

In einer Zeit, in der es nun wieder vermehrt um Elendsproduktion mit all ihren Folgen für die Gesellschaft geht, hier Agenda 2010 oder spezieller Hartz 4 genannt, ist die nachfolgend dokumentierte Vorlesung zur Entstehung der Zuchthäuser, u.a. am Beispiel des Wiener Zuchthauses, besonders interessant und auch als historisches Dokument für eine hoffentlich permanente Diskussion nützlich. Prof. Martin Scheutz, Institut für Geschichte der Universität Wien, stellt die Zuchthausentwicklung als direkte Folge der Armutsverwaltung und Bewältigung dar (gk)

Martin Scheutz, Wien ● Die peinliche Halsgerichtsordnung von Karl V. von 1532 (»Carolina«) schuf ein für das gesamte Reichsgebiet geltendes Strafprozessrecht. Die im Mittelalter kaum verhängten Freiheitsstrafen kamen darin lediglich an zwei Stellen vor: Zum einen als »ewiges Gefängnis« (§ 101), als Äquivalent zur Todesstrafe, und als Ersatzfreiheitsstrafe bei kleinem Diebstahl (§ 157). Gefangenschaft kam sonst nur im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren als Untersuchungshaft vor. Im 16. Jahrhundert begann sich das Strafsystem zu ändern, die öffentlichen Zwangsarbeitsstrafen (die sogenannten »opera publica«) nahmen deutlich zu und wurden um 1600 in den Reichsstädten allmählich eingeführt (in Frankreich: »ateliers publics«). Schon davor lassen sich Ruderstrafen (Ruderdienste auf Galeeren), bei denen Straffällige an die Mittelmeerstaaten übergeben (verkauft) wurden, nachweisen.

1561 dürfte nach gegenwärtigem Forschungsstand der erste Straftäter belegbar sein, der in Fußeisen geschlagen, öffentliche Arbeiten verrichten musste: Stadtgrabenräumen, Festungsbau, Ausführen von Kot, Straßenausbesserungen usw. Diese Strafen wurden für liederlichen Lebenswandel, übermäßiges Weintrinken (»Überweinen«), Raufhändel, Diebstahl oder Betteln ausgesprochen. Diese – nach moderner Ansicht – polizeiliche Strafe war zeitlich nicht genau definiert, vielfach wurden auch Jugendliche im Sinne von Disziplinierung und Erziehung damit belegt. Oftmals wurde diese Arbeit auch als »Karrenstrafe« angesprochen, die Gefangenen wurden an Karren angekettet. Die Gründe für die Einführung der Zwangsarbeitsstrafen sind bislang kaum erforscht: Die teuren Todesstrafen (Hinrichtungen kosteten viel Geld), eine Neubewertung der Arbeit (Nutzung brachliegenden »Arbeitsmaterials«) und der Gedanke der Nützlichkeit (Gefangene ersetzten die von den Städten angeheuerten Tagelöhner) und auch ökonomische Überlegungen (Festungsbau, Verteidigung gegen die Osmanen) spielten dabei sicherlich eine Rolle. Die »opera publica« sind aber auch als Ehrenstrafe anzusehen (in manchen Städten als »Schellenwerk«, als Narrenstrafe bezeichnet). Neu an diesen Strafen ist der Arbeitszwang bei gleichzeitigem Freiheitsentzug und die Öffentlichkeit als zusätzlich strafende Instanz. Diese öffentlichen Arbeiten, die mancherorts auch wieder verschwanden, erscheinen als eine Vorform der Zuchthausstrafe, die eine der wesentlichen Neuerungen in der Geschichte der Rechtsprechung in der Frühen Neuzeit darstellte.

Als erstes Zuchthaus gilt das 1555 gegründete, in einem ehemaligen Schloss untergebrachte Bridewell in London, das ursprünglich eine Einrichtung der Armenpflege gewesen ist. Neuartig an Bridewell war die straffe Organisation: Die Insassen waren sowohl während als auch außerhalb der Arbeit einem umfassenden Reglement unterworfen. Die den Sträflingen auferlegten Arbeiten wurden zum Großteil im Inneren der Anstalt ausgeführt. Die Neubewertung der Arbeit durch die Reformatoren spielte bei der Gründung dieser Anstalt eine wesentliche Rolle. Die Bezeichnung für diese und ähnliche in England gegründeten Häuser lässt deren Charakter gut erkennen: »House of occupation«, »hospital« oder »workhouse« oder auch – das Vorbild wurde namengebend – »bridewells«.

Das erste Zuchthaus auf dem europäischen Kontinent dürfte das 1595 gegründete Amsterdamer Haus gewesen sein, das in einem ehemaligen, in der Reformation untergegangenen Kloster eingerichtet wurde. Das Amsterdamer Haus hatte, anders als Bridewell, von vornherein eine Verbindung zur Strafrechtspflege. Ein aus reichem Haus stammender Dieb (1588) in Amsterdam dürfte zu dessen Gründung geführt haben, weil seine Familie eine Hinrichtung zu verhindern suchte. Die Insassen des Amsterdamer »tuchthuis« bestanden aus Bettlern und Vaganten, aus verurteilten Straftätern (vor allem Diebe), aus Personen, die gegen Erstattung eines Kostgeldes aufgenommen wurden. Das Zuchthaus in Amsterdam nahm nur männliche Insassen auf, deshalb wurde bald in Ergänzung ein »Spinhuis« für Frauen errichtet. Im Amsterdamer Zuchthaus raspelte man vorwiegend Farbholz (Farbgewinnung, »rasphuis«). Die Erziehung der Insassen rückte stärker in den Vordergrund. Die Arbeit sollte auch zum Lebensunterhalt der Insassen dienen. Mit der Arbeit verdiente man »Kost und Logis«, Zusatzverdienste waren gegen Mehrleistungen möglich. Disziplinarverstöße wurden scharf geahndet, daneben gab es weltliche und religiöse Unterweisungen. Das Amsterdamer Zuchthaus avancierte zu einer der großen Sehenswürdigkeiten der Stadt, im Rahmen der Kavalierstour besuchten männliche Adelige das Zuchthaus und transportierten diese Disziplinierungsvorstellung in ihre Heimatländer (Aspekt des Kulturtransfers).

Eine erste Gründungswelle lässt sich im Deutschen Reich unmittelbar im Gefolge der Amsterdamer Gründung nachweisen: Bremen (1608), Lübeck (1613) und, besonders wichtig, Hamburg (1618). Vor allem die Hamburger Anstalt lässt auf die Motivation der frühen Zuchthausgründungen rückschließen. Über dem Zuchthaustor prangte als Motto: »Labore Nutrior, Labore Plector« (sinngemäß: Durch Arbeit werde ich ernährt und durch Arbeit gezüchtigt). Zwei Kategorien von Personen werden als Zielgruppe angesprochen: Unverschuldet und verschuldet in Armut gefallene Personen, die mit diesem Werkhaus ihren Unterhalt verdienen sollten, und Züchtlinge. Die Einweisung in ein Zuchthaus wird auch als Präventivmaßnahme angesehen, um strafgerichtliche Verurteilungen zu vermeiden.

Eine zweite Welle an Gründungen von Zucht- und Arbeitshäusern ab den 1670er Jahren lässt sich feststellen: Wien (1671/1673), Leipzig (1671), Lüneburg (1676), Frankfurt am Main (1679). Fast alle diese Gründungen gingen auf städtische Initiativen zurück. Die Verbindung von Zuchthausgedanken und merkantilistischer Zielsetzung ist dabei evident: Die Förderung der Woll- und Seidenmanufakturen war eines der Ziele dieser multifunktionalen Anstalten.●

Teil 2 und 3 folgen in den nächsten Ausgaben

Quelle:
www.univie.ac.at/igl.geschichte/scheutz/Vorlesungsinhalte/SS2003/vorlesungsinhalte9.htm
die ganze Vorlesungsreihe zur »Geschichte der Armut und des Bettels in der Neuzeit« finden Sie unter:
www.univie.ac.at/igl.geschichte/scheutz/

LINKS & LITERATUR

Links, die den interessierten Internetbenutzern weiter helfen könnten:
www.rote-hilfe.de
www.so36.net
www.freedom-for-thomas.de/thomas/index.shtml
www.knast.net/
www.freilassung.de
www.soligruppe.de
www.sil.at/knastchat/
www.contraste.org
www.Grundrechtekomitee.de
www.europaforum-kriminalpolitik.net/
www.brik.uni-bremen.de/
www.bewhi.de/
www.haw-hamburg.de/sp/standpunkt/treber/Inhalt297.htm
www.politik-netzwerk.de/kriminalpolitik/krimi_index.html

Hinweisen möchten wir noch auf das Jahrbuch 2001/2002 des Komitees für Grundrechte und Demokratie, welches sich auf 450 Seiten mit unserem Thema in verschiedenster Weise befasst. Preis: Euro 15, Bestellen bei: KfGuD, Aquinossstr. 7 -11, 50670 Köln

Bitte beachten Sie, daß die oben ausgewählten Links, bzw. deren Inhalte nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

DIE LINKE UND DER KNAST

Verabschiedung von der Kritik...?!

Eines der zerbröckelnden Fundamente der emanzipatorischen Linken ist die grundlegende Kritik am Knast- und Strafsystem. Die absolute Zuspitzung von Zwangsverhältnissen, die darin verkörpert und zementiert ist, stellt schon seit geraumer Zeit kaum mehr als eine Randnote in den politischen (Denk)Ansätzen dar. Irgendwie gehört die Ablehnung von Knast noch »so« dazu. Jedenfalls in Teilbereichen. Aber genau wie in Punkten genereller Herrschaftskritik alles immer mehr aufgeweicht wird, so ist es mit der Thematik »Knast« im Besonderen. Die Analyse zu dem, wofür ein unmenschliches Bestrafungssystem durch Wegsperren eigentlich steht, ist größtenteils in kleine Zirkel abgetaucht.

Von Michael Deutschewitz ● Mit der Auflösung der RAF, welche wie keine andere Gruppierung unheimlich polarisiert hat, verschwand die unbedingte Notwendigkeit sich entschieden gegen Knast zu positionieren. Die »Lichtgestalten« des Widerstands in Gefangenschaft boten eine Identifikation für nahezu die gesamte Linke. Der Verlust dieser personengebundenen Identifikation führte fast automatisch zum Verlust der generellen Kritik am Knastsystem, unabhängig davon, wer gerade saß.

Ich denke, dass damals bereits der Fehler einer einseitigen Identifikation mit den Gefangenen des linksradikalen Widerstands begangen wurde. »Freiheit für alle politischen Gefangenen!«, so schallte es auf den mannigfaltigen Anti-Knast-Demonstrationen damals lautstark. Doch was war damals schon mit dem Rest der Eingesperrten? Wo war die grundlegende Ablehnung des Knastsystems? Isolationshaft, die Folter der Trakte, all das hat die RAF-Ära überlebt, es ist weiterhin barbarischer Bestandteil des Knastsystems geblieben. Und auch ohne die Gefangenen des militanten Widerstands bestens belegt.

Doch außer für den verschwindend geringen Prozentsatz der »politischen Gefangenen« war weitergehend nur geringes Interesse und Engagement für eine Gesellschaft ohne Knäste zu verzeichnen. Der Gedanke der abolutionistischen Bewegung (1), sich generell gegen ein solches Strafsystem zu stellen, war meines Erachtens auch in der »Hochphase« der Anti-Knast Bewegung niemals wirklich Kern der Diskussion. Die aktuelle Entwicklung beschreibt gar einen neuen Negativtrend zur exakten Umkehr vom Abolutionismus.

Trotz einer extremen Zunahme an Überwachung, Repression, neuen verschärften Sicherheitsgesetzen, einer Flut von Prozessen gegen linke AktivistInnen und nicht zuletzt die Weiterentwicklungen modernster, immer entsozialisierenderer Knasttypen ist das Thema Knastkritik absolut unterrepräsentiert. Während eigentlich die Betroffenheit durch den staatlichen Sicherheits- und Verfolgungswahn stetig steigt, sinkt kurioserweise die Bereitschaft, diese verachtenswerte Maschinerie des Wegsperrens aktiv anzugehen und mit in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen.

Immer öfter stößt man gar selbst innerhalb der radikalen Linken auf Rechtfertigungstendenzen für Knast bei bestimmten Fällen. Geht es um Nazis, Vergewaltiger und Ähnliche, vor denen eine Gesellschaft ohne Zweifel beschützt werden muss, so wird oft nicht lange überlegt. Da ist dann die staatliche (Nicht)Lösung Knast scheinbar wieder probates Mittel. Doch ein Werkzeug der Herrschenden wie der Knast kann niemals Bestandteil einer egalitären, emanzipatorischen Gesellschaft sein.

Das durch das argumentative »Ausschlachten« gefährlicher Fälle eine Legitimation für ein unbedingt abzulehnendes Konstrukt wie Knast geschaffen wird, scheint erst einmal zweitrangig zu sein. Auch hier ist der abolutionistische Gedanke bezüglich der sogenannten »Dangerous Few« (2) kaum mehr Bestandteil der Auseinandersetzung. Anhand der wenigen, wirklich Gefährlichen wird oftmals im Einklang mit dem Meinungsmonopol argumentiert.
Statt aufzulösen wird untermauert!

Das trifft dann aber auch die absolute Mehrzahl der Gefangenen, die »einfach« gegen die herrschende, kapitalistische Gesellschaftsordnung verstoßen haben, MigrantInnen, DrogengebraucherInnen, Unangepasste, Nonkonforme, Ausgegrenzte, Diebe, Kranke etc. Und die wären in der Utopie von einer emanzipatorischen, nichtkapitalistischen Gesellschaft irgendwo, bloß nicht im Knast. Das die letztendliche Überwindung des Knastsystems selbstredend an einen revolutionären innergesellschaftlichen Prozess geknüpft sein muss, steht dabei außer Frage.

Revolten ohne Rückhalt

Es besteht nur wenig Anlass zu zweifeln: die übergreifende Solidarität mit den Gefangenen ist auf einem Tiefstand. Das ist vor Ort genau wie international zu beobachten. Die aktive Gefangenenhilfe, das Einmischen von draußen, was so nötig für die Eingesperrten ist, sehe ich leider als eine Randerscheinung. Es ist ein Zurückziehen auf die Solidarität mit einzelnen Gefangenengruppen zu verzeichnen. Dabei wird in die »vermeintlich Guten« und den »bösen Rest« dividiert, es finden Angriffe auf Teilbereiche statt, ohne Kritik des Ganzen. Weder regt sich allzu großer Widerstand gegen das offen faschistische »Instrument« der Sicherungsverwahrung, noch gegen Doppelvergitterung und immer entmenschlichendere Haftanstalten. Ein Aufklärungsprozess und Analyse zu Knast und Strafsystem und zu den Hintergründen fehlen.

In die Analyse möchte ich auch die wirtschaftlichen Interessen, die hinter der Aufrechterhaltung und dem Ausbau eines immer brutaleren Knastsystems stehen, mit einbezogen wissen.

Gerade die BRD, argumentative Speerspitze von »Old Europe« und führender Exporteur der Herrschaftsware Demokratie, liefert den Support und die passenden Institutionen in alle Welt. Die Ausbildung von Exekutivorganen (Polizei, Militär...) nach deutschem Vorbild werden samt immer sicherer und unmenschlicherer Knäste verkauft. Ausgerechnet die BRD mit nie vollzogener Entnazifizierung scheint dazu besonders befähigt, vielleicht ja wegen der Vergangenheit, frei nach dem Motto: »Die müssen wissen wie's geht!« Beispiele dazu finden sich unter dem Deckmantel von Wiederaufbau in den »befriedeten Ex-Schurkengebieten« dieser Welt. Es darf gespannt abgewartet werden, wer wohl die Knäste des demokratisierten Irak bauen wird? Wer die Soldaten, und sehr wahrscheinlich auch die Polizeikräfte, ausbildet ist hingegen schon so gut wie sicher!

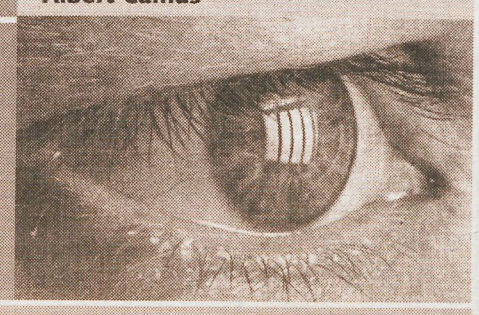
Der schon lange währende Gefangenenaufstand in der Türkei ist unter anderem mit dem Kampf gegen den sogenannten F-Typ-Knast verbunden. Dieser Typ hat sich in Deutschland sehr bewährt und die Todesstrafe quasi überflüssig gemacht. Wer da in den Trakten sitzt hat echt nichts mehr zu leben, die vollendeten und versuchten Suizide sprechen für sich. Das Todesfasten der türkischen Gefangenen hat seit Beginn der Revolten 113 Tote gefordert. Ein Einlenken der politisch Verantwortlichen ist nicht in Sicht.

Doch wird dem Kampf »von drinnen«, nicht nur der Gefangenen in der Türkei, sondern allgemein, wenig Beachtung geschenkt. Solidarität, Kontakte und die Unterstützung von draußen für die Kämpfe der Gefangenen drinnen, die auch alle in relativer Freiheit Lebenden (be)treffen, ist oft spärlich gesät. Wie auch dieser Schwerpunkt deutlich macht, gab und gibt es Widerstand im Knast auch nach der RAF.

Fortsetzung auf Seite 13

Anzeige

»Die Strafe,
die züchtigt
ohne zu verhüten
heißt Rache.«
Albert Camus



Bitte spenden Sie »CONTRASTE« an Menschen in Haft zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »CONTRASTE«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Telefon 030-611 21 89, Telefax 030-61 62 98 99
E-Mail: freiabos@bln.de
www.freiabos.de

Zeitungen
für Gefangene

Menschen, Berlin. Foto: Martin Langer

DIE ALTERNATIVEN DER SOGENANNTEN »FRIEDENSBEWEGUNG«

»Krieg ist keine Lösung – Alternativen sind möglich«

Vorweg: »Die« Friedensbewegung gibt es gar nicht. Wie alle kollektiven Identitäten entsteht sie erst durch diejenigen, die (mehr oder weniger offensichtlich) im Namen des Ganzen reden, das Ganze vertreten und so das Ganze erst schaffen. Wie bei Völkern, vielen Vereinen, Familien usw. gibt es meist gar keinen, auf keinen Fall aber einen gleichberechtigten Prozess der Meinungsfindung aller Teile beim Auftreten nach außen. Vielmehr sind es Eliten, Kader, Regierungen, SprecherInnen oder ähnliches, die für das Ganze sprechen.

Jörg Bergstedt, Redaktion Umweltschutz von Unten ● So ist es auch bei der durch das Auftreten der SprecherInnen erst konstruierten einen Friedensbewegung. Die Vielzahl an Gruppen ist völlig heterogen. Sowohl in den Positionen von UNO- und EU-euphorischen Fischerchören bis zu herrschaftskritischen Gruppen wie auch in den Methoden von dogmatisch Gewaltfreien über kreativ-offene AktivistInnen bis zu LatschdemonstrantInnen oder platten SteinewerferInnen.

Im März hat eine der Personen, die zu den Eliten der sog. Friedensbewegung gehört, ein Konzept für Arbeitsformen und -inhalte entworfen. Ronnefeldt ist Dauerredner bei großen Demonstrationen und einer der Strategen der Kampagne *»resist«*. Unter diesem Label gelang es einer kleinen Gruppe von Friedens- und AttacfunktionärInnen, die Führungs- und Sprecherposition im Protest gegen den Irakkrieg handstreichartig zu erobern. Ronnefeldts Positionspapier ist inzwischen von verschiedenen Friedensgruppen veröffentlicht worden. Am prominentesten ist der Abdruck im *FriedensForum* (Nr. 3/2004, S. 23 ff). Sein Text zeigt die politische Ausrichtung erheblicher Teile der Eliten in der Friedensbewegung, die von einigen Basisgruppen geteilt sowie von fast allen kritiklos akzeptiert wird. Eine offensive Auseinandersetzung aber wäre nötig, denn der Text von Ronnefeldt offenbart deutlich, welche Ideologien hier eigentlich vertreten werden. Mit Emanzipation hat das wenig zu tun.Im Folgenden sollen Auszüge aus dem Text kommentiert werden. Der gesamte Text ist unter www.friedensrat.ch/irakronnefeldt1.html einsehbar und steht im aktuellen FriedensForum 3/2004 (S. 23 ff).

Zitat: *»Krieg ist keine Lösung – Alternativen sind möglich (von Clemens Ronnefeldt)*
Nach den Terroranschlägen in Spanien plädieren zahlreiche Regierungen und Medien für ein schärferes – auch militärisches – Vorgehen gegen mutmaßliche Terroristen sowie gegen Länder, die diese unterstützen. Statt 'Krieg gegen Terror' zu führen, stellt sich nicht eher die sehr viel grundlegendere Frage, wie das Leid von Opfern sowohl von Terrorangriffen wie am 11.9.2001 in New York und Washington oder in Spanien als auch das Leid von Opfern in Ländern wie Afghanistan oder Irak vermieden werden kann?«

Vorgegebene Kampagnen

Soweit die Einleitung. Danach folgen konkrete Vorschläge für Aktivitäten in der Friedensbewegung – allesamt als Kampagnen bezeichnet, also als moderne Form politischer Arbeit, bei der kleine ideologische Zentren die Inhalte vorbereiten und dann so aufbereiten, dass schnell viele Menschen und Gruppen mitziehen können. Solche modernen Methoden haben ihre Vorläufer in den Kampagnen von Greenpeace und anderen, wo die Themen »von oben« gesetzt werden und dann über professionelle Medienarbeit ein Rattenschwanz von Menschen mitgezogen wird. Waren früher Postkartenaktionen und Infotische verbreitet, so geht es heute eher um Besuche von Demonstrationen und Aktionen vor Ort unter dem Thema der vorgegebenen Kampagnen.

Kapitel: *»1.1. Kampagnen im mititärpolitischen Umfeld«*

Es fällt auf, dass nur Kampagnen benannt werden, die Rüstung und Krieg einschränken. Die Abschaffung von Armeen und Rüstung wird nicht vorgeschlagen. Bestehende Aktionen wie »Bundesrepublik ohne Armee« oder ähnliche sind damit auch gar nicht mehr als Teil von Ronnefeldts Version einer Friedensbewegung akzeptiert.

Kapitel: *»1.2 Kampagnen im wirtschaftspolitischen Umfeld«*

Hier wird sehr deutlich, wie minimalreformistisch die Programmatik ist. Während in Seattle, Genua und vielen Ländern des Südens klar die Auflösung unterdrükkender Organisationen gefordert wurde und wird, formuliert Ronnefeldt u.a.:
»Kampagne zur Reform der Welthandelsorganisation (WTO), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank«, »Kampagne zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes« und »Kampagne für eine demokratische Kontrolle internationaler Finanzmärkte«. Das klingt sehr nach den Positionen von Attac, mit deren SpitzenfunktionärInnen Ronnefeldt im Vorfeld des Irak-Krieges die Kampagne »Resist« als typische Medienkampagne aufgebaut hat.

Das Märchen von der tollen Rechtsstaatlichkeit

Die Einführung des internationalen Strafgerichtshofs ist zusätzlich gefährlich. Das Märchen von der tollen Rechtsstaatlichkeit wird vielerorts verbreitet. Es verklärt, dass heute im Namen des Rechts die meisten Kriege, Folter, Unterdrückung usw. stattfinden. Recht ist das Reglementarium der Herrschenden und nicht ein irgendwie von selbst entstehender Schutz für die Unterdrückten. Ein internationaler Strafgerichtshof wird – zudem wahrscheinlich in Abhängigkeit von ausgewählten Geldgebern – mit seinen Haftbefehlen und Anklagen geradezu die Einsatzzentrale künftiger, demokratischer Kriege sein, denn die von ihm angeklagten »Bösen« müssen gefasst, sprich die Länder, in denen sie agieren, angegriffen werden. Ob eine solche Strategie zum (notwendigen!) Sturz von Regierungen sinnvoll ist, darf mindestens bezweifelt werden, zumal das Ziel dabei nicht die Selbstbestimmung der Menschen, sondern eine andere Regierung ist (siehe Irak: Da gilt jetzt die Scharia, die Todesstrafe wird auch wieder eingeführt – das alles ist jetzt aber ein Rechtsstaat und demokratisch – was stimmt!).

Kapitel: *»Vorschläge zur Zähmung der Globalisierung«*

Auch hier benennt Ronnefeldt das klassische Attac-Forderungsspektrum. Kontrolle ist das Stichwort und die Hoffnung besteht, dass ausgerechnet durch mehr Überwachung, also mehr Institutionen, Regierungshandeln, Gesetzen und Vorschriften das Gute, Menschenwürdige entstehen soll. Diese Position ist ahistorisch, weil sie keinerlei Erfahrungen aus politischen Kämpfen aufnimmt. Und sie ist naiv, weil sie im Staat einseitig und unhinterfragt das Gute vermutet.

Beispiele für konkrete Forderungen im Ronnefeldt-Papier sind die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (z.B. Tobin-Steuer), die Schließung der Steuerparadiese und 'Off-Shore-Zentren', eine strengere Banken- und Börsenaufsicht für die sog. institutionellen Anleger, die Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den drei Hauptwährungen Dollar, Euro und Yen und die demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen.

Ronnefeldt bezeichnet diese Minimalveränderungen bereits als »Strukturelle Nichtausbeutungsfähigkeit«, wofür er allerdings keine weiteren Gründe nennt – zumal einige seiner Forderungen in der jüngeren Geschichte schon mal verwirklicht waren, ohne dass die Ausbeutungstendenz in der Welt spürbar geringer war. Die »Schließung von Steuerparadiesen« ist für die Friedensbewegung eine interessante Forderung, denn hier wird ganz beiläufig etwas formuliert, für deren Umsetzung mindestens massiver Druck, letztlich aber auch Krieg in Frage kommt.

Vordenker internationaler Gewaltphantasien

Umso mehr schockiert, dass Ronnefeldt – erst einmal in das Denken der Mächtigen verfallen – in seinem nächsten Kapitel geradezu zum Vordenker neuer internationaler Gewaltphantasien wird.

Kapitel: *»Maßnahmen zur Überwindung von Unrechtsregimen«*

Ronnefeldt schreibt im Folgenden über Maßnahmen gegen einen solchen *»Staat, der offensichtlich Menschrechte missachtet oder z.B. Terroristen fördert oder beherbergt«* (Fehler im Original). Damit hat er die Kreide der imperialistischen Staaten schon gefressen. Menschenrechte und Terrorismus sind Begriffe, die der Definitionsgewalt gesellschaftlicher Diskurse unterliegen. Was der Bruch von Menschenrechten ist, definiert sich über ethische und formale Normen. Während Abschiebungen, Knaststrafen, Arbeitszwang usw. dem Standort dienen (und also gut sind), sind andere Vorgänge in fernen Ländern der Bruch von Menschenrechten. Dahinter steht keine objektive Wahrheit (die es auch nicht gibt), sondern der jeweilige Diskurs, der über Medien, Rechtsprechung, Ängste, Vorurteile, Wissenschaft usw. zu steuern ist. Die Macht, Diskurse zu beeinflussen, ist in dieser Gesellschaft sehr ungleich verteilt. Ähnlich ist es mit dem Begriff Terrorismus, der zur Zeit für alles Mögliche als Begründung herhalten muss, um eine innere Aufrüstung der Gesellschaft zu legitimieren. Ronnefeldt macht es nicht anders und nimmt Menschenrechte und Terrorismus als Argument für weltweite autotoritäre Durchgriffe. Unter seinen konkreten Vorschlägen finden sich u.a.:

Zitat: *»1. Im Bereich Kultur und Sport können die Austauschbeziehungen abgebrochen werden – wie dies z.B. beim Boykott der Olympischen Spiele 1980 wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan durch eine Vielzahl westlicher Staaten vorübergehend erfolgte.«*

Allen Ernstes schlägt Ronnefeldt hier vor, Machtpolitik überall hin auszudehnen. Mensch muss kein Fan von nationalistischen Shows wie Olympiaden sein – aber Ronnefeldt kritisiert das gar nicht, sondern will Sportveranstaltungen (was noch? Kulturfestivals, Jugendaustausch?) zum politischen Machtinstrument nutzen. Zumal ein Boykott entlang nationaler Grenzen gerade den Nationalismus eher selbst fördert. Aber das ist noch eher harmlos ...

Zitat: *»2. Auf der diplomatischen Ebene können Botschaften oder Konsulate verringert oder geschlossen werden. Staaten können aus internationalen Organisationen ausgeschlossen werden, wie dies mit der Bundesrepublik Jugoslawien erfolgte, die wegen der Politik Milosevics vorübergehend aus der OSZE verbannt wurde. Amtsträger können zusätzlich mit einem Einreiseverbot belegt werden.«*

Um Krieg zu verhindern, will Ronnefeldt Diplomatie einschränken. Wo da die Logik sein soll, ist unklar – außer aus Sicht eines Kriegsbefürworters in der klassischen Variante des modernen Bellipazifisten, bei dem Krieg den schlimmeren Krieg verhindern soll. Dann auch noch die Politik gegenüber Ex-Jugoslawien als positives Beispiel anzusehen, ist geradezu skandalös. Der Krieg gegen Jugoslawien wurde jahrelang sehr zielgerichtet diplomatisch vorbereitet. Die Diplomatie ist nicht gescheitert, sondern gelungen, denn der Krieg war das Ziel einer Strategie, die Unterwerfung herbeiführen wollte. Die Isolierung stand in einer Reihe mit der nationalen Unterteilung des Landes und den Scheinverhandlungen um dem Rambouillet-Vertrag, dessen Bedingungen immer absichtlich unannehmbar gehalten wurden.

Zitat: *»3. Im Verkehrsbereich kann der Flug- oder Schiffsverkehr unterbrochen werden, Bahn- und Straßentransportrouten ebenfalls.*
4. Im Kommunikationsbereich können Post- und Televerbindungen unterbrochen werden.
5. In der Entwicklungszusammenarbeit kann die finanzielle und technische Unterstützung beendet werden. Deutschland finanziert z.B. nach wie vor ca. zehn Prozent des Staatshaushaltes von Ruanda ohne Kontrolle und Auflagen -obwohl die ruandesische Regierung mit diesem Geld vermutlich den Krieg und die Besetzung großer Landesteile im benachbarten Kongo mitfinanziert.«

Solche Forderungen richten sich sehr stark gegen die Zivilbevölkerung. Auch wenn grundsätzlich wirtschaftliche Entwicklung in der heutigen Form nicht emanzipatorisch ist, ist das schlichte Kappen von Kommunikation schlicht eine Katastrophe für alle Menschen und auch für nicht-kriegerische Streitformen.

Deutschland und Europa immer dabei

Seine bellipazifistischen Phantasien paart Ronnefeldt dann mit einer merkwürdig plötzlichen Attacke gegen Israel.

Zitat: *»6. Im militärischen Bereich kann die Zusammenarbeit gekündigt und ein Waffenembargo verhängt werden. Obwohl der Nahe Osten eindeutig als Spannungsgebiet gilt und z.B. die israelische Armee Merkava-Panzer in den besetzten palästinensischen Gebieten einsetzt – entgegen einer Vielzahl von UN-Resolutionen –, liefert die Bundesregierung bis in die jüngste Vergangenheit Kupplungen für diesen Panzertyp an Israel.«*

Dabei ist nicht die Kritik an der militaristischen Politik Israels das Problem (eine emanzipatorische Politik kann Krieg, Unterdrückung, Einengung von Bewegungsfreiheit der Menschen usw. nur kritisieren und bekämpfen), sondern die Einseitigkeit überrascht. Ronnefeldt kritisiert etwas, was auf alle Länder dieser Welt zutrifft. Die Bundesregierung liefert in fast alle Länder/Regionen Waffen. Selbst bei der widerlichen Auseinandersetzung zwischen einer militaristischen Regierung in Israel und einem noch widerlicheren autoritären Regime in den palästinensischen »Autonomie«gebieten sind Deutschland und Europa auf beiden Seiten mit Hilfen und Lieferungen dabei.

Zitat: *»9. Kriegsverbrecher oder Terroristen können vor ein internationales Tribunal gestellt werden. Im Falle der Lockerbie-Affäre und der Suche nach den mutmaßlich sich verschanzten Terroristen wurde Libyen nicht mit einer Militärintervention überzogen. Der politische Druck auf Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi war schließlich groß genug, dass die Libysche Regierung die mutmaßlichen Terroristen auslieferte, die anschließend vorein internationales Gericht gestellt wurden. Warum wurde dieser rechtsstaatliche Weg nicht auch im Falle des 11. September 2001 beschritten? Warum nahm die US-Regierung stattdessen den Tod mehrerer tausend unschuldiger Zivilisten in Afghanistan in Kauf – und dies, obwohl die Täterschaft der Massenmörder vom 11.9.2001 bis heute keineswegs aufgeklärt ist?«*

Wie schon in der Forderung nach dem internationalen Staatsgerichtshof zeigt sich hier Ronnefeldts naiver Glauben an das Gute im Recht. Warum sollten die Kriege gegen Afghanistan oder Jugoslawien nicht stattgefunden haben, wenn zuvor ein rechtsstaatlicher Weg eingehalten worden wäre? Vielleicht wären die Kriege europäischer geprägt gewesen (weil Europa kraft mehr Stimmen in den internationalen Gremien meist durchsetzungsfähiger ist als die auch deshalb lieber im Alleingang mordende USA), aber sind demokratische Bomben besser?

Wohin die Reise gehen soll, zeigt Ronnefeldt dann mit seinem Literaturtipp: *»Internationale Polizei – Eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung«*. Das ist die Denkweise der AnhängerInnen weltweiter Innenpolitik. Wenn staatliche Morde nicht mehr als Krieg, sondern als innere Sicherheit organisiert sind, wenn Menschen nicht mehr von Armeen, sondern von der Polizei erschossen werden, dann ist alles gut. Weil rechtsstaatlich einwandfrei. Emanzipatorische Ansätze liefert Ronnefeldt mit seinen Ausführungen nicht. Er will die Stärke des Rechts – ohne eine Analyse zu leisten, was Recht und Rechtsstaat überhaupt ist.

Recht ist in keiner Weise per se emanzipatorisch. Es kann mal mehr Menschenrechte aufnehmen und mal weniger. Relativ liberale Ansätze in einigen Staaten dieser Welt (meist schon einige Jahrzehnte zurückliegend) sind genauso ein Rechtsstaat wie die Nationen der Berufsverbote, der Folter (sie muss nur per Gesetz erlaubt sein) oder gar die Anfangsphase des Nationalsozialismus in Deutschland. Rechtsstaat beschreibt eine Art von Herrschaftsstruktur – ob diese menschenfreundlicher ist oder nicht, hängt von anderen Faktoren ab. Wie bei jeder Monarchie auch. Emanzipatorisch ist beides nicht.●

Quelle: FriedensForum 3/2004 (S. 23 ff)
Im Netz: www.friedensrat.ch/irakronnefeldt1.html
Herrschaftskritische Internetseiten zu Krieg und Frieden: www.no-law-no-war.de.vu

Dieser Text wurde auch an das FriedensForum geschickt, wo die Vorschläge von Clemens Ronnefeldt erschienen. Das FriedensForum druckte diese Entgegnung jedoch nicht ab.

Geld gegen den Sozialabbau

Redaktion Berlin ● Der politische Förderfond Netzwerk vergibt an Berliner Initiativen, die sich dem Abbau des Sozialstaates entgegenstellen, für produktive Kampagnen und ideenreiche Aktionen im Rahmen seines Förderschwerpunkts »Die soziale Frage stellen« bis zu 2.000 Euro.

»Die Menschen, die von der Agenda 2010 betroffen sind und sein werden, haben als Vertretung im Grunde die Wohlfahrtsverbände. Die sind aber selbst vielfältig eingebunden ins politische Geschehen und können grundsätzliche Kritik nicht mehr ohne weiteres formulieren«, so Professor Roland Roth im Interview. Um die KritikerInnen der Agenda 2010 zu stärken, unterstützt Netzwerk selbstorganisierte und unabhängige Projekte, die dem Sozialabbau entgegenarbeiten, sich für solidarische Lösungen in der Ökonomie einsetzen und sich gegen die Umverteilung von unten nach oben wehren.

Initiativen können bei Netzwerk, Gneisenaustr.2a, D-10961 Berlin, bis Mai 2005 laufend Anträge stellen. Grundlegend sind die Förderkriterien von Netzwerk.
Weitere Informationen Im Internet unter www.netzwerk-selbsthilfe.de oder telefonisch unter (0 30) 691 30 72

Anzeige

Aktueller Aufruf zur Unterstützung!
Seit Herbst 2003 werden AktivistInnen aus der Projektwerkstatt mit Prozessen überhäuft. Im Mittelpunkt steht ein fast ein Jahr währender Prozeß mit 13 Anklagepunkten – erlogen von Polizei und Politik. Aktionen sind wichtig – aber leider diesmal nicht genug. Der Prozeß wird teuer. Darum bitten wir um Spenden auf das angegebene Konto. Wer Spendenquittungen braucht, sollte sich vorher bei uns melden.
Konto "Spenden & Aktionen", Nr. 9288 1806
Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00
Infoseite zum Prozeß: www.projektwerkstatt.de/prozess

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

EIN BUCH VON FRITHJOF BERGMANN

»Neue Arbeit, neue Kultur«

Er schreibt wie er spricht, in einer eindringlichen, bilderreichen Sprache. Frithjof ist begeistert von der von ihm erfunden Neuen Arbeit und vertritt sie unermüdlich seit über 20 Jahren. Dabei ist ein, wie er sagt »loses Netzwerk« entstanden, dass die Neue Arbeit jenseits des herkömmlichen »Jobsystems« versucht zu verwirklichen.

Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Das in diesem Jahr erschienene Buch erklärt ausführlich, was das Neue an der Neuen Arbeit sein soll. Die ersten beiden Kapitel sind eine leicht lesbare, vernichtende Kritik des Systems der Erwerbsarbeit, des »Lohnarbeitssystems«. Nach Frithjof besteht es erst seit 200 Jahren – für viele Menschen auf diesem Globus auch viel kürzer und es ist auch in eine vielschichtige, grundlegende Krise geraten.

Anschaulich trägt er auf den globalen Rahmen bezogen die aktuellen Gebrechen des 'Jobsystems' zusammen, die Menschen erleiden und deformieren, die diese begehrte Arbeitsart haben oder nicht haben. Er will diese Lohnarbeit nicht retten oder reformieren. Gestützt durch die neuesten und zukünftigen Technologien sieht er vermehrte Chancen, in selbstbestimmter Eigenarbeit in kleinen Gruppen die wichtigsten Lebensbedürfnisse direkt füreinander im menschlichen Nahbereich zu erfüllen.

Verkrüppelt oder entwickelt uns die Arbeit?

Das ganze Buch handelt von dem Gegensatz zwischen Erwerbsarbeit in dieser Gesellschaft und dem, was Arbeit an Kräftigung und Lust für den Einzelnen und in selbstbestimmter Gemeinschaften bedeuten könnte.

»Es geht uns um die Schaffung einer Gesellschaft und Kultur, in der wirklich jeder, Mann oder Frau, die Chance bekommt, einen beträchtlichen Teil seiner Zeit mit einer Arbeit zu verbringen, die er oder sie erfüllend und faszinierend findet und die die Menschen aufbaut und ihnen mehr Kraft und mehr Vitalität gibt.« (S. 19) »Es geht letztlich um die Frage, ob die Arbeit meine Entwicklung vorantreibt, ob sie mir mehr Kraft und Vitalität verleiht, statt mich auszulaugen und zu verkrüppeln wie die Arbeit im Lohnarbeitssystem. (S. 377)

In Kapitel IV beschreibt er »Die Wirtschaftsform der Neuen Arbeit«. Frithjof befördert den Bildungsprozess von »Zentren Neuer Arbeit«, als 'Keimformen' dieser Wirtschaftsform. Diese Zentren sollen erst lose Diskussionsgruppen sein, dann zunehmend, den Neigungen und Fähigkeiten der Einzelnen entsprechend, eine Selbstversorgerwirtschaft mit entwickelten Technologien aufbauen. Ein lebensnotwendiges Produkt nach dem anderen soll nicht mehr in der herkömmlichen Produktionsweise hergestellt werden, sondern möglichst intelligent, effektiv und ökologisch zur Versorgung der füreinander aktiven Menschen. Die Zentren sollen arbeitsteilig in einem Netzwerk allmählich ein Bündel von Verfahren entwickeln, damit schließlich Gruppen von ein paar hundert Menschen die überwiegende Mehrzahl der für ein erfreuliches Leben notwendigen Güter selbst herstellen können. »Wir schlagen stattdessen eine Palette kleiner, mobiler und preiswerter Technologien vor, mit denen die Menschen das, was sie brauchen, für sich selbst herstellen können.« (S.25)

»Entscheidend war für uns die Reduzierung der Abhängigkeit von der Lohnarbeit, das Ausbrechen aus dieser Knechtschaft. Wir wollten hier eine Ebene erreichen, die in dieser Hinsicht eine deutliche Veränderung zeigt, die es einem Menschen also erlaubt, seine Lohnarbeit um ein Drittel oder die Hälfte zu reduzieren, indem er sie auf angenehme Weise mit einer selbstversorgenden oder eigenproduzierenden Arbeit ausbalanciert. In den ersten 20 Jahren machten wir dazu hier und dort Fortschritte, aber im Großen und Ganzen erreichten wir dieses Ziel nicht.« (S.24) Er sieht jedoch in den nächsten Jahren Möglichkeiten, diesem Ziel recht nahe zu kommen, besonders durch die Entwicklung von speziell für eine Selbstversorgerwirtschaft ausgerichtete Maschinen, an denen Zentren Neuer Arbeit und auch verschiedene Universitäten beteiligt sind.

Schritt für Schritt raus aus der Abhängigkeit

Wichtig sei es, die festen Kosten, die den ständig sich erneuernden Erwerbszwang befestigen, Schritt für Schritt zu senken. Er geht die Bereiche durch: das Telefon, das Automobil, die Gesundheit und die Altersvorsorge, auch das Wohnen. Überall sieht er wachsende Einsparpotentiale durch die Ansätze von Eigenproduktion in kleineren Gruppen. Dabei schlägt Frithjof unermüdlich vor, zumindestens einen Teil seiner Neigungen, seiner Lust, etwas zu tun, nicht in die Erwerbsarbeit zu stecken, sondern in die Vorbereitung einer Selbstversorgerproduktion in einem Zentrum Neue Arbeit. Dabei sollten die Menschen sich auf den Weg machen, »herauszufinden, was sie wirklich, wirklich wollen«. Es sei möglich, die tief eingewurzelte Fremdbestimmung bei der Auswahl der jeweils lebensbestimmenden Tätigkeiten Schritt für Schritt zu überwinden. Auf diesem Kurs können Menschen sich auch gegenseitig unterstützen, und beispielsweise in den Zentren Neue Arbeit Beratung bekommen, um allmählich die weitverbreitete »Armut der Begierde« und die »Selbst-Unkenntnis« zu überwinden.

»Für viele Menschen ist es sehr überraschend, dass wir im Kontext eines Zentrums für Neue Arbeit darüber sprechen, wie man es schaffen könnte, sein Leben intensiv und in vollen Zügen zu leben...« (S.389) und nicht im 'Schweinsgalopp' für ein darauf folgendes ödes Rentnerdasein. »Diese Kreatur braucht deshalb mehr als ein wenig Schulung und einen Katalog von Regeln. Damit ein solches Wesen reifen und erwachsen werden kann, damit es vor allem an Stärke zunehmen kann, bis es sich selbst besitzt, braucht es ein Ausmaß an Zuwendung, Aufmerksamkeit und Fürsorge, das weit über das hinaus geht, was wir normalerweise als Unterstützung bezeichnen.« (S. 364) Neben dem Findungsprozess jedes Einzelnen, was jemand wirklich mit Begeisterung tun möchte und tut, ist also ein langandauernder gegenseitiger Unterstützungs- und Heilungsprozess nötig. Auch ein wenig kritische Selbstdistanz und Lachen-Können über sich selbst ist wichtig: »... eine Prise Humor sollte immer zur Neuen Arbeit gehören«. (S. 369) »In dem heute entstehenden neuen Bezugsrahmen hat die primäre Funktion der Arbeit nichts mit Waren zu tun, sondern es geht in erster Linie um dich und mich als Person. In der Bühnenmitte steht nicht mehr die Produktion von Gütern, sondern die Weiterentwicklung der Menschheit.« (...) »Wenn man bedenkt, wie unendlich weit die Menschheit gegenwärtig noch vom Zustand einer freien Menschheit entfernt ist, dann sieht man, dass jeder Einzelne gebraucht wird und es für jeden einen Platz gibt.« (S.382/83)

»Fortschrittliche Geschäftsleute« und Rolle der Technologien

Das Buch ist empfehlenswert und lesenswert. Gerade deshalb möchte ich ein paar kritische Bemerkungen hinzufügen.

Frithjof betont: »Die Leute wussten immer, dass wir auch in den Chefetagen der 500 weltweitführenden Unternehmen ein- und ausgingen.(...) Dass es immer eine Kohorte erfolgreicher und fortschrittlicher Geschäftsleute gab, die auf unserer Seite standen, die mit unseren Ideen übereinstimmten, die uns ermutigten, uns Türen öffneten und auch Geld zur Verfügung stellten (...), das hat die Geschichte und Entwicklung der neuen Arbeit in vieler Hinsicht geformt.« Und: »Die Koalition, die zu schmieden wir dabei sind und die auf die Verwirklichung der Wende hinarbeitet, zählt sehr stark auf sie.« (S. 228/29) Frithjof will besonders Unternehmer dafür gewinnen, Technologien für eine Selbstversorgerwirtschaft mit zu entwickeln. Obwohl sich auch Enttäuschungen über die sich durchsetzenden Gewinninteressen dieser Unternehmer einstellten, hält er an diesem Kurs fest. Ich will nicht bezweifeln, dass sich immer wieder einige wenige reiche Leute auf die Seite der 'Unterdrückten' stellen. Illusionär ist es jedoch, die eigene Vorgehensweise entscheidend auf diese Leute auszurichten. Ich halte es für besser, die nötigen neuen Technologien direkter in den Ansätzen selbstbestimmteren Wirtschaftens zu entwickeln.

Richtig finde ich Frithjofs Gedanke, dass selbstversorgendes Wirtschaften nicht mehr mit einem quasi-mittelalterlichen Produktivitätsniveau verbunden bleiben, sondern auch neueste Technologien gestalten und nutzen sollte. Aber welche Technologie zu welcher Gruppe passt, sollte ausschließlich von diesen selbst entschieden werden. Er überschätzt die Rolle der Technologien und unterschätzt die Rolle einer sich gegenseitig kräftigenden Gruppenentwicklung, die Menschen in einem langjährigen Prozess überhaupt dazu befähigt, ihren gemeinschaftlich-gesellschaftlichen Zusammenhang selbst zu bestimmen.

Ware, Geld und Kapital

Frithjof betont immer wieder, dass es um eine »Alternative zum Lohnsystem« (S.116) ginge. Wenn er dann von der »Schaffung neuer Strukturen« spricht, fordert er für die neuen Tätigkeiten »eine angemessene Vergütung« ein (S.117). Man solle »die verschiedenen Systeme der Bezahlung« studieren (S.119). Lohnarbeit will er unbedingt überwinden. Waren, Geld und Kapital (als von den Menschen selbst geschaffene unpersönliche Macht) hält er dagegen für vollkommen natürlich. Frithjof blendet aus, dass die 2000 Jahre vor der Entwicklung des Jobsystems entstandene einfache Warenproduktion dieses »Jobsystem« erst hervorgebracht hat. Auf Grundlage von Warenproduktion und Geld ist schon vor unserer Zeitrechnung Handels- und Wucherkapital entstanden. Nur die Arbeitskraft wurde erst vor ca. 200 Jahren global zur Ware, mit den bekannten gewaltigen, zwiespältigen Folgen. Will Frithjof das zurückdrehen auf den Stand vor 200 Jahren, verbunden mit neuesten Technologien? Er blendet aus, dass die bei den meisten Menschen inzwischen tief eingewurzelte Drang zur Geldvermehrung, zu wertorientiertem Handeln, auch die Arbeitskraft schnell wieder zur Ware machen muss. Wenn alles zur Ware geworden ist, warum sollte es ausgerechnet diese erwiesenermaßen gewaltige Vermehrungsquelle von abstraktem Reichtum nicht sein?

Frithjof hat wichtige Erfahrungen unserer jüngsten Geschichte nicht berücksichtigt: Gerade die 'Alternativbewegung' der 70er und 80er Jahre hat in kleinen Gruppen ihre Neigungen zur Haupttätigkeit gemacht und Fahrradläden, Bioläden, selbstverwaltete Betriebe usw. gegründet. Die Zwänge des Marktes haben diese Gruppen, 'Kollektive', obwohl sie bei sich die Lohnarbeit zunächst verbannt hatten, innerhalb weniger Jahre zu ganz 'normalen' kapitalistischen Betrieben zurückentwickelt. Auch alle Merkmale von Lohnarbeit sind darin neu entstanden. Wenn Frithjof diese Ergebnisse verdrängt, wenn er nicht wert- und warenkritisch wird, bleibt sein Weg nach seinem eigenen Maßstab im »Jobsystem« verfangen. Menschen, die sich von der Lohnarbeit verabschieden, haben nur einen wichtigen Teil der Aufgabe angepackt, sich Schritt für Schritt ihren eigenen gesellschaftlichen Zusammenhang (gemäß einer Entfaltung ihrer eigenen Neigungen) aktiv anzueignen.

Trotzdem möchte ich manchem im Selbstanspruch 'kritischen' Marxisten so viel zupackenden Realismus, so viel humane Streitlust und Beharrlichkeit wünschen, wie ich bei Frithjof Bergmann erlebt habe. Möge er noch lange und fruchtbar bei der Herausbildung einer gesellschaftlich-pluralistischen Alternative zum »Jobsystem« mitwirken.●

SOZIOKULTURELLE PROJEKTE

Redaktion Heidelberg ● Projektmittel für soziokulturelle Vereine und Initiativen: Der »Fonds Soziokultur« fördert zeitlich befristete Projekte, in denen neue Angebots- und Aktionsformen in der Soziokultur entwickelt und erprobt werden. Die Vorhaben sollen Modellcharakter besitzen und beispielhaft sein für andere soziokulturelle Projekte und Einrichtungen. Damit will der »Fonds Soziokultur« einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Projektideen ermöglichen.

Kulturelle Initiativen, Zentren und Vereine, die im nächsten Jahr ein soziokulturelles Projekt durchführen und im ersten Halbjahr 2005 mit ihrem Vorhaben beginnen möchten, können ab sofort Förderanträge stellen. Einsendeschluss ist der 1. November 2004 (es gilt das Datum des Poststempels).

Nähere Informationen zur Ausschreibung und die Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 2005 können über die Geschäftsstelle des Fonds oder über folgende Internet-Adresse bezogen werden: www.fonds-soziokultur.de
Fonds Soziokultur, Weberstr. 29a, D-53113 Bonn, Tel. (02 28) 201 67 35, Fax 201 67 36
Nächste Mittelausschreibung: Frühjahr 2005 – Stichtag 1. Mai.

Anzeige

DIE ERFOLGSGESCHICHTE DER ETHIKBANK

Wie wir wurden, was wir sind

»Wir sind Banker mit Leib und Seele«, sagt Sylke Schröder, Prokuristin der EthikBank. »Aber wir sind uns unserer Verantwortung in diesem Geschäft bewusst. Unser wirtschaftlicher Erfolg geht deshalb nicht auf Kosten anderer Menschen.«

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Und so beginnt eine Erfolgsgeschichte aus Thüringen: Unmittelbar nach der Wende wird aus der »Bank für Handwerk und Gewerbe« in der 11.500-Einwohner-Stadt Eisenberg bei Jena wieder eine Volksbank. Damit lebt eine alte Tradition auf. 1868 nämlich hatte eine Handvoll Handwerker in Eisenberg die Idee des Sozialreformers Hermann Schulze-Delitsch aufgegriffen und eine Kreditgenossenschaft gegründet. Gemeinsam wollten sie ihre Liquidität verbessern und durch gemeinsames Auftreten die Einkaufspreise senken, dabei aber ihre Selbstständigkeit bewahren. Es entstand im damaligen industriellen Herzen Deutschlands eine der ersten genossenschaftlichen Banken.

Später bezeichnete sich die Kreditgenossenschaft als »Volksbank«. In der DDR musste sie ihren Geschäftskreis auf die kleinen Handwerks- und Gewerbebetriebe beschränken und wurde in »Bank für Handwerk und Gewerbe« umbenannt.

Dann aber, nach der Wende, ersteht die Volksbank Eisenberg eG neu. Sie ist eine eigenständige Bank, eine der kleinsten Genossenschaftsbanken in Deutschland – aber auch eine der erfolgreichsten.

Woran liegt das? Vielleicht ist man in Eisenberg einfach pfiffiger als andernorts. »Wenn wir eine gute Idee haben, diskutieren wir darüber, dann entscheiden wir und dann wird angepackt und umgesetzt«, erzählt Sylke Schröder. 1995 hatte man eine gute Idee. Das Rechenzentrum der Bank in Kassel, ein Dienstleister, der sich um die IT des Institutes kümmert, wollte ein Call-Center aufbauen und suchte einen Partner für das Bankgeschäft. Die Eisenberger sagten zu und stiegen in den neuen Markt der Direktbanken ein. Ab diesem Zeitpunkt bot man bundesweit ein Tagesgeldkonto und andere Bankdienstleistungen an.

Tagesgeld war damals relativ neu und die Kunden zeigten sich zunächst skeptisch. Ein Hinweis im Abonnentenbrief des Wirtschaftsmagazins »Capital« brachte den Durchbruch. Weitere Veröffentlichungen in Zeitungen und Magazinen folgten. Inzwischen hat die Volksbank Eisenberg Direkt etwa 2.000 Kunden bundesweit gewonnen – alle durch Mund-zu-Mund-Propaganda und eine intensive Pressearbeit.

»Nach einiger Zeit merkten wir: Gute Banker zu sein ist uns nicht genug. Wir wollen in die Gesellschaft wirken. Wir wollen unserer ethischen Verantwortung gerecht werden«, erinnert sich Vorstandsvorsitzender Klaus Euler. Die Volksbank Eisenberg Direkt bot ihren Kunden Förderkonten an. Wer wollte, konnte 0,25 Prozentpunkte seiner Rendite für eines von drei Förderprojekte spenden: für eine Mädchenschule in Afghanistan, ein Waisenhaus in Bulgarien oder den Schutz der sibirischen Baikalrobbe.

Viele Zeitungen und Zeitschriften berichteten über dieses Angebot. Einige Journalisten und Nichtregierungsorganisationen hakten nach: Reicht es aus, Geld zu spenden? Wäre es nicht besser, das Geld von vorn hinein nur so zu investieren, dass der Anleger ruhigen Gewissens schlafen kann?

»Klaus Euler und ich fragten uns, ob die Volksbank Eisenberg in den ethisch-ökologischen Markt einsteigen sollte. Schließlich entschieden wir uns, die EthikBank als eigene Bank zu gründen, um das Vertrauen der Anleger in unsere Kompetenz und Eigenverpflichtung zu stärken«, berichtet Sylke Schröder. Ein dreiviertel Jahr später, im Dezember 2002, nahm die EthikBank ihre Geschäfte auf. Schon der Auftritt vier Wochen davor auf der Düsseldorfer Anlegermesse war ein Riesenerfolg. Viele Besucher ermutigten die Banker aus Eisenberg. Experten bestätigten: »Ethisch-ökologische Geldanlage ist ein Nischenmarkt mit enormen Wachstumschancen.«

Das zeigte sich bereits ein halbes Jahr nach Gründung der EthikBank. Inzwischen vertrauen rund 1.500 Kunden der Bank, deutlich mehr, als Klaus Euler und Sylke Schröder zu diesem Zeitpunkt erwartet hatten. Kunden der EthikBank müssen nicht auf gute Konditionen verzichten. »Wir sind überzeugt, dass nur jene Unternehmen langfristig wirtschaftlich erfolgreich, die Menschen und Natur achten«, sagt Klaus Euler. »Und nur solche Staaten können eine erfolgreiche Wirtschaft aufbauen, die die Menschen- und Bürgerrechte achten.« Was vernünftig und verantwortungsbewusst ist, wirft auch gute Gewinne ab. Deshalb erwartet die Anleger bei der EthikBank konkurrenzfähige Zinsen und günstige Gebühren.

Das Ziel der EhtikBank definiert Sylke Schröder so: »Ein gesundes Wachstum, zufriedene Kunden und eine tragende Rolle im Markt der ethisch-ökologischen Geldanlage.«●

DIE GESCHICHTE DES NEW AGE

Der Mythos vom neuen Zeitalter

Den Jüngeren unter uns ist der Begriff nicht mehr geläufig, diejenigen, die bereits mehr Jahre mit sich herumtragen, kennen ihn gut: NEW AGE. Was in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren für die einen Hoffnung, für die anderen Grund größten Ärgernisses war, hat – des einen Freud', des anderen Leid' – unsere heutige Gesellschaft entscheidend mitgeprägt. Der Autor dieses Beitrags, dies sei klargestellt, vertritt eine kritische Sichtweise. Seine Freude hält sich in Grenzen.

Von Roman Schweidlenka, LOGO ESOinfo & service ● In den späten sechziger und frühen siebziger Jahren kam es im Rahmen der damaligen spektakulären Jugendbewegung, den Hippies, zu einer umfassenden Beschäftigung mit Spiritualität. Während die etablierten religiösen Gemeinschaften ihre Anziehungskraft verloren hatten, wandten sich die jugendlichen WeisheitssucherInnen einerseits den östlichen Religionen – vom Yoga über den Buddhismus bis zum Taoismus – zu, andererseits führten Kontakte mit dem indianischen Amerika zur Beschäftigung mit naturreligiös geprägten Formen von Spiritualität und später – von den indianischen Nationen heftig kritisiert – zu einer Rezeption des sogenannten Schamanismus.

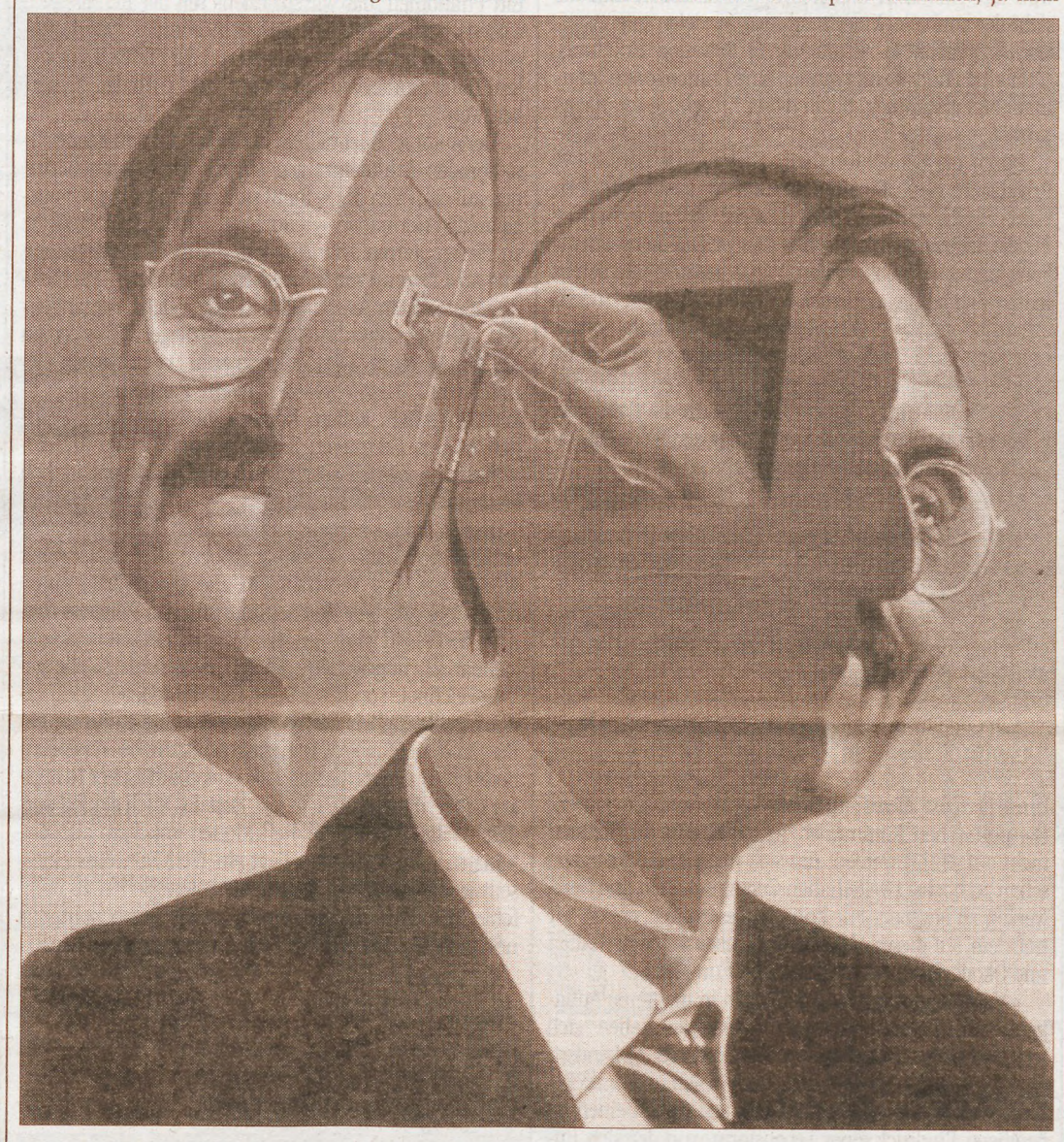
Diese neuen religiösen Wege verbanden sich mit der LSD-Philosophie des damaligen psychedelischen Gurus und vom CIA als Erzfeind des aufrechten Amerika definierten Timothy Leary, der mittels chemischer Substanzen die Pfade des tibetanischen Totenbuches erforschen wollte. Eingebettet war der neue spirituelle Aufbruch in den Kampf gegen den Vietnamkrieg, in die Ablehnung des american way of life und in Experimente mit neuen, gemeinschaftlichen Lebensformen. Radikale politische Konzepte und politischer Aktivismus vereinten sich mit spirituellen Übungen und Weltbildern. Spiritualität war »das Andere«, die Alternative zum Kapitalismus, die Vision einer neuen herrschaftsfreien Gesellschaft, in der Lust, Liebe und Freiheit das Szepter führen sollten.

New Age aus der Taufe gehoben

Die Hippiebewegung brach zusammen, nur kleinere Kerngruppen führten – bis heute – die alte Weltanschauung, das »feeling« weiter. Was sich im Gegensatz dazu weiter ausdehnte, war die Sehnsucht nach Spiritualität als Gegenpol zum materialistischen Leben in den Industrienationen. So entwickelte sich langsam eine auf Workshops und Seminare konzentrierte Szene, die sich von der Politik verabschiedete und mit immer stärker werdenden esoterischen Akzenten die eigene Seele, das eigene Ego, die eigene Selbstentfaltung suchte. Mit der einhergehenden Vermarktung, Kapitalisierung und Verbürgerlichung des einst rebellischen Rufs nach Spiritualität wurde das New Age aus der Taufe gehoben.

New Age bedeutet neues Zeitalter. In der Mitte der achtziger Jahre wurde New Age zum Quotenhit der Medien, in den neunziger Jahren verebbte der Ruhm. Eine exakte Definition von New Age gab es aber nie, der Begriff flatterte wie ein verwirrter Schmetterling umher und jede/r interpretierte New Age nach eigener Lust und Laune. Unter New Age wurden unterschiedliche Gruppen und Strömungen zusammengefasst, die oft unterschiedliche Meinungen vertraten. Zusätzlich wuchs die Verwirrung, als führende New Age-Gurus begannen, Organisationen wie Amnesty International oder Greenpeace, die mit New Age nichts gemeinsam hatten, für sich zu vereinnahmen. Zunehmend drangen unter der New Age-Fahne auch esoterische und meditative Techniken in die Wirtschaft ein. Kalifornien entwickelte einen blühenden big business New Age-Unternehmermarkt mit großer Nachfrage, in den sich auch autoritäre Gurus, Führer sogenannter Sekten, mischten. Als Gallionsfiguren des New Age galten die US-Journalistin Marilyn Ferguson und – teilweise zu Unrecht – der aus Österreich stammende Physiker Fritjof Capra, der später alle Hände voll zu tun hatte, um sich vom New Age zu distanzieren.

Was wie ein loser roter Faden alle diese widerspüchlichen Personen und Gruppen zusammenhielt, war die Überzeugung, an der Schwelle zu einem neuen, goldenen, spirituellen Zeitalter zu stehen, das astrologisch vom Sternzeichen des Wassermanns bestimmt ist. Davon hatten ja bereits die Hippies geträumt, man denke nur an das Musical »Hair«. In diesem neuen goldenen Zeitalter



würden die Menschen ihr Dasein nach den göttlichen Gesetzen ausrichten, Friede und Harmonie sollten das Leben der menschlichen Gemeinschaften und ihre Beziehungen zu Natur und Kosmos prägen.

Bewusstsein der neuen Art

Die einen glaubten, dass dieser Übergang friedlich erfolgen würde, die anderen prophezeiten einen von Kriegen, Naturkatastrophen oder sogar von einem atomaren Holocaust begleiteten Einstieg in das neue Zeitalter. Um nun gerettet werden zu können, mussten die Menschen an sich arbeiten – das Arbeitsethos hatte nun auch die spirituelle Welt erreicht – um ein »neues Bewusstsein« zu erreichen. Dieses Bewusstsein der neuen Art hatte etwas mit der unio mystica der spirituellen Traditionen gemeinsam, gleichzeitig mischten sich Erkenntnisse bzw. angebliche Einsichten der Wissenschaften, bevorzugt der Ökologie, in den neuen Mystikbrei. So wurde das neue Bewusstsein auch »planetarisches«, »ganzheitliches« bzw. »holistisches« genannt, oder auch »organisches«.

Mark Satin definierte es so: »Das planetarische Bewusstsein anerkennt unser Einsein mit allem Leben überall und mit dem Planeten – die Menschen sind gegenseitig voneinander abhängig. Das planetarische Bewusstsein betrachtet jeden Menschen als eine Zelle im Körper der Menschheit, als einen planetaren Bürger.« *(Zit. nach Schweidlenka, S.13)*

Politik wurde zum ungeliebten Kind

Dieses neue, meist esoterisch untermauerte Bewusstsein war die große Hoffnung des New Age. Würden erst einmal eine genügend große Anzahl von Menschen das ganzheitliche Bewusstsein haben, käme es zum »Quantensprung des Bewusstseins«; was genau das war, konnte nie geklärt werden, aber in den achtziger Jahren predigten viele die frohe Botschaft vom quantenspringenden neuen Zeitalter. Eifrig ging man daran, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten, Politik wurde zum ungeliebten Kind des »Alten«, während man gleichzeitig auf Teufel komm' raus sein Bewusstsein bearbeitete. Große Treffen, gemeinsame Übungen und weltweite Vernetzungsmeditationen sollten den Quantensprung des Bewusstseins herbeizaubern. Bewusstseinserweiternde Techniken – manchmal als »natürliches LSD« gehandelt – hatten Hochsaison. Die Zeitgeschichte zeigt: Es hat nicht geklappt.

Das neue Bewusstsein war der Garantieschein, um vom neuen Zeitalter nicht übersehen, d.h. um gerettet zu werden. Dabei kam es zu elitären Entwicklungen. Viele New AgerInnen blickten voller Verachtung auf die »alten«, »nicht spirituellen« Menschen hinab, sahen sich als Teil einer Elite, die für die Herrschaft auf dem blauen Planeten bestimmt war. Dabei kam es zu menschlicher Härte und Verachtung, die in seltsamem Gegensatz zu dem angeblich von Liebe geprägten neuen Geist stand. Es war vielen gleichgültig, wenn Menschen mit dem »alten« Bewusstsein bei Katastrophen umkamen, ja man glaubte sogar, die betreffenden Personen würden das benötigen, da sie einfach noch nicht so »weit« waren, um die Wonnen des New Age zu genießen.

Ein Prophet dieser Richtung war Sir George Trevelyan, Mitbegründer der größten New Age-Gemeinschaft: Findhorn in Schottland, das auf einem Gebiet der Royal Air Force von ehemaligen, nunmehr zu einer theosophisch geprägten Esoterik bekehrten Secret Service Agenten errichtet worden war. Trevelyan, erstaunlicherweise mit dem Alternativen Nobelpreis ausgestattet, lehrte nicht nur, dass bei einer Atombombenexplosion auch Christus erscheinen würde, sondern auch: »Wenn wir die Katastrophe eines Atomkriegs über uns brächten, so wäre das ein furchtbarer Vorgang, aber unleugbar ein rascher Übergang, der das Alte hinter sich ließe. Auch würde eine solche Zerstörung des Planeten neues Wachstum keineswegs ausschließen. Nach einem Atomkrieg könnte die Erde in neuer Schönheit erstehen und Menschenseelen könnten wieder hinabsteigen und fruchtbar sein und sich mehren.« *(Zit. nach Schweidlenka, S. 51)*

Auch New Age-Star Chris Griscom, Lehrerin der bekannten Schauspielerin und Geistwesendurchsagenexpertin Shirley Mc Laine, hatte Frohbotschaften zu verkünden: »So erstaunlich es klingen mag, aber alles hat seinen Sinn, sein Gutes: Je mehr unsere Körper strahlen, radioaktiv werden, z.B. durch Radioaktivität, die den Atomkraftwerken entweicht, oder durch die jetzt mehr und mehr ungefilterte Strahlung der Sonne, desto mehr wird unsere Fähigkeit erhöht, UFOs wahrzunehmen, die gleichzeitig der Erde immer näher kommen.« *(Zit. nach Schweidlenka, S.7)*

Quantenphysik und Computermystik

Mit derartigen Aussagen geriet New Age immer mehr in das Kreuzfeuer der Kritik. Auch die Aufnahme einzelner Elemente und Praktiken der Weltreligionen und der spirituellen Traditionen der eingeborenen Nationen schürte den Unmut. LehrerInnen des New Age holten aus allen religiösen Kulturen – vom tibetischen Buddhismus über den indischen Yoga, den chinesischen Taoismus, den islamischen Sufismus, der europäschen Esoterik, den alten Kelten und Germanen bis zum indianischen und afrikanischen »Schamanismus« – alles, was sie gerne ins New Age mitnehmen wollten.

Dazu gesellte sich eine esoterisch überhöhte Verklärung der Erkenntnisse der Quantenphysik und eine Computermystik, die die PCs und Applemaschinen in den Rang beseelter Geistwesen erhob. New Age schaffte es, die damals weit verbreitete Ablehnung der Computer, die die Gesellschaft und vor allem die jugendliche Gegenkultur intensiv prägte, zu durchbrechen. New Age war die esoterisch umnebelte Methode, die die Computer »positiv« besetzte und den Weg in diese heute bereits zur Selbstverständlichkeit gewordene Technologie freischaufelte.

Während die Computerindustrie frohlockte, hagelte es Kritik von Seiten seriöser VertreterInnen der Weltreligionen und der eingeborenen Nationen. Der willkürliche, meist kommerziell-oberflächliche Umgang mit alten religiösen Traditionen wurde oft wütend kritisiert. So meinte z.B. die bekannte und häufig mit dem New Age konfrontierte indianische Bürgerrechtsaktivistin und »Großmutter des indianischen Widerstandes«, Janet Mc Cloud: »'New Age-Prophets?' I call them New Age-Profits. ... der weiße Mann kam und stahl unser Land. Sie nahmen uns alles. Und nun wollen sie unsere Spiritualität. Sie wollen sie rauben. Sie fordern von uns, ihnen unsere Spiritualität zu geben. Ich finde, dass es nicht richtig ist, dass sie unsere Zeremonien stehlen. Daraus wird ihnen nichts Gutes erwachsen. Es gibt keinen Segen für Diebe.« *(Zit. nach Gugenberger / Schweidlenka, S.117)*

Ab der Mitte der neunziger Jahre war es still um das New Age geworden, nur noch vereinzelte Splittergruppen hielten dem Begriff die Treue. JournalistInnen, die schlecht informiert sind, verwenden den Begriff aber bis heute. Was viele AnhängerInnen des New Age enttäuschte, war die Einsicht, dass trotz aller Bewusstseinsarbeit der Quantensprung des Bewusstseins nicht einsetzte, die Lage der Menschen nicht besser wurde. Kriege, soziale Ungerechtigkeiten und materielle Not starben nicht aus. Andere wiederum erkannten die Oberflächlichkeit, mit der auf dem spirituellen Supermarkt die Sehnsucht nach Sinn vermarktet wurde und wandten sich seriöseren religiösen Wegen zu, wieder Andere gerieten in die Fänge autoritärer Gurus oder abhängig machender Psychogruppen.

Die Esoterisierung der Gesellschaft

Eines jedoch hatte New Age, neben der ideellen Aufwertung der Computer, erreicht: Die Esoterisierung der Gesellschaft, konkret der Industrienationen. New Age ging in den neunziger Jahren in die breit gefächerte westliche (bzw. europäische) Esoterik über, die heute unsere Gesellschaft unübersehbar mitprägt. Über 50% unserer MitbürgerInnen können esoterischen Themen etwas abgewinnen.

Der Glaube an eine Weltenwende, an eine neue Zeit wird heute, ohne den Begriff New Age zu verwenden, von sogenannten Endzeitsekten missbraucht. Sie ketten AnhängerInnen an sich, schüren die Ängste vor dem nahenden Weltuntergang und predigen, nur die Mitgliedschaft in der eigenen Bewegung würde Rettung vor dem Untergang ermöglichen. Dabei greifen die autoritären Gurus solcher Sekten auf eine uralte mythische Vorstellung zurück, die – unreflektiert – auch dem New Age seinen Elan verlieh: Der Mythos von einem Goldenen Zeitalter, das sich nach turbulenten Ereignissen einstellt, ist uralt: Wir finden ihn bei vielen eingeborenen Nationen (Hopiprophezeiungen!), in der indischen Tradition, im antiken Griechenland, bei den alten keltischen und germanischen Stämmen.

Dieser Mythos wurde zum revolutionären Brand, der viele europäische christliche »Ketzer«-Bewegungen anfeuerte, die neben einer undogmatischen Spiritualität auch eine sozial gerechte Gesellschaft forderten, er wurde auf der anderen Seite vom Nationalsozialismus missbraucht, der den damaligen Untergang der Demokratie verursachte und das Kommen eines neuen Goldenen Zeitalters der Arier suggerierte.

Der Mythos vom neuen Zeitalter machte Geschichte, zuletzt in Form des New Age. Er enthält ein Potential – den Wechsel vom oft als einengend empfundenen »Alten« zum als Utopie der Befreiung visionierten »Neuen« –, das leicht von politischen und esoterischen Scharlatanen genutzt und missbraucht werden kann. Was nicht bedeutet, dass jede Vision von Veränderung und Neugestaltung der Gesellschaft auf Ablehnung stoßen soll. Ganz im Gegenteil ... solange kritisches (geschichtliches) Bewusstsein mit von der Partie ist.●

FORTSETZUNG VON SEITE 10

Viel zu oft scheitert eine gemeinsame Gegenpositionierung von außen jedoch an ideologischen Differenzen. Kampagnen außerhalb des Knasts, die entschieden Druck aufbauen könnten, und gleichzeitig ein Signal an die »da drinnen« wären, versickern oft im Sumpf von internen Querelen. In einer Zeit, da die kapitalistische Weltordnung mit Volldampf Kurs auf düsterste Orwellsche Visionen nimmt, erscheint es mir dringend nötig aus dem Stadium der Resignation herauszukommen!

Wer immer für die Überwindung des Kapitalismus einsteht, wer immer Gegner menschenverachtender Geisteshaltungen und Technologien ist, wer immer für ein freiheitliches, gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander streitet, kann die Kritik an Justiz und Knast nicht hinten anstellen!●

Fussnoten:

(1) Die abolutionistische Bewegung hat ihren Ursprung im Kampf gegen die Sklaverei. Der Begriff leitet sich aus dem Englischen ab, to abolish = Nach dem (relativen) Ende der Sklaverei wurde mit der generellen Ablehnung des Knastsystems ein neuer Schwerpunkt gesetzt.

(2) Der Begriff der »Dangerous Few« bezeichnet den verschwindend geringen Teil der wirklich gefährlichen Gefangenen. Innerhalb der Abolutionisten wurde und wird diskutiert, wie eine Lösung und Schutz für eine Gesellschaft ohne Knäste diesbezüglich aussehen kann.

Literatur:
Roman Schweidlenka: Altes blüht aus den Ruinen. New Age und Neues Bewusstsein, Wien 1989
Eduard Gugenberger, Roman Schweidlenka (Hg): Missbrauchte Sehnsüchte? Esoterische Wege zum Heil, Wien 1992

Spitzel

Irgendwie sind sie überall. Sie sind mitunter hemmend, können auch verheerend wirken, und Bestenfalls sind sie eine »Lachnummer«. Und selbst wenn sie nicht vorhanden sind, können Menschen daran krank werden, weil sie glauben, sie seien allgegenwärtig. Die Rede ist vom Spitzel. Einer überaus unangenehmen Spezies von Mensch – demzufolge ist auch dieses Buch mit dem gleichnamigen Titel durchaus unappetitlich, aber deshalb nicht weniger interessant.

»In umgangsprachlichen Sinne ist jeder ein Spitzel, der mit feindlichen Absichten versucht, auf jede nur erdenkliche Weise Informationen über das politische Gegenüber zu sammeln« (S. 8). Irgendwie ist diese Klientel nicht unbedingt gleichzusetzen mit Spionen, Agenten, V-Leuten, oder anders noch als Denunzianten, aber irgendwie auch wieder doch. So richtig kommen die Unterscheidungen für mich nicht so klar zu Tage, aber der hundsgemeine Spitzel scheint da die unterste Sprosse der Leiter zu besetzen, selbst wenn der Spitzel per Definition »fein und listig« sein soll. Der Begriff stammt aus der »Gaunerwelt« des 19. Jahrhunderts. So bearbeiten die 18 AutorInnen (incl. der Herausgebeber) ein weites Feld, welches nicht erst seinen Anfang bei Judas hatte, der hier sozusagen als »Urspitzel« präsentiert wird, sondern es reicht bis hin zu technischem Gerät, welches zu Spitzelzwecken eingesetzt werden kann.

Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts ist voll mit Geschichten über Spitzel, genau wie politische Gegner in totalitären Staaten mit Spitzeln überzogen wurden. KritikerInnen meinen zwar, dass die DDR – hier als Stasiland – nicht im ausreichenden Maße behandelt wird, aber dies scheint mir dann eher in der oft noch frischen Erinnerung und Erfahrung der KritikerInnen zu liegen. Natürlich wird das Spitzelsystem der DDR ebenso behandelt, wie das der Westdeutschen APO, oder der FBI-Spitzel, oder die V-Männer in der NPD, oder etwa »bespitzelte Spitzel« als Gegenoffensive von Linken. Aber es geht auch um Spitzel im politischen Kriminalroman und Film, oder etwa die Spitzelfiguren Rosenkranz und Güldenstern in Shakespeares Hamlet. Und natürlich nicht zu vergessen die historischen Vorfälle, wie etwa Karl Marx' Denunziation von Bakunin als russischen Agenten, um somit der II. Internationale eine andere Richtung zu geben, oder etwa über Hitlers Tätigkeit als V-Mann der Reichswehr in München 1919, der hier während der Schulungen erst bewusst zum Antisemiten und Rhetoriker aufgebaut worden ist.

Die Vielfältigkeit, mit der Spitzel immer wieder den Herrschenden gefällig waren und sind, wird hier breit aufgefächert. Selbst wenn das Buch es natürlich nicht leisten kann, sich gegen diese Machenschaften vorbeugend zu schützen, so lernen wir hier doch die verschiedensten Spielarten kennen und vor allem, was das Spitzeltum anrichten kann. Vorsicht sollten politisch-agierende Gruppen immer walten lassen, aber zuviel könnte auch in die Paranoia treiben – was für den Staat letztendlich vielleicht zum gleichen Ergebnis führt.

Was nun Grundsätzlich im politischen Sinne Rechts und Links angeht, so führen die Herausgeber in der Einleitung aus: »Rechte Spitzel, also Spitzel aus der Rechten, haben es erheblich leichter als »linke« Spitzel: Die Rechten haben im Prinzip die gleiche Ordnungsperspektive, auch wenn ihnen der Staat zu lasch ist. Gegen Repressionen und autoritäre Macht haben sie nichts. Die Linken sehen das ganz anders – sollten sie jedenfalls. Ihr emanzipatorischer Anspruch beißt sich eklatant mit der Tätigkeit eines Spitzels, der sich unentrinnbar und ständig wiederholend bis in die feinsten Fasern von Herrschaft und Unterdrückung einschreibt.« Da haben wir also mal wieder ein Manko, oder?●

Jochen Knoblauch

Markus Mohr / Klaus Viehmann (Hg.): Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte. Assoziation A Berlin/Hamburg 2004 / 255 S. / Abb. / 18 EUR

Kritik der politischen Ökonomie

Die neue Publikationsreihe des Stuttgarter Schmetterling Verlages »theorie.org« trägt dem wachsenden Interesse an den theoretischen Grundlagen linker Politik Rechnung. Die Publikationen vermitteln verständlich aufgearbeitetes Überblickwissen frei von Oberflächlichkeit. Sie wollen Orientierungshilfe geben, Perspektiven aufzeigen und zur Erneuerung emanzipatorischer Praxis beitragen.

Mit »Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung« von Michael Heinrich ist jetzt ein Band erschienen, der für die kritische Neuaneignung des Marxschen Denkens jenseits des traditionellen, weltanschaulichen »Marxismus« plädiert und dafür wertvolles Rüstzeug liefert.

In einer Zeit, in der umfassende Analysen des globalen Kapitalismus wieder im Trend liegen und damit auch der zwischenzeitlich totgesagte Marx wieder zu Ehren kommt, skizziert Michael Heinrich plastisch und verständlich die historischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Entstehung der Marxschen »Kritik der politischen Ökonomie«. Er geht dabei auf deren methodische Grundlagen ein und stellt vor allem die wichtigsten Begriffe und Konzepte aus allen drei Bänden des Hauptwerks »Das Kapital« vor: Was ist eigentlich Kapitalismus und wie entsteht Mehrwert? Was hat es mit Geld, Krise und Fetischismus auf sich? Wie verhält es sich mit Politik und Staat? Was ist unter Dialektik zu verstehen? Darüber hinaus fragt Michael Heinrich nach der Aktualität der Marxschen Theorie und der Möglichkeit einer »Gesellschaft jenseits von Ware, Geld und Staat«.

Weiterhin sind in der Reihe die Bände »Feministische Theorie« von Andrea Trumann und »Internationalismus« von Josef Hierlmeier erschienen. Weitere Bände sind zu den Themen »Westlicher Marxismus«, »Anarchismus«, »Situationistische Revolutionstheorie« und »Trotzkismus« in Vorbereitung.●

diego

Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Reihe theorie.org, 10 EUR, 234 S., kart., 2004, ISBN 3-89657-582-1

Freihandel und Widerstand in Zentralamerika

Acht AktivistInnen des Ökumenischen Büros/München und zwei MitarbeiterInnen des Infobüros Nicaragua/Wuppertal haben sich bei einer dreiwöchigen Reise nach Zentralamerika und Mexiko im Sommer 2003 mit dortigen Organisationen über das Thema Freihandel und Widerstand in Zentralamerika ausgetauscht.

Was heißt Freihandel konkret? Welche Auswirkungen sind zu erwarten? Sind überhaupt neue Auswirkungen zu erwarten? Oder ist die neoliberale Politik in Zentralamerika bereits so implementiert, dass ein Freihandelsvertrag nur noch formalisiert, was real schon vorhanden ist? Wie wird das Thema in linken Gruppen diskutiert und wie sieht der konkrete Widerstand aus? In vielen interessanten Gesprächen in Nicaragua, El Salvador, Honduras, Guatemala und Mexiko wurden eine Unmenge von Informationen gesammelt, die in dieser Broschüre verarbeitet wurden.

Durch die Betrachtung von Themen wie Agrarfrage, Privatisierungen, Biopiraterie und Widerstandsformen zieht sich die zentrale These, dass der Freihandelsvertrag für die zentralamerikanischen Länder eine konsequente Fortsetzung der neoliberalen Politik bedeutet, die bereits in den 90er Jahren auf Druck der internationalen Finanzorganisationen von den Regierungen Zentralamerikas umgesetzt wurde. Auch wenn sich die Analysen zu den Freihandelsverträgen auf die Politik der USA in Zentralamerika konzentrieren, wird in einem Artikel auch die Politik der EU, die mit Mexiko ebenfalls ein Freihandelsabkommen abgeschlossen hat, unter die Lupe genommen.●

diego

Die 64-seitige Broschüre ist gegen Portokosten zu beziehen:
Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, Pariser Str. 13, D-81667 München
E-Mail: elsal@oeku-buero.de
oder im: Infobüro Nicaragua, Postfach 101320, D-42013 Wuppertal, Email: nica@wtal.de

Gemeinschaften und Ökodörfer

Umstritten ist dieses eurotopia-Verzeichnis seit Jahren. Die politischen Kommunen möchten dort am liebsten nicht aufgeführt werden, um sich nicht in die Nachbarschaft zu höchst zweifelhaften Gemeinschaften und Netzwerken zu begeben. Für kritische LeserInnen weisen wir trotzdem auf dieses aktuelle Werk über Gemeinschaften und Ökodörfer in Deutschland und Europa hin.

»Als Weiterentwicklung der schon in mehreren Auflagen erschienenen eurotopia-Projekteliste stellen sich jetzt 348 Gemeinschaften und Ökodörfer in 23 Ländern dar: Mit ihren Charakteristika, ihren Zielen und ihren Besonderheiten. Sie geben damit den LeserInnen einen lebendigen Eindruck einer Lebensform, von der sich immer mehr Menschen einen Gewinn an Lebensqualität erhoffen.

Die neue Ausgabe enthält:

- einen redaktionellen Teil mit Artikeln zum Thema »Leben in Gemeinschaft«;
- ausführliche Selbstdarstellungen und Adressen von 348 Gemeinschaften, davon 45 Ökodörfer;
- übersichtliche Länderkarten, in denen die Gemeinschaften verortet sind;
- Beschreibung von 18 Netzwerken von Gemeinschaften und Ökodörfern mit Adressen;
- Ein Kapitel zu Ökosiedlungen mit gemeinschaftlichen Aspekten;
- nützliche Adressen rund um das Thema »Gemeinschaft«;
- eine Bibliographie themenbezogener Literatur;
- einen Index, der auch die in eurotopia 2000 erschienenen Gemeinschaften beihaltet.

Alle Selbstbeschreibungen wurden im Herbst/Winter 2003/04 recherchiert, von den Gemeinschaften selbst verfasst und unzensiert wiedergegeben. Das ganze Buch ist ein Werk von Menschen, die selbst in Gemeinschaft leben.

Das Verzeichnis erzählt von den vielen Menschen in ganz Europa, die in kollektiver Selbsthilfe der immer drängender werdenden sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen globalen Krise ihre eigenen Visionen entgegensetzen. Sie entwickeln dabei ernstzunehmende Lösungsansätze für existenzielle Fragen, indem sie ihren Traum von einem gemeinschaftlichen Leben selbstbewusst in die Tat umsetzen.

Ein Buch, das sowohl zu vielen (selbst-)kritischen Fragen anregt (wie ist mein eigener Umgang mit Geld, mit Konflikten, mit Behinderten...?), als auch viele praktische Fragen beantwortet: Wie gründet man eine Gemeinschaft? Wie besucht mensch eine Gemeinschaft am besten (nicht)? Welchen Gemeinschaften kann man sich unter welchen Bedingungen anschließen? Welche Gemeinschaften empfangen arbeitende Gäste gegen Kost und Logis? Wie sind deutsche, italienische... Gemeinschaften untereinander vernetzt?

Das eurotopia-Verzeichnis ist ein praktischer Helfer für alle, die in Gemeinschaft leben wollen oder bereits leben, oder die schon immer mal einen Eindruck von der Vielfalt dieser Szene bekommen wollten. Ein Buch, das dazu anregt, sich über alternative Lebensformen Gedanken zu machen, und das durch mehrere hundert »realexistierende« Beispiele Mut macht, diese Gedanken im eigenen Leben umzusetzen.«●

diego

Quelle: Selbstdarstellung Verlag

Eurotopia-Verzeichnis: Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa - neu recherchiert 2004, 1. Auflage / Poppau: Volker Peters Verlag / 2004, Paperback, 448 Seiten, 18 EUR, ISBN 3-00-013772-6
Bestellung beim eurotopia-Buchversand:
www.eurotopoia.de oder Fax 039000-51232

Kelten, Krieger, Kulte

Bücher über alte Völker, in erster Linie über die Kelten, füllen die Regale der Buchhandlungen. In einer Zeit, in der ein zunehmender Mobilitätszwang alte Bindungen und »Heimaten« auflöst, wächst das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit. Und die wird gerne in alten Zeiten, bei entschwundenen Völkern und Kulturen gesucht. Ein Phänomen, das wir spätestens seit der Renaissance wissenschaftlich fundiert verfolgen können. Das vorliegende Buch hebt sich wohltuend von der Fülle oft suspekter Publikationen ab und ist aus zwei Gründen bemerkenswert.

Der Autor rechnet radikal mit völkischen und deutschnationalen Fehlmeinungen ab, die die ÖsterreicherInnen auf ein »Urvolk« – meist sind es die ideologisch ausgelaugten Germanen – reduzieren wollen. Im Gegensatz zu diesen starren Lehrgebilden, die die Unterdrückung und Ausmerzung von Minderheiten in unserer Geschichte rechtfertigten, entpuppt sich Österreichs Vergangenheit als ein multikultureller Schmelztiegel der extremen Art; von »Reinrassigkeit« keine Spur, vielmehr ein Gemisch von Rätern, Venetern, Illyrern, Pannoniern, Etruskern, Griechen, Kelten, Römern, Alpenromanen, Hunnen, Awaren, Germanen, Bajuwaren und Slawen. Alle diese Kulturen werden anschaulich und leicht verständlich beschrieben.

Ein Thema des Buchs sind die alten Kulte. Der Autor enthält sich dabei erfreulicherweise aller esoterischer Windungen und Verwirrungen, die gegenwärtig durch den publizistischen und seminaristischen Zeitgeist flattern. Vorgestellt wird nur, was wissenschaftlich nachvollziehbar ist, ungesicherte Thesen werden als solche gekennzeichnet. Somit wird der weit verbreiteten Spekulationswut bezüglich der Esoterik der alten Kulturen ein Riegel vorgeschoben. Die zeitgeschichtliche Verwobenheit Gugenbergers, der sich als esoterikkritischer Historiker einen Namen gemacht hat, lässt das Buch aktuell werden. Zeitgeschichtliche Reflexionen machen alte Geschichte lebendig. Somit liegt ein Werk vor, dass einerseits jedem / jeder an Geschichte Interessierten zu empfehlen ist und das andererseits mutig gegen politische und esoterische Sturzflüge Stellung bezieht.●

Dr. Roman Schweidlenka

Eduard Gugenberger: Kelten, Krieger, Kulte. Österreichs Urvölker von den Rätern bis zu den Slawen, Ueberreuter, Wien 2004, 224 Seiten

Gender und Naturschutz

Naturschutz ist eine gesellschaftliche Vereinbarung, die Frauen und Männer gleichermaßen betrifft. Frauen und Männer, Jungen und Mädchen haben einen verschiedenen Zugang zu Natur, sie sind von Naturschutzmaßnahmen anders betroffen und wollen unterschiedlich angesprochen werden – dies zeigen aktuelle Forschungsarbeiten.

Gender Mainstreaming ist eine Strategie, die die Integration von Genderaspekten und -perspektiven in alle (Politik-)Bereiche, auch den Naturschutz, ermöglicht. Sie hat zum Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter zu verbessern und somit mehr Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist sowohl eine Auseinandersetzung mit der strategischen Seite – Wie kann Gender Mainstreaming in Institutionen und Organisationen der Naturschutzpolitik, -verwaltung und -praxis integriert werden? – als auch mit der fachlich-inhaltlichen Seite wichtig: Welche Themen- und Handlungsfelder des Naturschutzes sind genderrelevant? Welche Genderaspekte und -perspektiven finden sich in einzelnen naturschutzrelevanten Praxisfeldern?.

In der vorliegenden Veröffentlichung wird aufgezeigt, welche Wege bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming eingeschlagen werden können. Vorgestellt und diskutiert werden neben Fragen der Organisationsentwicklung und erprobten Umsetzungsinstrumenten auch praktische Erfahrungen. Diese veranschaulichen, welche Voraussetzungen zu schaffen sind, damit ein Umsetzungsprozess optimiert und verstetigt werden kann. Darüber hinaus wird für die Handlungsfelder »naturschutzbezogene Öffentlichkeitsarbeit«, »alltägliche Naturschutzarbeit im Nationalpark«, »Biodiversität im Land- und Gartenbau«, »Waldschutz und -nutzung« sowie »Regionalentwicklung« exemplarisch aufgezeigt, wie die fachlich-inhaltliche Seite weiter entwickelt werden kann.

Die Veröffentlichung verdeutlicht, dass für einen Naturschutz, der uns einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Entwicklung näher bringt, die unterschiedlichen Lebenssituationen, Sichtweisen und Stärken von Frauen und Männern in den Blick zu nehmen und entsprechende Naturschutzstrategien und -maßnahmen zu entwickeln sind. Gender Mainstreaming bietet die Chance, neue Potenziale zu erschließen, um Naturschutz insgesamt erfolgreicher zu gestalten.●

Christiane Schell

Doris Hayn: Gender Mainstreaming im Naturschutz; Landwirtschaftsverlag Münster 2004, 181 S., EUR 14, ISBN 3-7843-3850-X, www.lv-h.de/bfn

Projekte zum Laufen bringen

Der Leitfaden »Projekte zum Laufen bringen« richtet sich an Bildungsträger, Pädagogen und Berater, die sich für Projekte im ländlichen Raum engagieren. In drei Teile gegliedert, bietet das Buch methodische und fachspezifische Anregungen, um Projektakteure auf ihrem Weg der unternehmerischen Planung und Handlung erfolgreich zu begleiten.

Der Hauptteil »Projektkompetenz« stützt sich auf die Strategien und Erkenntnisse des klassischen Projektmanagements. Neu ist allerdings deren Übertragung auf die Besonderheiten ländlicher Projekte: Sie liegen nahe am Lebensalltag, lassen sich meist nicht auf eine betrieblich-organisatorische Ebene begrenzen und treffen statt auf vertraglich geregelte Arbeitsverhältnisse eher auf gewachsene Beziehungen – in der Familie, in der Nachbarschaft oder im Ehrenamt.

Unternehmerische Projekte auf dem Land wirken durch eine schrittweise Veränderung von Menschen, Familien und Gruppen beziehungsweise Betrieben oder Firmen. Der ökonomische Erfolg stellt dabei nur einen Teil des Erreichten dar. Ausreichende Ressourcen, zielgerichtete Planungen und Qualität sichernde Evaluationen sind deshalb nur eine Seite der Erfolgsfaktoren. Darüber hinaus tragen auch persönliche und sozial-kommunikative Faktoren maßgeblich zum Projekterfolg bei.

Die im Leitfaden vorgestellte projektorientierte Bildungsarbeit setzt an allen Erfolgsfaktoren an. Sie will Menschen zu (ihren) Projekten motivieren, ihnen die dafür erforderlichen Qualifikationen vermitteln und sie bei der Durchführung begleiten. Die vorgestellten Lernarrangements und die ergänzenden Erzählungen und Gedanken sollen zu einer kreativen und ganzheitlichen Bildungsarbeit beitragen. So sollen die teilnehmenden Akteure die für den Projektalltag erforderlichen Veränderungen erkennen und Handlungskompetenz gewinnen.

Einen pragmatischen Zugang bieten die »Zehn Evaluationsaspekte zur Projektarbeit«. Anhand dieser Checkliste können Projekte konzipiert, während der Durchführung überprüft und nach Ablauf der Projektlaufzeit analysiert und bewertet werden.

Der Abschnitt »Ländlicher Raum« zeigt auf, wie sich Bildungsträger in das politisch-administrative Feld der Regionalentwicklung einbringen und zu Synergieeffekten in der ländlichen Entwicklung beitragen können.

Im abschließenden dritten Teil »Ländliche Projekte« werden konkrete Projektideen vorgestellt und beispielhafte Bildungsmodule beschrieben. Dies sind hauswirtschaftliche Dienstleistungen für ältere Menschen, soziale Dienstleistungen auf dem Bauernhof und verschiedene Kooperationsansätze innerhalb der Landwirtschaft und über den Sektor hinaus. Zu den einzelnen Geschäftsfeldern werden Rahmenbedingungen und Marktchancen skizziert.

Der Leitfaden baut auf traditionellen ländlichen Bildungserfahrungen auf. Ergänzt wird er durch konkrete Projekterfahrungen von Menschen aus der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum und durch Expertenwissen aus der Regionalentwicklung.●

Sonja Gaiser

Herausgeber: Verband Ländlicher Heimvolkshochschulen Deutschlands e.V., Stuttgart, 2003, 117 Seiten, kostenlos
Bezug: Edith Lorbach, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Referat 513, Rochusstraße 1, D-53123 Bonn, Tel. (02 28) 529 39 72, Fax 529 43 93
E-Mail: edith.lorbach@bmvel.bund.de
Web: www.verbraucherministerium.de

Anzeige

WIDERSPRUCH
Beiträge zu sozialistischer Politik
46

Marktregime und Subjekt im Neoliberalismus

Reform und Regulierung des Sozialen; Moderne Zwangsarbeit, Neues Arbeitsmarktregime, Geschlechterverhältnisse, Gesundheitsrisiken; Macht und Subjektivierung; Gouvernementalität und Sicherheit; Ordnungsmacht Psychiatrie; Demütigung und Gewalt; Fitness und Konformität

G. Treusch-Dieter, J. Brodie, G. Notz, A. Pelizzari, E. Tomforde, I. Langemeyer, K. Pühl, Th. Lemke, K. Lemons, P. Purtschert, Y. Winter, M. Rufer, E. Modena, B. Jung

Diskussion

B. Walpen: Kaderschmiede des Neoliberalismus
H. Hartmann: Nationalkonservative Hegemonie?
W. Eberle / H. Schäppi: Machtkartell und Linke
R. Atzmüller: Regulationstheorie – eine Bilanz
M. Madörin: Apartheidklagen und die Schweiz

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

228 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

PROJEKTE

Gemeinschaft im Entstehen (ca. 8 Menschen) sucht größeres Haus oder Anwesen in Südhessen zum Mieten.
☎(0 61 51) 99 72 74

SONST NOCH

SSM-Unterstützer, Künstler und Grafiker erstellt euch individuelle Websites sowie alles für den Druck wie Flyer, Broschüren, Kataloge etc.
Info: Kalen Fischer
E-Mail: der.fischer@oleco.net
☎(02 21) 96 46 129

Natur- und Weltraumkalender 2005!
Gratisinfo: **Böhle, Postfach 10 51 69, D-80971 München**

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2003 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

graswurzel revolution
monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

„Das Fachblatt der Edel-Anarchisten." (Josef Stalin)
„Dahinter verbirgt sich immer ein kluger Anarchist." (Michail Bakunin)
„... oder eine kluge Anarchistin!" (Emma Goldman)

★ widerstand gegen staat und krieg
★ antirassismus und antisexismus
★ gewaltfreier anarchismus
★ ökologie ★ concert for anarchy u.v.m.
Jahresabo 25 € (10 Hefte)
Schnupperabo 5 € (3 Hefte)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
15. Jahrgang, Nr. 59, September 2004, 224 S.

Nord-Süd: „New Imperialism"
Falk – Nord-Süd-Kapitalbewegungen / Schmalz – Neue politische Allianzen auf der Südhalbkugel / Harvey – Neuer Imperialismus und globale Enteignungsökonomie / Deckwirth – GATS als politisches Projekt

Eurokapitalismus
Dickhaus/Dietz – Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa / Schirmer – Militarisierung der Europäischen Union

Internationale Politik
Roesler – Pax Romana = Pax Americana? / King – Haiti: Aktuelle Krise, historische Perspektive (II)

Und: Czichon – Entnazifizierung der deutschen Bank gescheitert / Hartle – In Verteidigung der Wahrheit: Über Alain Badiou

Sowie: Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro ; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Bezug: über e-mail, Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt / M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Aktuelles Sonderheft Nr. 10
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5 €uro
http:// www.alibro.de/

Antifaschistisches Blatt info
Nr. 63 | Sommer 2004

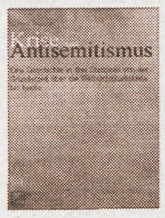
Stand der Antifa Bewegung
Neonazis mit linker Symbolik
Einblicke in das neurechte "Institut für Staatspolitik"

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 (fünf Ausgaben)

E. Lohoff, N. Trenkle, K.-H. Lewed u. M. Wölflingseder (Hg.)
DEAD MEN WORKING
Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs
ISBN 3-89771-427-2
ca. 260 S., ca. 16 €

Robert Kurz
DIE ANTIDEUTSCHE IDEOLOGIE
Vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus: Kritik des neuesten linksdeutschen Sektenwesens in seinen theoretischen Propheten
ISBN: 3-89771-426-4,
316 S., 16 €



Gerhard Hanloser
Krise und Antisemitismus
Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute
ISBN: 3-89771-423-X
136 S., 13 €

Luz Kerkeling
La Lucha sigue!
Der Kampf geht weiter
Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands
ISBN 3-89771-017-X
304 S., 16 €

Susan Arndt und Antje Hornscheidt (Hg.)
Afrika und die deutsche Sprache
Ein kritisches Nachschlagewerk
ISBN 3-89771-424-8
266 S., 16 €

Jutta Sommerbauer
Differenzen zwischen Frauen
Zur Positionsbestimmung und Kritik des postmodernen Feminismus
ISBN 3-89771-300-4
136 S., 13 €

UNRAST Verlag
Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
www.unrast-verlag.de

Über direkte Aktion redet man nicht...
(DANACH KANNST DU IMMER NOCH ALLES DARÜBER LESEN)

DA
DIREKTE AKTION
Anarchosyndikalistische Zeitung
Straßburgerstr. 38,
10405 Berlin
da-abo@fau.org
6 Ausgaben 9 Euro

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: **www.akweb.de**

Reinhard Pohl:
Zuwanderungsgesetz
2004, 48 Seiten, 2 Euro

1979 konstatierte der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung eine *„faktische Einwanderungssituation"* und forderte, Konzepte zur Integration zu entwickeln. Die Situation sein *„umumkehrbar"*. 25 Jahre später wurde das Zuwanderungsgesetz beschlossen.

Die Broschüre stellt das im Juli 2004 verabschiedete Gesetz und seine 20 wichtigsten Regelungen vor: Von der Aufenthaltserlaubnis bis zur Ausweisung bei Kriminalität, vom Asylantrag bis zur Niederlassungserlaubnis, von dem Visum bis zur Härtefallregelung, vom Familiennachzug bis zur Abschiebung von „Hass-Predigern", von der Arbeitserlaubnis bis zum Aufenthaltsrecht für Kriegsflüchtlinge, vom Familienasyl bis zur Aufnahme jüdischer Emigranten, vom Integrationskurs bis zur Ausreiseeinrichtung.

Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Fax: 0431 / 570 98 82

KLEINANZEIGEN

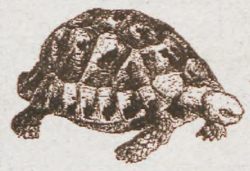
Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

JETZT ANMELDEN
JAHRES-TAGUNG 2004
Samstag, 27.11.2004
DÜSSELDORF
Ökonomie frisst Ökologie.
Goldene Bilanzen für BAYER und Co.
Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V/CBG
Postfach 15 04 18, 40081 D-Düsseldorf
Fon (0)2 11 - 33 39 11, Fax (0)2 11 - 33 39 40
www.CBGnetwork.org, eMail CBGnetwork@aol.com
CBG

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de

In der aktuellen Ausgabe (8/04) u.a.:
- »Obszönes (Fuß-)Volk«, Interviews mit Bernd Gehrke, Renate Hürtgen u. Klaus Wolfram z. den Montagsdemonstrationen
- »Selber denken«, Teil II des Gespräches über Gewerkschaftsautonomie, alte und neue Sozialdemokratie mit H.G. Lang und Anton Kobel
- »Hartze Zeiten«, oder: wer vier sagt, muss auch rechnen können
- Ena Bonar: »Vorwärts und oft vergessen – die Solidarität!«, zu den Bündnissen gegen Hartz IV u.a. Sozialkürzungen
- Torsten Bultmann: »Wettbewerb von der Wiege an«, Hochschulumbau u. Transformation der gesellschaftlichen Wissensproduktion
- »Kettenreaktion?«, zum »Aufstand der SPD-Anständigen«
- »Einheit gegen Attacke«, einhellige Reaktion französischer Gewerkschaften auf den Angriff auf das Streikrecht

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuemaostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Bornbreite 39, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@foni.net; 60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg, Marc, Wannkopfstr. 13, E-Mail: the.element@gmx.de, Espi, E-Mail: piratenutopie@uni.de; Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 17.-19.12.2004
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

GENOSSENSCHAFTEN

Assistenzgenossenschaften behinderter Menschen
Die Genossenschaft führt im sozialen Bereich in Deutschland eher ein Schattendasein. Zu recht?
Traditionell sind Genossenschaften Selbsthilfeorganisationen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder. Sie gelten daher auch als Kinder der Not. In den meisten Ländern Europas sind am Ende des 19. Jahrhunderts in großer Zahl genossenschaftliche Selbsthilfeorganisationen zur Bewältigung sozialer Probleme entstanden. Wenn ihnen dies damals gelungen ist, könnten sie vielleicht auch bei der Bewältigung aktueller Probleme ähnliches leisten.
In Deutschland zieht sich der Staat zunehmend aus Bereichen zurück, in denen er bisher für die Bürgerinnen und Bürger tätig war. Betroffenen bleibt daher nur der Weg, Dienste auf dem Markt zu kaufen oder sich im Wege der Selbsthilfe zu organisieren. Eine Form der Selbsthilfe ist es, sich durch den Zusammenschluss mit anderen die persönliche Assistenz zu organisieren.
Die Tagung greift dieses Thema auf. Die Referenten geben einen Überblick über die Entwicklung von Assistenzgenossenschaften in Deutschland, Österreich und Schweden.
In der Abschlussdiskussion wird der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich die Situationen und die jeweiligen Regelungen in den drei Ländern miteinander vergleichen lassen und welche Rückschlüsse für die Situation abgeleitet werden können.
Termin: 20.10.2004
Ort: Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik des Rauhen Hauses, Horner Weg 170, D-22111 Hamburg
Information & Anmeldung:
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Baumeiterstr. 2,
D-20099 Hamburg, Fax (0 40) 23 51 97 967

HARTZ IV

Am Samstag, dem 6. November 2004, wird es in Nürnberg eine Großdemonstration »Gegen Agenda 2010 und Sozialraub« zur Bundesanstalt für Arbeit geben.
Bei der Demo gibt es auch einen antikapitalistischen Block. Treffpunkt ist um 12 Uhr an der Lorenzkirche in Nürnberg
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/redside/oa/oaindex.html

JUNGE LINKE

Hurra, Hurra Antifa!
Wenn du von den Fiesheiten der Neonazis in deiner Stadt genug hast, dann kriegst du hier die Infos, um aktiv dagegen werden zu können. Umfangreiche Praxistipps wird es genauso geben, wie einen Überblick über die Geschichte des Rechtsextremismus in Deutschland und die der Antifabewegung. Woher kommt die Idee, Antifa-Arbeit zu machen und wie kann das Ganze konkret aussehen? Von »Für Toleranz und gegen Gewalt!« bis »Faschisten mit allen Mitteln bekämpfen!« reichen die Möglichkeiten...
Termin: 05. - 07. November 2004

Give the Antisexist a cigarette!
Von Geburt an werden Menschen darauf zugerichtet, einem der zwei vorgegeben Geschlechtern zu entsprechen und die entsprechende Sexualität zu entwickeln. Ob Schule oder Medien, Spielzeug, Wissenschaft oder Stammtischgespräch – die zweigeschlechtliche Norm durchzieht die Gesellschaft. Die typischen Rollenbilder werden wie selbstverständlich von (fast) allen Menschen in ihrem Alltag reproduziert. Diskriminierung und sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist dabei fester Bestandteil dieser Normalität. »Fuck gender!« meint den Widerstand gegen die Kategorisierung von Menschen – der Traum dahinter ist eine Welt, in der Einteilungen in m/w oder homo/hetero vorbei sind. Das Seminar soll ein Ort sein, um Geschlechterrollen und damit einhergehende Hierarchien zu hinterfragen und Sensibilität für geschlechtsspezifisches Verhalten zu schaffen. Auch die Praxis soll dabei nicht zu kurz kommen: Analysen von Musikvideos, Computerspielen und Schulbuchtexten werden uns den alltäglichen Sexismus zeigen.
Termin: 22.-24. Oktober 2004

Normierung & Disziplinierung, Subversion & Widerstand II
Nachdem im ersten Teil dieses Seminars der Frage nachgegangen wurde, wie Menschen in Institutionen wie Schule, Gefängnis, Militär und Psychiatrie diszipliniert werden, wollen wir uns nun von den Institutionen ab- und den Individuen zuwenden. Auch hier soll uns die Frage nach der Macht und den Möglichkeiten Widerstand zu leisten, leiten. Wir behaupten, dass ein zentrales Machtinstrument die Modelle und Begriffe sind, in denen sich die Individuen ihr eigenes Dasein vorstellen. Wir werden uns daher über »Sex« unterhalten, über »Krankheit« reden und versuchen, alles in Frage zu stellen, was uns als »wahr« gilt. Ihr müsst nicht den ersten Teil des Seminars besucht haben, um teilzunehmen. Wenn Euch jedoch der erste Teil gefallen hat, werdet Ihr auch diesen mögen.
Termin: 19.-21. November 2004

Vorwärts ins Mittelalter?
Seminar zu Esoterikkritik
Esoterik hat eine ca. 200jährige Geschichte. Die Spannbreite esoterischer Umtriebe reicht von antimodernen Pfadfindervereinen und rassistischer Entwicklungslehre bis zu einem Frauenbild, welches »sinnliche Weiblichkeit« als »feministisch« definiert und zum anzustrebenden »universellen Prinzip« erklärt. Hier ist es die Astrologie oder die Waldorfpädagogik, dort die Homöopathie oder die Suche nach dem »natürlichen Ursprung« im Jin&Jang – gemeinsam ist all diesen Facetten esoterischen Denkens und Handelns ein zutiefst reaktionäres, antiemanzipatorisches und irrationales Weltbild. In diesem werden strukturelle Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet und dem Menschen die Eigenverantwortung zugunsten einer »höheren Macht« genommen – wahlweise eine Gottheit, die Sterne, oder »natürliche« Charaktereigenschaften. So wollen wir u. a. das Geschlechterverständnis, Tendenzen zum Antisemitismus als auch aktuelle esoterisch-politische Einflüsse diskutieren.
Termin: 12.-14. November 2004

Sex_Trouble
Seminar zu Geschlecht, Sexualität und antipatriarchaler Politik
Menschen sind von Natur aus männlich oder weiblich, homo-oder heterosexuell? Mit solchen Gewissheiten soll in diesem Seminar aufgeräumt werden. Das körperliche Geschlecht und die daraus resultierenden sozialen Eigenschaften sind sozial konstruiert und historisch gewachsen. Das bedeutet, dass sie veränderlich sind und dass einige Menschen nicht dem Normal-Bild entsprechen können oder wollen. Welche Folgen ergeben sich daraus für eine antisexistische Politik in unserer Gesellschaft?
Termin: 18.-20. Dezember 2004

Geschichtsrevisionismus
Im Laufe der letzten Jahre gab es mehrere Debatten, deren Aussage jeweils war, dass Deutschland aus der eigenen Geschichte gelernt habe. Vielmehr habe es z.B. auch antifaschistischen Widerstand in der Wehrmacht gegeben, auf die sich heute die Tradition der Bundeswehr bezieht (siehe öffentliches Gelöbnis am 20.Juli), welche wieder Angriffskriege zur Verhinderung eines 2. Auschwitz führt. Deutschland ist wieder normal – fast völlig frei von historischen Tabus. So meinte Gerhard Schröder am 60. Jahrestag der Alliierten-Landung in der Normandie das »Ende der Nachkriegszeit« erkannt zu haben. Auf dem Seminar wollen wir diese Entwicklung nachvollziehen und u.a. diskutieren, ob der geschichtsrevisionistische Diskurs mit großem Paukenschlag enden wird, wenn sich 2005 die bedingungslose Kapitulation sowie die Befreiung Auschwitz zum 60. mal jähren.
Termin: 18.-20. Dezember 2004
Information & Anmeldung:
JD/JL BRB, Stahnsdorfer Str. 100,
D-14482 Potsdam
E-Mail: post@jdjl-brandenburg.de

MEDIENKONGRESS

Alternative Medienkonferenz
Durchblick – Medien für die Zivilgesellschaft
Gesellschaftliches Bewusstsein wird immer mehr durch die Medien geprägt. Doch diese selbst unterliegen Prägungen, die trotz einer Fülle von Detailinformationen geistige Monokulture erzeugen. Jenseits des Mainstreams jedoch entsteht eine alternative Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Konferenz soll eine Plattform für den Austausch zwischen internationalen und regionalen Medienschaffenden und ZivilgesellschaftsaktivistInnen bieten, um gegenseitige Bedürfnisse zu artikulieren, alternative Inhalte und Formen zu diskutieren und die Zusammenarbeit voranzubringen.
Um folgende Ziele und Inhalte soll es dabei gehen:

- öffentliche Auseinandersetzung über die Problematik der Medien und der herrschenden Informationskultur;
- Austausch zwischen ZivilgesellschaftsaktivistInnen und Medienschaffenden über Möglichkeiten einer alternativen Informationskultur;
- Vernetzung von AktivistInnen und Medienschaffenden und Erarbeitung nächster Schritte.

Termin: 19.-21.11.2004, Stuttgart
Ihre Teilnahme haben bisher zugesagt:
- Sihem Bensedrine (Tunesische Journalistin und Schriftstellerin, Herausgeberin der unabhängigen Internet-Zeitschrift »Kalima« – auf deutsch »Das Wort«),
- Renate Börger (Radio Lora, München),
- vom Freien Radio für Stuttgart u.a. Sabine Gaerttling und Janka Kluge,
- ROG (Reporter ohne Grenzen),
- Sarah von Gelder (Yes Magazine, USA),
- Harald Schumann (Journalist/Schriftsteller »Die Globalisierungsfalle«),
- Onda (unabhängige Medien Lateinamerika)
- Christoph Strawe (Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Stuttgart),
- Bertram Verhaag (DENKmal, u.a. Film »Das Leben außer Kontrolle«, München)
- Valentin (Indymedia)

Angefragt sind:
- Erik Wessilius (Corporate Europe Observatory),
- Le Monde Diplomatique

Beteiligt an der Vorbereitung:
Attac-Stuttgart, DEAB, Forum3, Freies Radio Stuttgart, Initiative Colibri, Ver.di bezirk Stuttgart
Infos und Anmeldung bei:
Carol Bergin
☎(0 70 71) 5 25 17, Fax 25 56 09
E-Mail: Carol.Bergin@t-online.de
Web: www.uwkw.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach
10 45 20, 69035 Heidelberg

MEDIEN

Pressearbeit 2:
Kontakt zu Medien durch Pressekonferenz und Redaktionsbesuch
Zu welchen Anlässen ist eine Pressekonferenz (PK) zu empfehlen? Wie bereitet man sie vor? Was ist bei der Einladung, was bei der Durchführung zu beachten? Preiswerte Alternative zur PK: der Redaktionsbesuch, vorausgesetzt, er ist gut vorbereitet. Checklisten, Workshops und Rollenspiele helfen bei der individuellen Umsetzung.
Termin: 18.-19.10.2004, München

Headlines, Teaser, Nachrichten
Das Internet ist ein vorzügliches Medium für Ihre aktuellen Informationen. Aber auf einen Bildschirm passt nicht viel Text. Lernen Sie Methoden kennen, wie Sie Ihre Inhalte auf den Punkt bringen. Information, webgerecht aufbereitet, nutzt das Prinzip der zunehmenden Informationstiefe. Weitere Schwerpunkte in Absprache mit den Teilnehmern: Newsletter-Planung, redaktionelle Kriterien für das Webkonzept, Inernet-Recht.
Termin: 11.-12.11.2004, München

Das Interview
Selbst wer journalistisch erfahren ist, schüttelt ein gutes Interview nicht aus dem Ärmel. Wie Sie sich auf das Gespräch vorbereiten, mit welchen Fragen Sie tatsächlich Neuigkeiten erfahren und wie Sie ein Interview anschließend bearbeiten, lernen Sie in praktischen Übungen. Dabei geht es auch um die Frage der Autorisierung vor einer Veröffentlichung.
Termin: 15.-16.11.2004

Radio-Beiträge effizient digital produzieren
Die Funkhäuser der ARD setzen zunehmend auf den »eigenproduzierenden Autor«. Und der sitzt nicht selten am häuslichen PC und verzweifelt über all den komplexen Programmen für den Digitalschnitt, den Feinheiten der Aufnahmetechnik und der Überspielung ins Funkhaus. Dabei ist die digitale Produktion im eigenen Studio kein Hexenwerk, und sie ist vor allen Dingen erschwinglich. Im Workshop werden Basiskenntnisse vermittelt, die der eigenproduzierende Autor für seine Radioarbeit braucht. Dabei geht es nicht nur um die Audio-Produktion, sondern auch um die radiojournalistische Gestaltung der Beiträge. Im Mittelpunkt steht der eigene digital produzierte Beitrag.
Termin: 18.-19.11.2004, München

Die Kundenzeitschrift
Gut aufbereitete Informationen regelmäßig an Kunden, Mitarbeiter, Interessenten bringen: Die Kundenzeitschrift erhöht die Bindung an Ihr Produkt, Ihr Unternehmen. Wie oft soll sie erscheinen, welches Format ist richtig? Eigene Mitarbeiter oder externe Agentur: Wer schreibt die Texte? Was kostet der Druck, wie organisiert man den Vertrieb? Das Praxis-Seminar liefert auch umfangreiche Checklisten.
Termin: 8.-10.11.2004, München
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
Web: www.journaistenakademie.de

HTML: Der Stoff, aus dem die Webseiten sind
Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel wie etwa »Phase 5« gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Web-Seiten achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot strukturieren.
Termin: 6.-7.11.2004
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06

BERUFSVERBOT

Am Samstag, den 23. Oktober 2004 findet in Heidelberg eine Demonstration gegen das Wiederaufleben der bundesdeutschen Berufsverbotspraxis statt. Los geht's um 13 Uhr am Bauhaus.
Weg mit dem Berufsverbot für Michael Csaszkóczy! Gemeint sind wir alle!
Seit Anfang des Jahres 2004 wird dem Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg verweigert. Über mehr als 12 Jahre hinweg wurde Michael Csaszkóczy vom Verfassungsschutz überwacht. Für das Berufsverbot ausschlaggebend war seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg, von der er nicht bereit war, sich zu distanzieren. Damit wird die grundrechtswidrige Berufsverbotspraxis der BRD aus den 70er Jahren wiederbelebt.
Wir protestieren gegen die staatliche Bespitzelung und Einschüchterung, die sich potentiell gegen alle emanzipatorischen und politisch unbequemen Bestrebungen richtet. Wir fordern die Einstellung Michael Csaszkózys und die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote. Weg mit den antidemokratischen Berufsverboten! Grundrechte verteidigen!

RADIKAL REISEN

Peru
Nachdem wir im Herbst 2000 Augenzeugen der »demokratischen Transition von unten« werden konnten, stellte sich uns im darauf folgenden Jahr die Frage, warum dieser Prozess wieder ins Stocken geraten ist und große Teile der zivilgesellschaftlichen Initiativen wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwunden sind. Wie eh und je ist die peruanische Linke sektiert und infrastrukturell minderbemittelt. Zwar ist die Repression außerparlamentarischer Opposition überwunden, dennoch ist man weit davon entfernt, ihr im politischen Geschäft Aufmerksamkeit zu schenken. Unsere Partner in Lima und Ayacucho nehmen uns mit in ihren Alltag und lassen uns an ihren Projekten teilhaben.
Termin: Frühjahr 2005
Preis: ca. 750 Euro
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke,
Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Internet: www.jdjl.org
Aktualisierte Angebote im Web

GRUPPE BASTA

EZLN: 20 + 10
Das Feuer und das Wort
Rundreise mit Gloria Muñoz Ramírez (Mexiko-Stadt)
Buchvorstellung (s. auch Seite 14) und Ausstellung mit Autorin Gloria Muñoz Ramírez, die sieben Jahre bei den Zapatistas in Chiapas/Mexiko gelebt hat.
Vor 20 Jahren gründete sich die zapatistische Befreiungsbewegung EZLN. Vor 10 Jahren traten die Zapatistas mit ihren Forderungen nach »Land und Freiheit!« an die Öffentlichkeit.
Seitdem ist viel passiert...
Gloria Muñoz erzählt die Geschichte dieses »Aufstands der Würde« aus erster Hand.
Organisiert von der Gruppe B.A.S.T.A. (Münster) mit Unterstützung vieler lokaler Gruppen.
Veranstaltungskalender
EZLN: 20 + 10 (Reiseplan)
ab 12.10.2004
12.10. Di: Hamburg, 14.10. Do: Greifswald, 15.10. Fr: Rostock, 16. o. 17.10.: Berlin, 18.10. Mo: Göttingen, 19.10. Di: Jena, 20.10. Mi: Dresden, 21.10. Do: Stuttgart, 22.10. Fr: Freiburg, 23. o. 24.10.: München,
ab 25.10. Mo: Schweiz & Österreich
WICHTIG!
Den aktuellen Reiseplan gibt es unter: www.gruppe-basta.de Rechtzeitig werden auch Wegbeschreibungen zu den einzelnen Veranstaltungsorten auf die Seite gestellt.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.